

**P. b. b.** Erscheinungsort Wien, Verlagsgesamt 1030 Wien

# Stenographisches Protokoll

## 83. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Montag, 18. Dezember 1967

### Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968

#### Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII: Landesverteidigung

### Inhalt

#### Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 6794)

#### Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 6737)

#### Ausschüsse

Zuweisung eines Berichtes (S. 6737)

#### Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (630, Zu 630 und 656 d. B.); Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 d. B.)

#### Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII: Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten

Spezialberichterstatter: Landmann  
(S. 6737)

Redner: Mondl (S. 6737), Marwan-Schlosser (S. 6742), Zeillinger (S. 6752), Kranebitter (S. 6761), Troll (S. 6763), Regensburger (S. 6771), Bundesminister Dr. Prader (S. 6776), Dr. Scrinzi (S. 6782), Eberhard (S. 6790) und Dr. van Tongel (S. 6793)

Annahme der Beratungsgruppe XII (S. 6794)

### Eingebracht wurde

#### Bericht

der Bundesregierung über die Empfehlung (Nr. 127) betreffend die Rolle der Genossenschaften in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer (S. 6737)

### Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kleiner und Genossen (388/A. B. zu 400/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Fiedler und Genossen (389/A. B. zu 397/J)

## Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,  
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,  
Dritter Präsident Wallner.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (630, Zu 630 und 656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen)

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 81. Sitzung vom 14. Dezember und der 82. Sitzung vom 15. Dezember 1967 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanständet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Seit der letzten Haussitzung sind zwei Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Anfragestellern übermittelt worden sind. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Den eingelangten Bericht der Bundesregierung über die Empfehlung (Nr. 127) betreffend die Rolle der Genossenschaften in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

#### Spezialdebatte

#### Beratungsgruppe XII

**Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XII. Diese umfaßt Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Landmann. Ich bitte um den Bericht.

Spezialberichterstatter **Landmann:** Hohes Haus! Spezialbericht über Beratungsgruppe XII, Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die gegenständlichen Ansätze des Bundesvoran-

6738

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Landmann**

schlages für das Jahr 1968 in seiner Sitzung vom 16. November 1967 der Vorberatung unterzogen.

Für das kommende Jahr sind für Zwecke der Landesverteidigung in der ordentlichen Gebarung Ausgaben von 3138,114 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung 420 Millionen Schilling vorgesehen. An Einnahmen sind 99,05 Millionen Schilling veranschlagt.

Gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1967 hat sich der Gesamtaufwand bei Kapitel 40 in der ordentlichen Gebarung um 137,899 Millionen Schilling erhöht und in der außerordentlichen Gebarung um 100 Millionen Schilling verminder. Die Einnahmen sind gegenüber dem laufenden Jahr um 6,35 Millionen Schilling höher budgetiert.

Bei Titel 400, Bundesministerium für Landesverteidigung, ist der Personalaufwand, wie dies infolge der Bezugserhöhungen im öffentlichen Dienst bei allen persönlichen Ansätzen der Fall ist, gegenüber 1967 erhöht, und zwar um rund 10 Millionen Schilling. Die „Anlagen“ und „Förderungsausgaben“ sind gegenüber 1967 auf Grund der allgemeinen Haushaltslage des Bundes um 20 Prozent niedriger veranschlagt.

Bei Titel 401, Heer und Heeresverwaltung, wurde der „Verwaltungsaufwand“ im wesentlichen gleich hoch wie für 1967 budgetiert. Auch hier mußte der Kreditansatz „Anlagen“, der für die Neuanschaffung von Waffen und Geräten dient, um 20 Prozent, das sind 49,6 Millionen Schilling, gekürzt werden. Außerdem wurden 10 Millionen Schilling von den „Anlagen“ auf „Aufwandskredite“ übertragen, um für Mehrerfordernisse bei der Post „Verpflegung“ vorzusorgen. Die „Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)“ wurden gegenüber dem Jahre 1967 um 39,751 Millionen Schilling erhöht, da im nächsten Jahr mit einem höheren Durchschnittsstand an Wehrpflichtigen und an zu Inspektionen und Instruktionen einzuberufenen Reservisten gerechnet wird.

Bei Titel 402, Heer und Heeresverwaltung (Mittel des Katastrophenfonds), sind 14,1 Millionen Schilling, 900.000 S weniger als im laufenden Jahr, zur Beseitigung von im Einsatz entstandenen Schäden vorgesehen.

Bei Titel 403, Heer und Heeresverwaltung (Außerordentliche Gebarung), sind 25 Millionen Schilling für Lieferungen von Waffen und Gerät aus den USA auf Grund von Kreditverträgen aus dem Jahre 1962 veranschlagt. Mit Ende 1968 wird noch ein Restkredit von rund 50 Millionen Schilling offen sein. 375 Millionen Schilling sind zum Ankauf von Waffen und Gerät aus dem In- und Ausland vor-

gesehen. Für „Katastropheneinsatzgerät“ sind, so wie für 1967, 20 Millionen Schilling budgetiert.

Bei Titel 404, „Heeresgeschichtliches Museum; Militärwissenschaftliches Institut“, ist die Erhöhung im Sachaufwand auf die in Aussicht genommenen 50 Jahr-Feiern der Republik Österreich zurückzuführen.

Bei Titel 405, Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig, handelt es sich um eine zweckgebundene Gebarung. Der betriebsähnlich eingerichtete Verwaltungszweig am Truppenübungsplatz Allentsteig erhält sich selbst.

An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter 19 Abgeordnete. Der Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Pradernahm zu den aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 22. November 1967 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XII in der Fassung der Regierungsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stelle ich somit im Namen des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 40 „Militärische Angelegenheiten“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1968 (630 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Spezialdebatte einzugehen.

**Präsident:** Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mondl. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Mondl (SPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich könnte es mir als Sprecher der Opposition leicht machen, höhnend und spöttend könnte ich das Unvermögen der ÖVP-Alleinregierung im allgemeinen (*Heiterkeit bei der ÖVP — Abg. Weikart: Vielleicht könnte er das nicht?*) und des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung Dr. Prader im besonderen aufzeigen; ich könnte zeigen, daß es wieder nicht möglich war, dem Verteidigungsbudget jenes sagenhafte Volumen zu geben, das die ÖVP parteiintern in Koalitionszeiten der Öffentlichkeit und dem Bundesheer immer wieder in Aussicht stellte ... (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

**Präsident:** Aber, aber, nicht gleich am Anfang alles verschießen!

**Abgeordneter Mondl (fortsetzend):** ... aber damals angeblich zufolge Einspruchs der Sozialisten nicht realisieren konnte.

**Mondl**

Mittlerweile erstellte die ÖVP-Alleinregierung zum drittenmal das Budget, und siehe da, die Ansätze im Kapitel 40 sind im Vergleich zum Gesamtbudget kleiner geworden, als sie vorher waren.

Man spricht nun von der Konjunkturdämpfung. Wie der Herr Abgeordnete Tödling im Hause und der Herr Abgeordnete Glaser im Budgetausschuß vor nicht zu langer Zeit bewiesen haben, hat man bereits andere Gründe zur Hand, die Sozialisten in Sachen Landesverteidigung zu diffamieren und jede sachliche Kritik in Angelegenheit Landesverteidigung als bundesfeindlich, als staatsfeindlich hinzustellen und sozusagen uns Sozialisten, wie es in der früheren Vergangenheit war, als vaterlandslose Gesellen hinzustellen, dabei aber nicht zu vergessen, von selbstgefälligem patriotischem Gefühl förmlich überwältigt zu sein. Das ist ein Spiel, meine sehr geehrten Damen und Herren, das in der Öffentlichkeit schon längst und bei den Bundesheerangehörigen seit einiger Zeit durchschaut wird!

Der Budgetrahmen für militärische Angelegenheiten konnte sich und wird sich — das kann man auch der Budgetvorschau bis zum Jahre 1970 klar und deutlich entnehmen — in Österreich nur innerhalb einer gewissen Grenze bewegen, und jeder, der mehr versprach oder für die kommenden Budgetjahre mehr in Aussicht stellt, sagte beziehungsweise sagt bewußt die Unwahrheit.

Mit dieser Unwahrheit wurde und wird jedes mittelfristige und langfristige Planen in Frage gestellt.

Diese Unwahrheit ist aber auch gleichzeitig die Begründung dafür, daß sich unsere Heeresorganisation aus der Umgliederung des Jahres 1963 heraus in eine Sackgasse hineinmanövriert hat, an deren Ende — wenn man nicht zuständigen Orts noch in letzter Minute den Mut hat, dies einzugehen, und entscheidende Umstellungen durchführt — nur mehr das völlige Debakel stehen kann.

Ich habe nicht die geringste Absicht, darüber zu höhnen und zu spotten. Uns Sozialisten ist der Neutralitätsschutz eine sehr ernste Angelegenheit, dem wir große Aufmerksamkeit schenken und den wir trotz unserer oppositionellen Stellung gegenüber der Mehrheitspartei dieses Hauses und deren Alleinregierung außer Parteienstreit gestellt wünschen.

Die Probleme eines überschaubaren und damit gleichzeitig popularisierbaren, für uns in Österreich finanziell tragbaren und damit realisierbaren, aber auch gleichzeitig allgemein glaubhaften Neutralitätsschutzes sind so viel-

seitig, daß es des Zusammenwirkens aller Parteien und aller Kräfte in Österreich bedarf, um sie zu lösen.

Ich bin hier mit dem Herrn Abgeordneten Zeillinger einer Meinung, der am 16. November im Budgetausschuß dazu feststellte:

„Man muß den Eindruck gewinnen, daß die ÖVP dieses gemeinsame Vorgehen nicht wünscht. Bedauerlicherweise werden immer wieder Gräben aufgerissen, die zuzuschütten seit Jahren man bemüht ist.“

Verständlich: Man diskutiert wohl sporadisch, seit neuestem gemeinsam, das eine oder andere grundlegende Problem. Der Herr Minister Dr. Prader ist aber mit einem ihm ergebenen Kreis von ÖVP-Offizieren und -Beamten ständig weiter bemüht, entgegen seinen jüngsten Äußerungen — wie zum Beispiel am Schlusse der Budgetausschußdebatte am 16. November oder anlässlich eines Vortrages am 12. Dezember 1967 vor einer katholischen Studentenverbindung — das Bundesheer in ein fraktionelles Hörigkeitsverhältnis zu bringen.

Daß dies allerdings nicht leicht ist und die Bemühungen in dieser Richtung nicht von den erwünschten Erfolgen begleitet werden, zeigt das Klagelied, das in einem geheimen Exposé des „ÖAAB-Bundesheeres“ angestimmt wird. Unter anderem heißt es dort:

„Schwierigkeiten für die Parteiarbeit ergeben sich daraus, daß das Image der Volkspartei nicht wirklich ausgeprägt ist und überdies nicht gerade werbend erscheint.“

Die Selbsterkenntnis wird noch schärfer: „Der ÖAAB besitzt in der Öffentlichkeit kein Image und hat bisher keine profilierte Politik gezeigt. Der ÖAAB hat keinen sozialpolitischen Erfolg nachzuweisen, der ihm in der Öffentlichkeit den Ruhm eingebracht hätte, für den ‚kleinen Mann‘ einzutreten.“

Die Begründung dafür: „Die Durchsetzung sozialpolitischer Verbesserungen nimmt immer sehr lange Zeit in Anspruch, weil die oberste Parteiführung — vielleicht durchaus mit Recht — keine neuen Konzeptionen im Bereich der Sozialpolitik fördert, vor echten generellen Lösungen zurückstreckt, weil sohin gründliche Lösungen unerreichbar erscheinen. Daher begnügt man sich mit kleinen Verbesserungen, die letzten Endes nur Hohlheiten sind und nicht selten durch die Administration unwirksam gemacht werden.“

Aber man weiß sich zu helfen. In seiner Zielsetzung ist das Exposé nicht von Pappe. Unter „Führungsgrundlagen“ lesen wir bei „Zielsetzung und Planung“ im Zusammenhang mit der Personal-

6740

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Mondl**

politik schlicht und deutlich: „Besetzung aller Schlüsselpositionen.“ (Abg. Moser: *Keine Politik im Bundesheer!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Exposé zeigt, wieweit man den Erklärungen des Herrn Ministers Prader Glauben schenken darf. (Abg. Weikhart: *Das ist Politik für alle Österreicher!*) Es ist aber gleichzeitig die Erklärung dafür, warum die ÖVP-Mehrheit dieses Hauses uns Sozialisten bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit als bundesheerfeindlich hinstellt.

Aber noch einige Gründe sind vorhanden, die eine Zusammenarbeit stören und eine sachliche Arbeit behindern: „Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums“! Ich habe schon im Zusammenhang mit der Novellierung des Wehrgesetzes aufgezeigt — und das ist auch während der Budgetdebatte im Vorjahr von mehreren Rednern hier im Hause angezogen worden —, wie viele Millionen Schilling in diesem Zusammenhang vergeudet werden und wie schamlos unter dieser Bezeichnung auf Kosten des Bundesheeres ÖVP-Propaganda betrieben wird. Wenn in den „Wehrpolitischen Nachrichten“ Politiker zitiert werden, dann sind es ÖVP-Politiker!

Die Öffentlichkeitsarbeit ist eine total unnütze und in ihrer Zielsetzung eine völlig erfolglose Arbeit. Die Mittel, die dafür ausgegeben werden, könnten viel nutzbringender verwendet werden. Der Werbeerfolg ist gleich null. Es haben sich weder mehr junge Österreicher für die Offiziers- oder Unteroffizierslaufbahn entschlossen, noch konnte sonst das so notwendige Kaderpersonal aufgefüllt werden. Im Gegenteil: Trotz Konjunkturdämpfung und die dadurch bedingte ungünstige Arbeitsmarktlage wird der Stand des Kaderpersonals immer geringer.

Aber auch das Image des Bundesheeres in der Öffentlichkeit wurde dadurch nicht verbessert. Im Gegenteil! Ereignisse, Maßnahmen und persönliche Äußerungen des Herrn Bundesministers selbst, die der Bevölkerung unverständlich sind, wie zum Beispiel die im Zusammenhang mit dem Diebstahl von 10.000 Schuß Alarmmunition gemachte Äußerung des Herrn Ministers Dr. Prader, ob nicht in Zukunft Gänse zur besseren Bewachung der Heeresmunitionsdepots herangezogen werden könnten — vielleicht war das durchaus im Scherz gemeint —, sind von der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem nun schon zweiten Munitionsdiebstahl in der gleichen Kaserne sehr ungut aufgenommen worden. (Abg. Weikhart: *Die Ganserln sind die Prader-Geheimwaffen!*)

Auch das Experiment, das mit der Erprobung der Grenzreitertruppe eingeleitet wurde, wird von der Öffentlichkeit, wie das

darauffolgende Echo aus der gesamten Tagespresse Österreichs zeigt, als unnütze und nicht ernst zu nehmende Spielerei aufgefaßt. (Abg. Moser: *Prader-Ritterspiele!*)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es kommt noch viel schlimmer: Nun sollen wir auch noch eine Art „Donaumarine“ in Österreich bekommen, wurde in der Presse berichtet. Im Budgetausschuß meinte der Herr Minister zwar vorerst, daß er eine solche gar nicht so abwegig finde, da zum Beispiel Ungarn auch Marineeinheiten auf der Donau habe, schränkte dann aber ein, daß keineswegs die Absicht bestünde, eine Donaumarine zu schaffen, sondern daß lediglich „Mehrzweckboote“, die zum Transport von Nutzlasten bis zu 50 t geeignet sind, derzeit erprobt werden. Wie ich in Erfahrung bringen konnte, soll ein solches Schiff zum Übersetzen von Vieh, zum Mannschaftstransport und für den Ausflugsverkehr gleich geeignet sein.

Unverständlich aber bleibt mir, warum diese „militärischen Mehrzweckwasserfahrzeuge“ — die immerhin pro Schiff etliche Millionen Schilling kosten — just einen weißen Anstrich erhalten sollen. (Abg. Glaser: *Etwa einen roten?*) Das wäre zumindest besser; und wenn man dazwischen noch andere Farben hineinnimmt, könnte das zur Tarnung weit besser beitragen als der weiße Anstrich.

Auch der Einsatz des Bundesheeres an der italienischen Grenze — im übrigen auch eine völlig nutzlose und vor allem unüberlegte Handlung, das wurde von vielen Rednern in diesem Hause schon erläutert — verursachte bisher nicht nur 10 Millionen Schilling Unkosten, die bei der angespannten finanziellen Situation zweifellos nur sehr schwer anderwärts abgezweigt werden können, sondern wurde von der Bevölkerung nur kopfschüttelnd zur Kenntnis genommen.

Aber auch der Feststellung des Herrn Ministers Dr. Prader im Budgetausschuß, daß dieser Einsatz für das Heer auch führungsmäßig und ausbildungsmäßig von bedeutendem Wert sei, da dabei eine sehr intensive Ausbildung betrieben wurde, muß ich auf Grund eigener Beobachtungen widersprechen.

Ich habe das 4. Jägerbataillon in der fünften Einsatzwoche besucht und nahm mit den Offizieren, Unteroffizieren und Wehrmännern beim Bataillons- und Kompaniegefechtsstand, aber auch in den vorgeschnittenen Stützpunkten Kontakte auf. Von einer Fortsetzung der Ausbildung konnte ich nichts bemerken, geschweige denn von einer Intensivierung derselben. (*Widerspruch bei der ÖVP?*) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie brauchen sich darüber gar nicht so lustig zu machen, Sie hätten sich ruhig

**Mondl**

ebenfalls in dieses Gebiet begeben können, dann hätten Sie von den Mannschaften das gleiche gehört.

Im Gegenteil! Allgemein wurde geklagt, daß die hochgebirgsmäßige Ausrüstung der Soldaten nicht ausreichend wäre und die sofort in Aussicht gestellten Notunterkünfte zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht zur Verfügung standen. Die Soldaten waren unverständlichlicherweise alle fünf Wochen ununterbrochen in ihren vorgeschobenen Stützpunkten trotz Temperaturen zum Teil um 0 Grad und Nässe in Zelten ohne Heizmöglichkeit untergebracht. Rein äußerlich sahen sie — und das, glaube ich, ist jedem leicht verständlich — nicht sonderlich einladend aus.

Trotzdem will ich hier, genauso wie ich es schon im Budgetausschuß gemacht habe, ausdrücklich feststellen, daß, obwohl sich die Truppe irgendwie vergessen gefühlt hat, die Stimmung an und für sich sehr gut war. Die Soldaten haben die ganze Angelegenheit eben von der humorvollen Seite genommen. Das ist bei der ganzen Angelegenheit ein Glück.

Völlig unbegreiflich ist mir — und das war auch allgemein die Meinung der dort eingesetzten Offiziere —, warum die Journalisten der Tagespresse, die die Truppe in das Einsatzgebiet begleiteten, durch Anordnung allerhöchsten Orts mit einer sogenannten „Nachrichtensperre“ genarrt wurden. Die Journalisten reagierten darauf nicht gerade freundlich. Derartige Maßnahmen und die geschilderten Vorkommnisse tragen natürlich dazu bei, daß das Bundesheer nicht immer eine gute Presse hat und dadurch in der Öffentlichkeit stark in seinem Ansehen leidet.

Nun zu der schon allseits sehr hart kritisierten Organisation des Bundesheeres:

„56.000 Mann auf dem Marsch in den Konkurs“. Dieser Ausspruch, diese Überschrift wurde von keinem Sozialisten geprägt, sondern ist die große Überschrift einer kritischen Be- trachtung der derzeitigen Organisationsform im Bundesheer in der „Presse“ vom 7. und 8. Oktober 1967.

Über die Umorganisation des Bundesheeres im Jahre 1963 mag man denken, wie man will. Die sogenannten „zornigen jungen Majore“ — sie sind übrigens längst zahme, willige Obristen geworden — haben sich durchgesetzt, und die Teilung des Bundesheeres in Ausbildungs- und Einsatzeinheiten — sogenannte „Druckknopfbrigaden“ — wurde vollzogen. Damit wurde ein Umwandlungsprozeß eingeleitet, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist und der aus vielerlei Gründen, die offen zu diskutieren in militärischen Fachkreisen verhindert wird, die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres immer mehr in Frage stellt.

Das Bundesheer erweist sich in der derzeitigen Entwicklung immer weniger als das der Bundesverfassung entsprechende Instrument, im Falle von Krisensituationen die Grenzen Österreichs zu schützen. Die Abteilungen des Ministeriums und einzelne Kommandostäbe blähen sich unter gleichzeitiger zunehmender Schwächung der Einsatzfähigkeit der Einsatztruppe auf.

Es muß hier einmal ganz offen ausgesprochen werden: Immer eindringlicher wird in Kreisen der Führungskräfte des Bundesheeres die Meinung vertreten, daß die Erfahrung zeigt, daß der Organisationsrahmen den realen Möglichkeiten hinsichtlich Kaderpersonal, moderner Waffen, Geräte, sonstiger Ausrüstung, Einrichtungen und Vorsorgen nicht Rechnung trägt.

Es muß hier im Hohen Haus einmal offen ausgesprochen werden: Keine der Einsatzbrigaden hat derzeit im fünften Jahre nach der Umgliederung die Minimalstärke erreicht. Während manche Dienststellen der territorialen Organisation sogar die Maximalstärke überschritten haben, leidet die Einsatztruppe an Kaderpersonalmangel, bei einzelnen Truppenkörpern sogar in einem Ausmaß, daß keine ordnungsgemäße Ausbildung mehr betrieben werden kann. Die Bezeichnung „Einsatztruppe“ ist eine Farce.

Diese Tatsachen, Herr Bundesminister, können Ihnen doch nicht unbekannt sein. Diese Tatsachen sind nicht nur ein Beweis dafür, daß unsere an und für sich spärlich zur Verfügung stehenden Mittel äußerst fragwürdig vertan werden, sondern darüber hinaus, daß wir unsere mit dem Neutralitätsstatus übernommene Verpflichtung, diese Neutralität mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen, derzeit kaum erfüllen können.

Herr Bundesminister! Sie brauchen nicht die Konzeption, sondern nur deren Erfinder zu opfern, die diesen Organisationsrahmen nicht ändern wollen.

Um vollwertige Einsatzbrigaden möglichst bald zur Verfügung zu haben, ist die Eingang des Volumens des Bundesheeres bei gleichbleibendem Kaderpersonalstand dringend erforderlich.

Noch einiges zur Ausrüstung des Bundesheeres: Schon mehrmals hat der Herr Bundesminister ein Kfz-Programm in Aussicht gestellt. Leider muß festgestellt werden, und das mit aller Deutlichkeit, daß nicht einmal die geringsten Ansätze eines derartigen Programms feststellbar sind.

Im Bundesheer sind noch immer über 200 Kfz-Typen mit über 400 Arten von Kraftfahrzeugen vorhanden. Allein daraus ergibt sich ein nahezu unlösbares Ersatzteillagerungs-

6742

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Mondl**

problem. Der größte Teil des rollenden Materials ist veraltet, die Einsatzfähigkeit der Kraftfahrzeuge katastrophal.

In diesem Zusammenhang drängt sich immer mehr die Frage auf: Wo ist die zielstrebige Umwandlung des veralteten rollenden Materials aus der heimischen Produktion?

Erst vor kurzem habe ich mir in diesem Zusammenhang in der Fragestunde die Frage erlaubt, warum ein über 60-Millionen-Schilling-Auftrag zu Berriet ins Ausland gehen muß, wenn Fahrzeuge gleicher Leistung in Österreich selbst zur Verfügung ständen. (*Abg. Doktor Kreisky: Saurer!*)

Ihrer Auskunft, Herr Bundesminister, die österreichischen Firmen hätten sich außerstande erklärt, einen solchen Auftrag zu übernehmen, wird seitens der österreichischen Firmen heftigst widersprochen und festgestellt, man hätte sie nie mit einer detaillierten Ausschreibung zu einer Offerterstellung aufgefordert.

Herr Bundesminister! Ich glaube, daß gerade jetzt, in einer Zeit der Konjunkturdämpfung, größtes Augenmerk auf die Möglichkeiten einer Auftragerteilung an heimische Firmen gelegt werden muß. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dazu kommt noch, daß es schon aus Gründen der Vereinfachung der Ersatzteilbeschaffung und Ersatzteilebereitstellung zu Krisenzeiten eine Selbstverständlichkeit wäre, eine Typenbereinigung in Richtung österreichischer Firmen möglichst rasch anzustreben.

Die Abgeordneten werden die heftigen Diskussionen über Wert oder Unwert der 35 mm Oerlikon-Flak-Kanonen noch lebhaft in Erinnerung haben. Trotz Äußerung schwerwiegender Bedenken wurden sie um den Preis von weit über 300 Millionen Schilling angekauft. Die Lieferung erfolgte, jedoch kann kein zum vollwertigen Einsatz notwendiges Radarfeuerleitgerät in Betrieb genommen werden, sodaß die ursprünglich zugedachte Aufgabenstellung derzeit von keiner einzigen 35 mm Flak-Einheit erfüllt werden kann. Damit erhebt sich neuerlich die Frage, ob nicht doch der Ankauf dieser seinerzeit so umstrittenen Waffe besser unterbleiben hätte sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe einiges herausgegriffen, nicht um, wie nun sicherlich ein ÖVP-Sprecher zu beweisen versuchen wird, eine heeresfeindliche Haltung zu demonstrieren, sondern um aufzuzeigen, daß sich das Bundesheer unter dem derzeitigen Minister Dr. Prader immer mehr von der eigentlichen Aufgabenstellung, Neutralitäts-schutzinstrument zu sein, entfernt. (*Abg.*

*Weikhart: Eine schöne Wirtschaft hat er!* Diese Entwicklung erfüllt uns Sozialisten mit großer Besorgnis.

Diese Besorgnis vergrößert sich, wenn wir neben diesen bereits aufgezeigten Fakten vernehmen, daß es in der ÖVP Militärs geben soll, die, wie der Herr Bundesminister erklärt hat, akademische Überlegungen darüber anstellen, wie man gegebenenfalls mittels Notstands-gesetzen, zumindest auf Zeit, das Parlament ausschalten könnte. (*Abg. Dr. Pittermann: Auf alt- oder neugriechisch, Herr Bundesminister?*)

Ich erinnere Sie an Ihre Ausführungen anlässlich eines Vortrages bei einer katholischen Studentenverbindung in der Steiermark. Sie sagten dort wörtlich, das österreichische Bundesheer habe keine politische Macht, sondern eine militärische Kraft, um die ihm übertragenen Aufgaben gegenüber dem Staat zu erfüllen. In Österreich sei Landesverteidigung nicht Sache eines Ministeriums oder einer Gruppe von Offizieren, sie müsse von der Gesamtheit des Volkes mitgetragen werden.

Wenn diese Erklärung nicht nur ein Lippen-bekenntnis sein soll, muß dem Volk durch seine gewählten Volksvertreter das Mitsprache-recht und das Mitbestimmungsrecht in Landesverteidigungsfragen nicht nur in Friedens-, sondern auch zu Notzeiten gewährleistet sein. (*Beifall bei der SPÖ.*) Bisher, Herr Bundesminister, konnten wir die Realisierung der in der Steiermark geschilderten Form der Landesverteidigungspolitik nicht bemerken. (*Bei-fall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Marwan-Schlosser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (ÖVP): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Mondl hat soeben eine Reihe von Angriffen gestartet oder angebliche Mängel aufgezeigt. Ich werde mir erlauben, bei den in meinem Konzept passenden Stellen auf diese Angriffe zurückzukommen. Ich möchte vorausschicken, daß ich zuerst einige grundsätzliche Überlegungen anstellen werde.

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Czernetz hat bei der Behandlung des Kapitels Äußeres drei Gedanken geäußert, die ich dem Hohen Hause wiederholen möchte, da sie mir als Ausgangsstellung für die Problematik unserer Umfassenden Landesverteidigung im allgemeinen und für die Militärische Landes-verteidigung im besonderen von Bedeutung scheinen.

Der Herr Abgeordnete Czernetz meinte,  
1. daß sich die Weltpolitik in einer Krise befindet;

**Marwan-Schlosser**

2. daß die allgemeine Desintegration der großen Blöcke es den Mittel- und Kleinstaaten ermöglicht, eine gewisse Bewegungsfreiheit und relative Selbständigkeit zu üben; und

3. daß wir nicht an der Tatsache des Rüstungswettlaufes vorbeisehen dürfen, denn nach den Feststellungen des UNO-Generalsekretärs wurden allein 1966 für Rüstungszwecke 3120 Milliarden Schilling ausgegeben.

Diese drei Hinweise mögen Anlaß genug sein, um erneut Überlegungen anzustellen, ob und wie sich diese Feststellungen auf unser Volk, auf unseren Staat und auf unsere Neutralitätssicherung auswirken können, und darüber, ob wir alles getan haben, um weitestmöglich vorzusorgen.

Niemand wird ernstlich bestreiten wollen, daß uns trotz unserer Neutralität eine irgendwo in der Welt ausbrechende Krise nicht auch berühren oder miterfassen kann.

Und wenn man nun der Auffassung ist, daß die eingetretene Desintegration der großen Blöcke es den Mittel- und Kleinstaaten ermöglicht, eine „gewisse“ Bewegungsfreiheit und „relative“ Selbständigkeit zu entfalten, dann besteht eine solche Möglichkeit auch für unsere Anrainerstaaten, wobei ich der Hoffnung bin, daß sie eine solche Selbständigkeit ihrer Bewegungsfreiheit nur zu friedlichen Aktivitäten uns gegenüber ausnützen.

Aber an dem zitierten Rüstungswettlauf und seinem gigantischen Aufwand nehmen auch unsere Anrainer teil. Dabei können wir uns zwar der Meinung hingeben, daß sie nicht gegen uns rüsten. Dennoch kommen wir aber nicht an der Tatsache vorbei, daß rund um uns herum Panzer und Flugzeuge stehen, die eines Tages gebraucht oder mißbraucht werden könnten. Ebenso wissen wir, daß es hinter diesen konventionellen Waffen Mächte gibt, die über Arsenale von ABC-Waffen verfügen, deren Einsatz, gewollt oder ungewollt, auch unser Land treffen könnte.

Wir haben also vorzubauen, vorzusorgen, vorzubeugen.

Beim gegenwärtig zur Diskussion stehenden Kapitel Militärische Angelegenheiten sind nun jene Geldmittel vorgesehen, die für die Militärische Landesverteidigung bestimmt sind, rund 3,6 Milliarden. Wenn wir die im Eventualbudget vorgesehenen 200 Millionen dazunehmen, so kann der Herr Verteidigungsminister im Jahre 1968 etwa 3,8 Milliarden für Personal, Versorgung, Erhaltung, einiges für Nach- und Neuanschaffungen ausgeben.

Ich persönlich meine, daß dieser Betrag einen ausreichenden Beweis für unseren Willen zur Effektivität unserer militärischen Neu-

tralität erbringt, allerdings zu gering ist, um unseren Soldaten jene Kampfmittel und Ausrüstungen in die Hand zu geben, die sie brauchen würden, um einen reinen Verteidigungsfall leicht bewältigen zu können.

Der Herr Abgeordnete Mondl sagt, unser Bundesheer würde sich immer weniger als einsatzbereit erweisen. Das ist ein nicht beweisbarer Vorwurf, aber staatspolitisch gesehen ein unverantwortliches Urteil.

Es sind sich alle im Hause vertretenen Parteien darüber einig, daß wir unserem Bundesheer mehr Mittel geben sollten. Und ich höre manche höhnen: Na ja, ihr ÖVPler stellt ja den Finanzminister; warum setzt ihr nicht durch, daß er mehr Mittel bereitstellt?

Eine solche Rede wäre primitiv. Ein Finanzminister kann nicht zaubern. (*Abg. Moser: Er zaubert aber mit den Zahlen! Bei der Pensionsversicherung zaubert er!*) Das mußte selbst Dr. Bruno Pittermann zugeben — so ist es in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 14. Juni 1959 zu lesen —, als er im Hinblick auf den damals vornominierten SPÖ-Finanzminister Dr. Bruno Kreisky sagte, daß die Aufgabe des neuen Finanzministers nicht leicht sein wird. Dies wird man auch bei den sozialen Forderungen bedenken müssen, deren Lösung von dem neuen Finanzminister erwartet wird.

Nun, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, wir müssen also mit diesem Budget zur Kenntnis nehmen, daß im Jahre 1968 nur die vorgesehenen Mittel zur Verfügung stehen. Der Herr Landesverteidigungsminister hat sich daher mit dieser realen Tatsache abzufinden. Er hat eine ganze Reihe von Überlegungen anzustellen, welche Maßnahmen er nun zu treffen hat, um durch Umschichtungen, Einsparungen und organisatorische Veränderungen die Wirksamkeit der ihm zugeteilten Geldmittel zu erhöhen.

Ich darf Herrn Minister Dr. Prader bitten, dem Hohen Hause mitzuteilen, welche Maßnahmen im konkreten hiebei vorgesehen sind, und speziell dazu Stellung nehmen zu wollen, ob der Ausbildungsbetrieb eingeschränkt werden muß oder ob an eine Verringerung des Einberufungskontingentes gedacht wird. Ich könnte mir vorstellen, daß auch zu überprüfen wäre, Herr Minister, ob daran festgehalten werden soll, den Reservisten der Mobeinheiten und der Landwehr die Uniformen und Ausrüstungsgegenstände mit nach Hause zu geben. Wie mir mitgeteilt wurde, sollen Hausfrauen darüber Klage führen, daß es in ihren kleinen Wohnungen nicht immer leicht ist, diese Mobausrüstungen unterzubringen beziehungsweise richtig einzulagern.

6744

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Marwan-Schlosser**

Ebenso würde es mich interessieren, Herr Minister, welches Schwerpunktprogramm Sie für Nach- und Neuanschaffungen für 1968 vorgesehen haben, wobei ich das Ersuchen ausspreche, die Aufträge weitestgehend im Inland zu vergeben.

Hohes Haus! Wenn wir über das Ausmaß der unserem Bundesheer zuzuteilenden Budgetmittel beraten, dann ist es logisch, sich mit der Aufgabenstellung zu befassen und sich Gedanken darüber zu machen, was man sich im gegebenen Falle von unserem Bundesheer erwarten darf.

Zuerst einige Überlegungen zur Aufgabenstellung und Auftragerteilung an das Bundesheer. Bereits seit Oktober 1966 liegt dem Hohen Haus eine Regierungsvorlage 203 der Beilagen vor, die eine Abänderung des Absatzes 1 des Artikels 79 des Bundes-Verfassungsgesetzes vorsieht.

Meine Damen und Herren, es sind mehr als zwei Jahre her, daß sich ein Unterausschuß des Landesverteidigungsausschusses mit einem Bericht des Landesverteidigungsministers über den Stand der umfassenden Landesverteidigung befaßt hat. Die Mitglieder des Unterausschusses kamen nach eingehenden Beratungen einhellig zur Auffassung, daß der Auftrag an das Bundesheer im Bundes-Verfassungsgesetz unter Einbeziehung des Neutralitätsgesetzes neu formuliert werden solle.

In der Folge hat der Nationalrat in seiner Sitzung vom 7. Juli 1966 folgende Entschließung gefaßt:

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, mit der Artikel 79 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes im Hinblick auf die Bestimmungen des Bundesverfassungsgesetzes vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs neu gefaßt wird.“

Auf Grund dieser Entschließung hat die Bundesregierung bereits am 5. Oktober 1966 dem Hohen Haus eine Regierungsvorlage unterbreitet, wonach der Artikel 79 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes lauten sollte:

„Dem Bundesheer obliegt der militärische Schutz der Unverletzlichkeit des Bundesgebietes unter besonderer Bedachtnahme auf die Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität der Republik.“

Diese Vorlage wurde dem Verfassungsausschuß zugewiesen, dessen Obmann Nationalrat Probst ist. Bis heute aber hat dieser Obmann keine Beschußfassung über diese Vorlage herbeigeführt. Die Vorlage ruht somit bereits mehr als ein Jahr hier im Haus. Warum ist bisher nichts erledigt worden, obwohl die SPÖ-Mitglieder des Landesverteidigungsausschusses sich seinerzeit positiv zur klaren

Formulierung bekannt haben und auch der SPÖ-Parteivorsitzende Dr. Kreisky anlässlich der Erarbeitung eines sozialistischen Landesverteidigungskonzeptes unter dem Thema „Sozialisten und Landesverteidigung“ laut „AZ“ erklärt haben soll: „Landesverteidigung kann nur Neutralitätsschutz bedeuten“? — Dieses Gesetz ist ein Verfassungsgesetz und kann daher nicht mit einfacher Mehrheit beschlossen werden, Herr Kollege der freiheitlichen Fraktion.

Warum Dr. Kreisky den militärischen Schutz der Unverletzlichkeit des Bundesgebietes nicht mit in seine Äußerung einbezogen hat, geht aus der „AZ“-Aussendung nicht hervor.

Mir war es also bis zum 13. Dezember unverständlich, warum diese Regierungsvorlage nicht behandelt wurde. Am besagten 13. Dezember klärte mich aber Nationalrat Probst darüber auf, als er im Laufe seiner Rede zum Kapitel Inneres zu Verfassungsgesetzen eine sehr aufschlußreiche Erklärung abgab.

Nationalrat Probst sagte laut stenographischem Protokoll in dieser Sitzung wörtlich: „Wir Sozialisten haben nicht die Absicht, ... etwa die Mauer für Verfassungsänderungen zu diesen oder auch anderen bedeutenden Zwecken zu bilden. Für Verfassungsänderungen werden Sie nicht unsere Hand bekommen. Wir nehmen nicht an, daß Sie etwa Verfassungsänderungen vorschlagen werden, von denen Sie nichts haben, sondern Sie werden doch solche Verfassungsänderungen begehen, die zum Vorteil Ihrer Partei, Ihrer Regierung gereichen!“

Hohes Haus! Da kann man nur sagen: Wie der Schelm denkt, so ist er! Ja, Herr Probst, können Sie sich wirklich nicht vorstellen — leider ist der Herr Abgeordnete Probst nicht im Hause —, daß unsere Partei ohne Parteivorteil, rein im Interesse des Staates und seines Volkes etwas vorschlägt? Sie haben uns eine Pauschalverdächtigung unterschoben! Beweisen Sie mir im konkreten an Hand der Vorlage 203, wo auch nur eine Spur eines Vorteiles für die ÖVP oder deren Regierung herauskonstruiert werden kann. Es dürften daher wohl andere Gründe für Ihr Verhalten maßgebend sein.

Nun nochmals zurück zum „AZ“-Artikel „SPÖ und Landesverteidigung“. So positiv ich die Erklärung Herrn Dr. Kreiskys über den Zweck der Landesverteidigung halte, so negativ empfinde ich eine weitere Äußerung Herrn Dr. Kreiskys, die er bei demselben Anlaß vor Funktionären der Sozialistischen Jugend und der sozialistischen Kinderfreunde abgegeben hat und die die „AZ“ wie folgt wiedergab:

„Tummelplatz der Reaktion“. „Kreisky verwies einleitend auf die reaktionäre Haltung von Teilen des österreichischen Bürgertums,

**Marwan-Schlosser**

denen bisher keine militante Intelligenz in Österreich gegenübergestanden sei. Daher sei die Landesverteidigung weitgehend ein Tummelplatz der Reaktion.“

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich glaube, daß diese klassenkämpferische Äußerung nicht dazu angetan ist, die Jugend für eine positive Einstellung zur Landesverteidigung zu gewinnen oder gar zu begeistern. Diese Äußerung trägt auch nicht jenen Geist in sich, den die Abgeordneten der SPÖ im Landesverteidigungsausschuß hier im Hohen Hause in sich haben. Ich will gerne jenen Abgeordneten der SPÖ-Fraktion Anerkennung zollen, die sich im Landesverteidigungsausschuß redlich Mühe geben, wenn auch aus ihrem Blickwinkel, ihrer Überlegung heraus, positiv mitzuarbeiten, um sich mit uns gemeinsam um eine möglichst wirksame Landesverteidigung zu bemühen.

Aber ich möchte meine Kollegen der sozialistischen Fraktion doch bitten, auch uns zu verstehen, wenn wir um solche Äußerungen, wie sie auch Dr. Kreisky hier gemacht hat, doch Sorgen haben.

Wie stellt man sich nun die Erfüllung dieses an das Bundesheer erteilten Auftrages des Schutzes der Unverletzlichkeit unseres Staatsgebietes vor? Ich darf festhalten, daß das Bundesheer weder ein Staat im Staate, Herr Abgeordneter Mondl, noch im Falle des Falles ein für sich allein operierendes Organ ist. Das ist auch unsere Auffassung. Es ist nicht mehr vorstellbar, daß eine Armee losgelöst vom Volk leben oder gar kämpfen kann. Der totale Krieg verlangt auch die totale Verteidigung, Herr Minister Czettel. Wir kennen bei uns in Österreich die sogenannte Umfassende Landesverteidigung, die sich in fünf Arbeitsausschüsse gliedert; das werden Sie, Herr Minister Czettel, noch sehr genau wissen. Sie haben damals als Innenminister ja auch mitzuarbeiten gehabt, nur nicht immer jenes Verständnis für den Verteidigungsminister entwickelt, das notwendig gewesen wäre, um eine richtig wirksame Arbeit zu gestalten. (Abg. Czettel: *Das werden Sie mir beibringen!* — Abg. Weikhart: *Wir werden das machen, was Sie wollen!*)

Wir haben fünf Arbeitskreise: die militärische Landesverteidigung, die zivile Landesverteidigung, die wirtschaftliche Landesverteidigung, die geistige Landesverteidigung und fünftens den Sonderausschuß für Verkehr und Nachrichtenwesen. (Abg. Mondl: *Da liegt die Betonung auf „Kreis“ und nicht auf der „Arbeit“!*)

Meiner persönlichen Meinung nach ist dies ein sehr wichtiger erster Schritt in Richtung auf die totale Landesverteidigung. Eine ge-

samte Landesverteidigung aber muß meiner Ansicht nach alle Ministerien einbeziehen, denn im Ernstfall werden auch der Gesundheitsminister, der Justizminister und der Finanzminister nicht abseits stehen können.

Nun, meine Damen und Herren, landläufig beurteilt man den Einsatzwert unseres Heeres nuraus der Vorausannahme eines Krieges. Ich habe, Herr Abgeordneter Mondl, auch bei Ihren Ausführungen den Eindruck gehabt, daß Sie nur von dieser Warte aus unser Bundesheer beurteilen.

Ich darf für jene Damen und Herren, die noch an keinem Seminar an der Landesverteidigungsakademie teilgenommen haben, anführen, daß die Lehre drei Phasen der Landesverteidigung kennt: 1. den Krisenfall, 2. den Neutralitätsfall und 3. den Verteidigungsfall.

In einem Krisenfall wird unser Bundesheer kaum zum Einsatz kommen, es sei denn, daß sich der Konfliktherd in der Nähe unserer Grenze befindet, wie es während der Ungarnkrise der Fall war. Unser Bundesheer hatte damals unsere Ostgrenze zu sichern, um einen Grenzübergang durch bewaffnete Verbände oder Einzelgänger zu unterbinden.

Im Neutralitätsfall kann ein Krieg in der Nachbarschaft das Leben österreichischer Einwohner gefährden; es kann zu Bombenfehlwürfen kommen, Raketenfehlschüsse sind nicht ausgeschlossen, es besteht die Gefahr der Fernwirkung von Kernwaffen, biologische und chemische Kampfmittel können über unsere Grenzen einsickern. In einem Neutralitätsfall werden daher unserem Bundesheer eine Menge von Aufgaben zufallen, deren Bewältigung je nach Lage und Wirkung des Brandherdes den Einsatz von Teilen oder des gesamten Aktivheeres oder aber auch eine Teilmobilisierung notwendig macht. Ich bin der Meinung, daß in einem solchen Falle Österreich rechtzeitig und sehr auffällig zu handeln hätte, um niemanden darüber im Zweifel zu lassen, daß wir fest entschlossen sind, unsere Neutralität mit allen Mitteln gegen jedermann zu verteidigen. Je demonstrativer wir das zeigen, umso eher wird es sich eine Kampfgruppe überlegen, unser Staatsgebiet zu verletzen. Es ist kein Zufall, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, daß gerade die „altgedienten“ Neutralen, wie Schweden und die Schweiz, eine verhältnismäßig große und wohl ausgerüstete Armee unterhalten. Nur der Neutrale, der sich im Notfall verteidigen kann, wird respektiert. Neutralität ist kein Naturschutzpark, sondern muß durch eigene Kraft gesichert werden.

Bevor ich auf den Verteidigungsfall eingehe, darf ich mich mit knappen Worten mit einem

6746

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Marwan-Schlosser**

Versuch befassen, Herr Abgeordneter Mondl, und zwar mit einem Versuch, den der Herr Minister Prader vor kurzem gestartet hat und der so gerne bewitzelt wird, und auch mit dem Versuch von meiner Seite, doch irgendwie Verständnis für diesen Versuch des Herrn Ministers Dr. Prader zu finden, selbst auf die Gefahr hin, daß auch ich nicht verstanden werde. Ich möchte aus meiner Erfahrung sprechen.

Während des letzten Krieges war ich mehrfach genötigt, dort Pferde einzusetzen, wo die Maschinen einfach versagten. Nebst Pferdegespannen hatte ich mir innerhalb einer Fallschirm-Panzergrenadierdivision auch einen Reiterzug zusammengestellt. Damit bin ich bei den Reitern, die so kritisiert werden. Die daraus gebildeten Reiterpatrouillen brachten mir ausgezeichnete Beobachtungs- und Aufklärungsergebnisse aus Räumen und Gebieten, die mangels geländegängiger Fahrzeuge durch die kämpfenden Fallschirm-Panzergrenadiertruppen einfach nicht überwacht werden konnten. (Abg. Moser: Dachstein-Reitertruppe! — Abg. Weikhart: Prader-Kavallerie! Prader-Reiterei!) Ich werde dann eine entsprechende Bemerkung zu Ihrer Bemerkung machen. Auch unser Bundesheer wird niemals über genügend . . . (Zwischenrufe.) Sie mögen lachen, wie Sie wollen. (Abg. Steininger: Das tun wir auch!) Ich darf aber auf Ihre Kritik und auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mondl zurückkommen. (Abg. Mondl: Es geht im wesentlichen darum, wie die Dinge in die Öffentlichkeit gebracht wurden!)

Unser Bundesheer wird niemals über genügend geländegängige Fahrzeuge verfügen, um mit solchen unsere langgestreckten Grenzen abpatrouillieren zu können, weder im Verteidigungsfalle noch auch im Ernstfalle. Sagen Sie mir bitte nicht, daß man dann mit Fahrrädern oder mit Mopeds in jedes Gelände käme. Jene, die die Grenzreiterei bewitzeln, möchte ich beruhigen. Es ist nicht daran gedacht, Reitpferde als Gemsen im Hochgebirge, Herr Abgeordneter Moser, oder als Seepferdchen in Grenzflüssen oder gar als Pegasusse in der Luft einzusetzen, auch nicht bei Reiterattacken, Herr Abgeordneter Mondl (lebhafte Zwischenrufe — der Präsident gibt das Glockenzeichen), aber für Aufgaben, wie Sicherung, Aufklärung, Beobachtung, Verbindung und ähnliches mehr werden sie zumindest im Rahmen der Landwehr ihre wirksame und wertvolle Verwendung finden können. Österreich wird in einem Ernstfalle alle Kapazität, die vorhanden ist und mit der man sich wehren kann, auszunützen haben, um über genügend ausreichende Mittel dort zu verfügen, wo wir an Stelle von Panzern eben mit

anderen Waffen kämpfen müssen. (Abg. Peter: Kriegen wir Ulanen oder Dragoner?) Sie bekommen einen Kürassierhelm auf den Kopf. (Weitere lebhafte Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.)

Und nun zurück zum Krisenfall oder Neutralitätsfall. Meiner Überzeugung nach ist unser Bundesheer weitgehend imstande, in solchen Zeiten seine Aufgabe zu erfüllen, mit Ausnahme der Neutralitätswacht zur Luft. Noch fehlen uns Abfangjäger, welche luftpolizeiliche Funktionen erfüllen könnten. Die Anschaffung einiger Abfangjäger wäre dringlichst nötig. Der Landesverteidigungsrat hat empfohlen, vorerst einige Düsentrainer als Mehrzweckflugzeuge aus der Saab-Familie anzuschaffen.

Der Herr Abgeordnete Mondl hat sich darüber beklagt, daß ein Mitbestimmungsrecht und ein Mitspracherecht der Volksvertretung nicht gewährleistet sei. Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Mondl entweder hier etwas verschweigt — wissentlich — oder sich momentan nicht daran erinnern kann, daß er selbst im Landesverteidigungsrat mit Sitz und Stimme zugegen ist und ihm sehr wohl auf Grund des Vorschlages des Herrn Ministers Prader die letzte Wehrgesetznovelle bekannt ist und daß Sie dort, Herr Abgeordneter Mondl . . . (Abg. Mondl: Das muß ich verschweigen, das ist ja vertraulich!) Jawohl, glaubt denn der Herr Abgeordnete Mondl wirklich, alle Verteidigungsfragen vor der breitesten Öffentlichkeit behandeln zu können? Vor der breiten Öffentlichkeit ist sicher all das zu behandeln, was wesentlich ist, um vor allem den Wehrwillen zu heben, aber es ist sicherlich nicht möglich, alle Einzelfragen, Herr Abgeordneter Mondl, vor der breiten Öffentlichkeit zu behandeln. (Abg. Mondl: Was im Landesverteidigungsrat behandelt wird, kann man hier im Hohen Haus nicht breitreten!) Sagen Sie daher nicht, daß die Volksvertretung nicht die Möglichkeit hat, in entscheidenden Fragen der Landesverteidigung mitzuwirken. (Abg. Probst: Sie haben mit Handschlag dem Kanzler garantiert, daß Sie nichts erzählen werden über Landesverteidigungsfragen! Stimmt es, nein oder ja?) Ich habe gar nichts erzählt, Herr Abgeordneter Probst, auch Sie unterschieben schon wieder etwas, was nicht gesprochen worden ist. (Abg. Probst: Er hat aus den Beratungen des Landesverteidigungsrates zitiert!) Ich habe nur gesagt, daß der Herr Abgeordnete Mondl Mitglied des Landesverteidigungsrates ist und daß er als solcher . . . (Abg. Probst: Das ist mit Handschlag verboten! Schauen Sie im Wehrgesetz nach!) Herr Abgeordneter Probst, ich weiß Ihre Erregung zu schätzen (Abg. Probst:

**Marwan-Schlosser**

*Ich mache Sie nur aufmerksam, daß das im Wehrgesetz steht!), Sie tun das gerne mir gegenüber, ich bin immer sehr geehrt, aber denken Sie doch lieber an den Bodensee, Herr Kollege. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mondl: Das ist so billig! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Seien Sie etwas ruhiger. Ich habe nichts anderes gesagt, als daß der Landesverteidigungsrat ...*

**Präsident:** Meine Herren, wir sind ja nicht im Manövergelände. Das Wort hat der Redner.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (*fortsetzend*): Ich habe nichts anderes gesagt, als daß die Möglichkeit besteht — ich könnte selbstverständlich eine Reihe von Zeitungsmitteilungen bringen, in denen der Abgeordnete Mondl immer wieder genannt und gesagt wurde, daß er dem Landesverteidigungsrat angehört —, daß sich dieser Landesverteidigungsrat mit Fragen der Landesverteidigung befaßt hat. Nichts anderes habe ich darüber gesagt.

Und nun zum dritten theoretischen Fall, dem Verteidigungsfall. (*Abg. Mondl: Herr Kollege, ich habe nicht gesagt, ich bin nicht informiert, ich habe gesagt, die Volksvertretung ist nicht informiert! Nicht ich habe mich beklagt, sondern ich habe gesagt, daß die Volksvertretung nicht mitarbeiten kann! Ich habe vom Landesverteidigungsrat überhaupt nicht gesprochen!)*)

Ich möchte vorausnehmen, daß unser Bundesheer hiefür einsatzbereit ist, jedoch nur für eine begrenzte Aufgabenstellung. Einem Großangriff durch einen Mächteblock würde auch ein größerer Staat mit einem viel stärkeren Wehrpotential als dem unseren nicht widerstehen können. Einen Angriff durch einen Mächteblock brauchen wir bei der derzeitigen Rüstungslage dieser Machtblöcke jedoch kaum zu befürchten. Einem Angriff eines Stellvertreterstaates oder eines seine „relative“ Selbständigkeit mißbrauchenden Einzelstaates können wir mit Aussicht auf Erfolg zeitlich begrenzt entgegentreten, wobei natürlich besonders die Frage der Luftverteidigung noch ungelöst ist.

Nun könnte ich selbstverständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch eine ganze Reihe von Überlegungen, die sich mit Wehrsystemen und Truppengliederungen befassen, bringen. Auch ich könnte jetzt — und bräuchte nur den Kritiker, Herrn Urbanek, zu bringen, Herr Abgeordneter Mondl (*Abg. Mondl: Der ist in Ihrer „Presse“!*) — selbstverständlich Argumente und Gegenargumente bringen. Es wäre furchtbar leicht, vielen Argumenten entgegenzutreten, aber dann behaupten Sie wieder ... (*Abg. Mondl:*

*Zum Beispiel! Zum Beispiel!*) Ja, jetzt gebe ich Ihnen keine Antwort, sonst würden Sie sagen, daß ich die Geheimhaltepflicht aus dem Landesverteidigungsamt verletze. Sie wissen ganz genau, daß wir im Verteidigungsamt eine ganze Reihe von Überlegungen anstellen, die sich durchaus mit dieser Kritik befasst und sich in diesem gedanklichen Rahmen bewegen, Herr Abgeordneter Mondl. Üben Sie daher nicht zuerst Kritik, daß ich Sie zitiere, daß Sie diesem Verteidigungsamt angehören, um mich vielleicht dann aufs Glatteis zu führen, daß ich jetzt womöglich sehr lange Überlegungen anzustellen beginne. (*Abg. Mondl: Es ist nur ein Jammer, daß man hier darüber nicht reden kann. Sonst könnte ich beweisen, daß gerade das Gegenteil stimmt!*) Wir können hier reden, soweit der Herr Urbanek Begründungen bringt, die unwahr sind — er hat sie ja vor der Öffentlichkeit gemacht —, wir können uns durchaus über eine Reihe seiner Argumente mit allen Gegenargumenten an die Öffentlichkeit wenden. Natürlich kann man sich dafür einsetzen, daß eine Abwehrarmee nur über wenig Panzerverbände zu verfügen braucht und dafür zahlreiche rückgratsteife Infanterieeinheiten bereitzustellen seien.

Man könnte auch darüberreden, ob eine Artillerieausstattung zweckmäßig ist. Der eine sagt: Schwere Koffer sind besser!, der andere sagt: Eine Fülle von mittleren und kleinen Waffen bringt viel mehr Munition gegen den Gegner! Ich könnte mich also jetzt durchaus mit diesen vielen Überlegungen, die hier angestellt werden, auseinandersetzen. Aber ich möchte zu einem der wichtigsten Punkten kommen, die zumindest mir als das Wichtigste erscheinen, und das ist jetzt die Frage des Wehrwillens.

Meine Damen und Herren! Der Wehrwille ist die erste Voraussetzung für jeden Fall der Landesverteidigung. Der Wehrwille, so sagt der Russe Frunse, ist eine eigene Waffengattung. (*Abg. Eberhard: Schon wieder was von den Russen!*) Meine Damen und Herren! Wir lernen und lehren sicherlich aus den verschiedensten Militärwissenschaften, lieber Eberhard, wir sind gerade als Soldaten verpflichtet, uns mit allen Theorien unserer möglichen oder auch nicht möglichen Gegner zu befassen.

Ich würde niemals behaupten, daß wir aus dem jüngsten Israelfeldzug — ich sage bewußt „Feldzug“ und nicht „Krieg“ — für uns und unser Bundesheer sehr viele Lehren ziehen können. (*Abg. Mondl: Sie haben schon einmal das Parlament ausgeschaltet!*) Ich war ein Jahr lang unter Rommel in der Wüste. Die Feldzüge dort gleichen mehr den Schlachten auf dem Meer, wie Churchill sie verglichen hat. Aber zwei Erkenntnisse aus dem Israelfeldzug sind für uns sehr wertvoll, nämlich, daß 1.

6748

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Marwan-Schlosser**

die modernste Waffe wertlos ist, wenn man sie infolge mangelhafter Ausbildung nicht bedienen kann, und daß 2. die beste Waffe nicht schießt, wenn sie mangels Wehrwillens nicht bedient wird. (*Abg. Frühbauer: Weil die Munition gestohlen ist!* — *Abg. Mondl: Wir haben eine Reihe von Waffen, die bei uns nicht bedient werden!*) Andererseits gibt es viele Beispiele dafür, daß eine Handvoll zum Widerstand entschlossener Männer durchaus imstande ist, selbst nur mit Handfeuerwaffen und Panzerfäusten bewaffnet Panzerkräften wirkungsvoll entgegenzutreten. (*Abg. Mondl: Wo ist zum Beispiel bei uns die Ausrüstung der Grenzschutzeinheiten mit panzerbrechenden Waffen?*)

Wir haben also alles daranzusetzen, um unseren Soldaten eine solide Ausbildung zu geben und sie vom Wehrwert zu überzeugen.

Die Bereitschaft zum Wehrdienst ist durchaus vorhanden. Unsere männliche Jugend ist fast ausnahmslos wehrwillig. Allerdings — sie ist nicht im gleich hohen Maße wehrbegeistert. Aber die ernste Auffassung ist gegeben, und diese ist eine gediegene Plattform für einen soliden Wehrwillen. Es gilt also, diesen natürlichen Wehrwillen zur Wehrfreudigkeit auszubauen. Man darf den Leuten, Herr Abgeordneter Mondl, dann aber nicht immer vorsagen, daß unsere Bewaffnung ungenügend oder unzweckmäßig sei. (*Abg. Eberhard: Das wissen sie doch selber!* — *Abg. Mondl: Das sehen sie doch selbst während des Präsenzdienstes! Es sind Menschen, die denken!*) Es darf nicht sein, daß man alle Versuche, zu einem erschwinglichen Rüstungsstand zu kommen, lächerlich macht, Herr Abgeordneter Mondl! (*Abg. Mondl: Wir machen gar nichts lächerlich!* — *Abg. Weikhart: Vogel-Strauß-Politik!*) Und über den Einsatz von Geschützen streiten sich größere Gelehrte als Sie, Herr Abgeordneter Mondl. Da sind Wehrwissenschaftler unterwegs, die sich in ihren Auffassungen in die verschiedensten Richtungen bewegen. (*Abg. Mondl: Das bestreiten wir gar nicht!*) Aber eines ist unmöglich, Herr Abgeordneter Mondl: entweder nur Ihren Willen zu erfüllen oder überhaupt zu keinem Entschluß zu kommen. Eine lange parlamentarische Diskussion wird jedenfalls niemals zu einer entsprechenden Ausrüstung führen. Das müssen auch Sie sich überlegen, Herr Abgeordneter Mondl! Ein militärischer Grundsatz lautet: Man soll alles genau überlegen, aber besser ein nicht ganz formvollendeter Entschluß zur richtigen Zeit als kein Entschluß oder der beste Entschluß zu spät! (*Abg. Mondl: Ist das das neue Konzept?* — *Abg. Weikhart: Die neue Wehrphilosophie!* — *Abg. Hartl: Oder nur raunzen!* — *Zwischenruf des Abg. Altenburger.*) Bewegen Sie sich also, Herr Abgeordneter Mondl, nicht dauernd

in eine Gedankensituation hinein, die nicht im Interesse einer echten, guten und soliden Landesverteidigung liegt! Herr Abgeordneter Mondl! Wir können — das habe ich Ihnen x-mal gesagt — im Ausschuß diskutieren, lange diskutieren, Herr Minister Prader hat sich oft genug bereit erklärt, eingehend zu diskutieren. Aber jede Diskussion muß zu einem Erfolg führen. Nur dann ist sie sinnvoll. (*Abg. Mondl: Ja, aber dann kommt man ins Haus und stellt uns wieder mit den primitivsten Methoden als bundesheerfeindlich hin! Wie Tödling es anlässlich der Regierungserklärung gemacht hat!*) Herr Abgeordneter Mondl! Ich habe Ihnen vorhin in meiner Rede nichts anderes vorgelesen, als Herr Doktor Kreisky gesagt hat, und ich habe festgestellt, daß diese Erklärungen nicht den Geist tragen, den Sie und Ihre Kollegen haben. Aber diese Feststellungen müssen Sie auch uns auf parlamentarischem Boden gestatten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Bemühungen zur Hebung des Wehrwillens leiden derzeit noch an zwei Hauptursachen: einerseits mangelt es an Kaderpersonal — das geben wir ohne weiteres zu, hier gehe ich mit Ihnen konform —, und andererseits schwebt die Dolchstoßparole vom „Leerlauf“ im Raum.

Zum Problem „Leerlauf in der Ausbildung“ hat sich Brigadier Lütgendorf mit einem sehr interessanten Artikel zum Wort gemeldet. Er seziert das heiße Eisen des Leerlaufes in drei Kategorien: in den „scheinbaren“, in den „unvermeidbaren“ und in den „vermeidbaren“ Leerlauf! Brigadier Lütgendorf sagt, daß der „scheinbare Leerlauf“ von außenstehenden Kreisen nur irrtümlich als solcher angesehen wird, denn Wiederholungen im Ausbildungsdienst sind ebenso eine volle Tätigkeit wie der Wachdienst, Arbeitsdienst und Verwaltungsdienst, der von manchen Leuten als für Präsenzdienner unnötig angesehen wird.

Meine Damen und Herren! Warum unterliegt das Bundesheer so oft einer heftigen Kritik in der Öffentlichkeit? Einfach deswegen, weil die meisten Männer unserer österreichischen Nation gedient haben, in irgendeiner Armee, und daher alle Mitwisser um das Geschehen sind. Und jetzt bildet sich jeder einzelne natürlich ein, daß er Fachmann ist, und er nimmt von seiner Warte aus Stellung. Es ist ja einerseits erfreulich, daß man eine gute, eine breite Diskussion führt. Aber ich wiederhole noch einmal, Herr Abgeordneter Mondl: Diese Diskussion darf nicht dazu führen, daß man jeden ernsten Versuch ins Lächerliche zieht. Denn damit tut man der Sache keinen guten Dienst. (*Abg. Mondl: Ich stehe nur auf dem Standpunkt, daß auch die Meinung anderer Fachleute gehört werden muß, nicht nur Ihre eigene Meinung!*)

**Marwan-Schlosser**

Der „unvermeidbare Leerlauf“ habe seine Wurzeln in personellen, materiellen und finanziellen Gründen. In personeller Hinsicht sind Qualität und Quantität des Kaderpersonals mitbestimmend für eine rationelle und auf hoher Stufe stehende Ausbildung. Mangels finanzieller Mittel stehen auch nicht zu jeder Zeit überall gleichzeitig die benötigten Lehr- und Ausbildungsmittel zur Verfügung.

Der „vermeidbare Leerlauf“ aber basiere auf innerorganisatorischem und methodischem Gebiet, expliziert Brigadier Lütgendörfer. „Wo die Eigenschaft der Wendigkeit in Programmänderungen beim Auftreten unvorhergesehener Störungen des Ausbildungsdienstes fehlt, tritt an Stelle rationeller Ausbildung eine Phase lauer Beschäftigung, die vom Wehrpflichtigen mit Recht als langweilig und verlorene Zeit kritisiert wird.“

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Dazu kann ich persönlich nur sagen: Selbstverständlich wäre es gut, wenn hier eine bessere Ausbildung der Ausbildner selbst Platz greifen könnte. Aber wir wissen ja, daß nach wie vor noch Schwierigkeiten bestehen.

Der Herr Abgeordnete Mondl hat vorhin noch etwas Falsches gesagt. Lieber Freund Mondl! Du hast erklärt, daß das Kaderpersonal immer mehr abnehme. Ich darf dir Zahlen sagen. (*Abg. Mondl: Sie brauchen sich doch nur den Dienstpostenplan anzuschauen! Da steht ausdrücklich das drinnen! Nehmen Sie die letzten drei Jahre zum Vergleich! — Weitere Zwischenrufe.*) Wenn du mich ausreden läßt, bringe ich Vergleichszahlen; sonst kann ich sie leider nicht sagen.

Derzeit besteht noch immer zwischen dem Kader-Soll und dem Kader-Ist ein großes Fehl, wenngleich es Minister Dr. Prader gelungen ist, den Prozentsatz des Fehlbestandes von Jahr zu Jahr langsam abzubauen. Betrug der Prozentsatz des Kader-Fehls am 1. Juli 1964 noch 18 Prozent, so sank er bis zum 1. Jänner 1966 auf 17 Prozent und betrug am 1. Juli 1967 immerhin noch 13,7 Prozent, zugegeben. Aber es ist unwahr, daß seine Tendenz steigend sei.

Mit der Frage, wie man ein Dienen auf Zeit zugkräftiger ausstatten könne, hat sich das Hohe Haus bereits des öfteren befaßt und unter anderem am 7. Juli 1966 über Antrag der Abgeordneten Regensburger, Preußler und Peter die uBndesregierung ersucht, zu prüfen, ob die Abfertigung nach einer Zeitverpflichtung von mehr als drei Jahren nicht wesentlich erhöht werden könne. Der Herr Bundeskanzler hat uns am 27. September 1967 geantwortet, daß „die Beratungen so geführt werden, daß ein allfällig positives Ergebnis spätestens im neuen Gehaltsgesetz

berücksichtigt werden kann“. Ich bringe diese Zusage in Erinnerung und möchte noch einen Gedanken hinzufügen — ich weiß nicht, ob er zu verwirklichen ist —: Ich könnte mir vorstellen, daß man die Dienstzeit beim Bundesheer für jene zeitverpflichteten Soldaten, die nach ihrem Ausscheiden sich dem Staatsdienst zuwenden, im eineinhalbfachen Ausmaß als Vordienstzeit in Anrechnung bringt.

Der Nachwuchs für aktive Offiziere ist derzeit unzureichend. Auch hier decken sich unsere Aussagen, Herr Abgeordneter Mondl. Es meldet sich kaum die halbe Zahl derer, die benötigt werden für den aktiven Dienst. Man will jetzt versuchen, durch Schaffung des „Offiziers auf Zeit“ diese Relation zu verbessern; ein entsprechender Entwurf steht derzeit in Bearbeitung. Der Reserveoffiziersstand hat sich seit der Novellierung des Wehrgesetzes infolge Erleichterungen für den Bewerber in der Durchführung seiner freiwilligen Waffenübungen und erweiterter Ausbildungsmöglichkeiten weiter verbessert. Es stehen bereits 3050 Reserveoffiziere und Fähnriche der Reserve zur Verfügung.

Eine weitere Neuordnung, die Minister Prader verfügt hat, scheint mir sehr erwähnenswert. Jährlich werden rund 2000 Maturanten ausgebildet. Sie werden in Maturantenkompanien zusammengefaßt, während der ersten sechs Monate auf den Waffenschulen geübt und kommen dann die letzten sechs Monate zur Truppe, bleiben dort, werden nicht mehr auf die Waffenschule zurückgeschickt. Sie stehen daher für diese ganze Zeit als Unterführer der Truppe zur Verfügung, und erst dann, wenn sie in die Reserve gehen, können sie ihre Waffenübungen zum Reserveoffizier machen oder, sofern sie diese Waffenübungen nicht freiwillig ableisten, bleiben sie eben dann als Unterführer für das Reserveheer, für die Mob-Armee zur Verfügung.

Noch ein Wort zum Personellen: Der Abgeordnete Mondl hat alles so zitiert, wie es die „AZ“ und die Erläuterungen immer wieder gebracht haben. Es war für mich daher ein leichtes, hier nur die „AZ“ herauszunehmen, jeden Tag, um diesen verschiedenen Angriffen zu erwidern. (*Abg. Mondl: Herr Kollege Marwan, das ist wortwörtlich aus dem Exposé übernommen!*) Sie haben geschrieben: „Geschwollene Zentralen“. Sie kamen auf den Artikel, wo es die „AZ“ für notwendig findet, 63 Generäle anzuschießen: „Bei der Landesverteidigung ist ein Dienstpostenzuwachs im Ministerium von 30 Beamten und bei der Verwaltung von 155 vorgesehen. Die Zahl der Ausbildner der Militärpersonen schmilzt jedoch um 307, obwohl es zum täglichen Klage-

6750

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Marwan-Schlosser**

lied der Offiziere gehört, daß für die Ausbildung der Jungmänner zuwenig Militärpersonen zur Verfügung stehen. Kraß formuliert heißt das, daß für das österreichische Bundesheer wohl weniger Ausbildner, dafür aber 63 Offiziere im Generalsrang vorgesehen sind.“ (*Abg. Libal: Wieviel Generäle haben wir wirklich?*)

Herr Abgeordneter Mondl, die 63 Herren Generale werden sich selbst verteidigen und den Angriff auch aushalten; umso mehr, als die „AZ“ bewußt oder unbewußt die Öffentlichkeit mit diesem Artikel unrichtig informiert.

Die Behauptung der „AZ“, daß durch die aus dem Dienstpostenplan 1968 ersichtliche Veränderung der Dienstposten für Militärpersonen nun weniger Ausbildner für die Jungmänner zur Verfügung stehen, ist falsch, weil eine Überstellung von in der Heeresverwaltung notwendigen Dienstposten und von Dienstposten der Verwendungskategorie H 3 erfolgte. Im übrigen dürfte der Artikelschreiber der „AZ“ übersehen haben, daß es sich bei den Beamten der übrigen Verwaltung mit den Amtstiteln Sektionschef, Ministerialrat und Hofrat ebenfalls um Beamte der Dienstklassen IX und VIII handelt. (*Abg. Libal: Wie viele Generäle haben wir jetzt wirklich? — Ruf bei der ÖVP: Libal möchte eine Planstelle! — Abg. Zeillinger: Um einen zu wenig, um den Hartl!*)

Nun zu einigen Fragen des Materials. Wir haben im vergangenen Jahr die personelle Mobilmachung ermöglicht. Die materielle Mobilmachung ist derzeit noch nicht sicher gestellt. Es liegt im Hohen Haus seit etwa einem Jahr das Militärleistungsgesetz vor, und es wurde der Landesverteidigungsausschuß bereits für den 17. Jänner einberufen, der sich mit diesem Gesetz befassen wird. Dieses Gesetz wird die Voraussetzung geben, daß im Falle des Falles das Bundesheer auch auf zivile Fahrzeuge, auf Baumaschinen und Schiffe zurückgreifen kann. Dieser Schritt, den wir mit dem Militärleistungsgesetz verfolgen wollen, ermöglicht es dem Herrn Verteidigungsminister auch, einen geringeren Aktivstand von Kraftfahrzeugen des üblichen Handels innerhalb des Bundesheeres zu haben.

Wenn der Herr Abgeordnete Mondl wieder gesagt hat: Wo ist die zielstrebige heimische Umrüstung ?, und Bezug genommen hat auf die heimische Industrie — er meinte damit die Kraftfahrzeuge —, so darf ich ihm doch sagen

— und das weiß er doch ganz genau —, daß ein sehr klares, ein kontinuierliches Umrüstungsprogramm seit Jahren durchgeführt wird. Wir haben im vergangenen Jahr geländegängige Steyr-Diesel 680 M wie auch im heurigen Jahr wieder in einem größeren

Ausmaß beschafft. Es wurden geländegängige Sonder-Lastkraftwagen der Firma Gräf und Stift angeschafft, und es wird diese Aktion im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeit konsequent weitergeführt. Ich verstehe daher nicht die Kritik, die hier geübt wird.

Wir haben natürlich den VW-Variant und die VW-Busse eingestellt, aber hier ist ja kein entsprechendes Fahrzeug auf dem österreichischen Erzeugungsmarkt zu erhalten.

In technischer Erprobung befinden sich noch verschiedene Typen von Heereslastkraftwagen, wie die Type „Pinzgauer“ als Jeep-Ersatz, der „Husar“ als Dodge-Nachfolger und ein viertonniger geländegängiger Steyr-Diesel 680 M-Dreiachser.

Es wurde von Seiten des Bundesheeres also sehr viel getan. Wir haben die österreichische Autoindustrie dazu angeregt, sie möge neue Typen bauen, die als Heeresfahrzeuge eingesetzt werden können.

Nun nochmals zu den Berliet-Lastkraftwagen, wo es um diese 110 Stück geht. Herr Minister Dr. Prader hat bereits erklärt, daß die selbstverständlich auch im Inland beschafft werden könnten, wenn solche vorhanden wären. Ich habe mich davon überzeugt, daß tatsächlich eine ganze Reihe von Typen — ich bin bereit, dem Herrn Abgeordneten Mondl diese Typen, die geprüft wurden, zu zeigen — durch die Gruppe Wehrtechnik überprüft worden sind. Aber alle waren entweder zu leicht oder zu schwer. Das Erfordernis ist tatsächlich, die „Oerlikon“ zu schleppen und dazu eine Nutzlast von 3000 kg zu befördern mit der zuständigen Mannschaft. Zu schwere Fahrzeuge wären unrationell, unwirtschaftlich; zu leichte zu beschaffen, ist unmöglich.

Es kommt der Vorschlag, man solle solche erst entwickeln. Das würde aber entsprechend lang dauern. Da möchte ich die SPÖ-Opposition hören, wenn sie sagt: Jetzt stehen die „Oerlikons“ da, und es sind keine Zugmittel vorhanden!

Außerdem mußte ein Kredit aufgenommen werden, der nur im Ausland unterzubringen ist. Das hat doch das Hohe Haus selbst beschlossen, daß manche Kreditmittel im Inland nicht untergebracht werden dürfen. (*Abg. Weikhart: Sie haben es beschlossen, nicht das Haus!*) Es wurde daher dafür ein Betrag genommen, um diese Fahrzeuge anzuschaffen.

Noch etwas ist damit verbunden: Ein österreichisches Autowerk bekommt das Service möglicherweise über den Rahmen Österreichs hinaus — das wissen Sie auch, das hat der Herr Minister schon einige Male gesagt! Wozu also diese Kritik ?

**Marwan-Schlosser**

Nun zur Anschaffung des Stalwart. Auch dazu gab es völlig unqualifizierbare Zeitungsartikel. Gerade der Herr Urbanek hat wieder darüber geschrieben. Aber der Verteidigungsausschuß hatte in Judenburg die Möglichkeit, dieses Fahrzeug im Einsatz in der Mur zu sehen. Wir waren doch alle davon überzeugt — ich habe zumindest kein einziges negatives Urteil gehört —, daß es ein gutes Fahrzeug ist, daß dieses Fahrzeug sowohl für den Nachschub in Kriegsfällen als auch für Katastrophenfälle, für Evakuierungen größerer Güter und für den Nachschub von Gütern in abgeschnittene Orte und so weiter geeignet ist. Ich verstehe auch hier wieder nicht die Kritik, die immer geübt wird und geübt worden ist!

Ich kann Ihnen genausogut einiges über die Donauflottille sagen. Abgeordneter Mondl ist leider nicht herinnen. Ich kann nur wieder sagen: Er weiß schon wieder mehr als der Minister selbst. Der weiß heute noch nicht, welchen Anstrich diese Boote haben werden. Auch ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen nicht einmal sagen, welche genaue Länge, welchen Tiefgang diese Boote haben werden. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Der Herr Minister Dr. Prader ist bemüht, auf jeden Fall sicherzustellen, daß diese Boote einerseits als Schub- und Zugboote verwendet werden können, um einen Brückenschlag über die Donau im Falle des Falles zu ermöglichen, andererseits auch als Fährboote einsatzbereit sein sollen, um größere Truppen oder größere Güter über die Donau bringen zu können. Sie sind einfach notwendig. Wir können doch nicht die Donau aus unseren militärischen Betrachtungen ausschalten! Dieser Strom teilt eben einmal ein gewisses Gebiet vom Süden ab, und wenn dann Reserven nicht rechtzeitig hinübergebracht werden könnten, dann möchte ich wieder hören, was die sozialistische Fraktion sagen würde: Der Prader hat nichts vorbereitet! Nicht einmal einen Brückenschlag kann er, nicht einmal ein Fährboot kann er einsetzen!

Ich möchte zum Schluß kommen. Ich habe natürlich eine Reihe von Überlegungen, die ich gern dem Hohen Haus bringen möchte. Aber die Zeit schreitet voran, andere Redner wollen auch noch ans Pult kommen. Ich möchte mich daher dem Schluß zuwenden.

Ich bin persönlich überzeugt, daß es dem Herrn Minister im letzten Jahr gelungen ist, einen sehr wesentlichen Schritt in der Ausstattung des Bundesheeres voranzukommen. Wenn der Herr Abgeordnete Mondl im Saale herinnen wäre, würde er sicherlich zustimmen und sagen: Jawohl, auf dem Gebiete der Panzerabwehr ist wesentliches geschehen!

Es sind 1000 Stück Carl-Gustav-Geräte, das sind Zwei-Mann-Panzerabwehrrohre, angeschafft worden, wobei 500 schon im Lande sind und die weiteren 500 kommen; das war in der Presse zu lesen, ich begehe daher keinen Vertrauensbruch.

Wir haben außerdem die 10,5 rückstoßfreie amerikanische PAK, lafettiert auf eine Radlafette, die in ihrer Konstruktion vom Ausland bewundert wird. Wir haben das Panzerabwehrrohr, das bisher auf einem hohen Jeep montiert war, absenken können und damit auch wieder ein für unsere speziellen österreichischen Verhältnisse wirksames Gerät für die Panzernahbekämpfung geschaffen.

Es wurde der „Panzerjäger K“ entwickelt. Der Herr Abgeordnete Steiner hat immer wieder gefragt: Wann schauen wir uns diesen „Panzerjäger K“ an? — Bisher hat es uns die Zeit noch nicht erlaubt. Aber der Verteidigungsausschuß wird auch diese österreichische Neukonstruktion sehen.

Man hat dem Herrn Minister vorgeworfen, daß auf diesem Gerät eine 10,5-Kanone montiert sei, die dann gar nicht mehr erzeugt würde; es sei eine französische Konstruktion. Dieses Geschütz wird aber auch weiterhin erzeugt. Ich habe mich auch von dem Vorwurf überzeugen lassen, daß das Saurer-Fahrgestell zu leicht sei, beziehungsweise von der Nichtstichhäftigkeit ... (Abg. Moser: *Vom Vorwurf „überzeugen lassen“!*) Ich habe mich verbessert, lieber Abgeordneter Moser! Der Vorwurf lautet, daß das Fahrgestell Saurer zu leicht sei, daß der Turm und die Kanone zu schwer seien und daß der „Panzerjäger K“ — Kanone — seine Aufgaben im Ernstfall gar nicht wird meistern können. Ich darf dazu sagen, daß dieses Fahrgestell eine Weiterentwicklung des ursprünglichen Schützenpanzerwagens von der Art Saurer ist, sodaß es sozusagen eine Familie geworden ist und daher auch den Anforderungen entsprochen werden kann.

Dazu muß wieder festgestellt werden, daß Kritik von jenen Leuten geübt wird, die dieses Fahrzeug weder kennen noch gesehen haben. Ich glaube, daß auch hier eine Reihe von Entwicklungen durchgeführt wurden, die sicherlich im Interesse der Landesverteidigung liegen.

Ich darf abschließend sagen, daß sich der Landesverteidigungsausschuß sehr oft auf Exkursionen begeben hat, an Kursen teilgenommen und Besichtigungen durchgeführt hat. Damit ist der Vorwurf, daß das Haus nicht richtig informiert wird, entkräftet. Wenn die Abgeordneten des Hohen Hauses es wünschen, wird der Herr Minister Prader sicherlich nicht nur den Verteidigungsausschuß,

6752

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Marwan-Schlosser**

sondern auch die übrigen Herren und Damen des Nationalrates einladen, sich alles anzusehen. Aber, meine Damen und Herren, nur Kritik üben und auch dort Kritik üben, wo sie nicht mehr am Platz ist, weil man schon etwas anderes kennt, von dem man überzeugt sein sollte, das ist, meiner Überzeugung nach, nicht richtig.

Nun zum Abschluß, meine Damen und Herren, noch etwas, das ich von der rein menschlichen Seite bringen möchte. Der Herr Abgeordnete Melter hat vor kurzem erneut den Herrn Minister persönlich angegriffen und gemeint, daß der Unfall, den seine Frau mit dem Dienstwagen gehabt hat, noch in irgendeiner Form Gegenstand der Kritik sei. Der Herr Minister hat dem Herrn Abgeordneten Melter ein persönliches Schreiben zugesandt, die Gründe dargelegt und auch die rein rechtliche Seite klar erläutert. Ich glaube, daß alle die Damen und Herren des Hohen Hauses, die glauben, diesen Punkt aufgreifen zu müssen, sicherlich vom Herrn Abgeordneten Melter oder, wenn Sie wollen, auch von mir diese Erläuterungen bekommen können.

Der Herr Minister Dr. Prader ist sehr viel unterwegs. Das Dienstfahrzeug steht ihm persönlich zur Verfügung. Auch der Rechnungshofbericht hat nie kritisiert, daß ein Dienstfahrzeug, das einen Teil der Diäten für den Minister darstellt, für Privatzwecke verwendet wird.

Gestatten Sie mir dazu noch eine menschliche Bemerkung. Da der Herr Minister Prader so viel dienstlich unterwegs ist und im Interesse seiner Fahrer, die er nicht immer beanspruchen will, eben einmal selbst das Fahrzeug benützt und weil er als Kriegsinvaliden das Fahrzeug nicht lenken kann, seine Frau ersucht, sie möge für ihn fahren, glaube ich, sollten wir dafür Verständnis haben. (Abg. Steiniger: Das geht zu weit! — Abg. Weikhart: Das geht wirklich nicht! Da muß halt dann ein anderer Fahrer her!) Ich persönlich bin dafür, daß wir einander zwar politisch stark angreifen (Abg. Weikhart: Dann kann sich ja einer seine Frau d hersetzen, wenn er keine Zeit hat! — Heiterkeit), daß wir aber trotzdem durchaus menschliches Verständnis zeigen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm. (Abg. Weikhart; Nach den Absetzbewegungen kommt jetzt wieder der Angriff! — Abg. Guggenberger: Herr Dr. Tull! Was hat der Rechnungshof beim Außenministerium festgestellt? — Abg. Dr. Kreisky: Das kann ich Ihnen sagen! — Zwischenrufe

bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kreisky: Fragen Sie den Außenminister, der wird Ihnen die Antwort geben! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Jetzt sind wir beim Abgeordneten Zeillinger! Der nächste Redner ist am Wort, meine Damen und Herren!

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben in der bisherigen Diskussion über das Kapitel Landesverteidigung das gleiche Bild erlebt: Die Sprecher der Regierungspartei — bisher war es Kollege Marwan-Schlosser — machen den Versuch, die Situation im rosigen Licht darzustellen, und übersehen dabei, daß sie der Sache selbst nicht dienen.

Kein Wort gegen das Heer und gegen die Bemühungen des Heeres — aber wir hätten an und für sich auch von der Regierungsseite viel mehr ernsten Appell an die Regierung und an den Minister erwartet in einer Situation, in der wir uns doch alle darüber im klaren sind, daß die gegenwärtigen Mittel des Budgets auf gar keinen Fall ausreichen, Österreich im Ernstfall zu verteidigen.

Seinerzeit wurde von der Volkspartei immer wieder betont, man wolle nicht nur eine verstärkte Landesverteidigung, man wolle mehr Mittel zur Verfügung stellen; es wäre nur die Koalition daran schuld, es wäre die linke Reichshälfte der Koalition die Ursache, warum einfach in Österreich dem Heer nicht das gegeben werden kann, was man zu einer ordnungsgemäßen Landesverteidigung brauche.

Und nun, meine Damen und Herren, haben wir ein Budget, das die Volkspartei allein vorgelegt hat, in dem die Volkspartei ihren Wehrwillen demonstrieren konnte und wo sich nun herausstellt, daß die Volkspartei, wenn sie allein regiert, ja noch weniger für die Landesverteidigung übrig hat, als es seinerzeit der Fall war. 4,31 Prozent, hat der Herr Minister ausgerechnet und mitgeteilt, sind im Budget für die Verteidigung unseres Vaterlandes vorgesehen.

Gleichzeitig sind der Herr Minister und auch alle Fachleute — und wir schließen uns vom Standpunkt der Freiheitlichen aus dem an — der Ansicht, daß eine Verteidigung Österreichs nur möglich ist, wenn mindestens 7 Prozent des Budgets dafür zur Verfügung gestellt werden können. Der Organisationsplan, der darauf aufgebaut ist — das ist ja ein Wissen, das uns allen bekannt ist —, besagt, daß man bei 7 Prozent der Budgetmittel etwa 10 Jahre braucht, um so weit zu kommen, Österreich verteidigen zu können.

Nun haben wir stillschweigend statt 7 Prozent nur 4,31 Prozent. Wir fragen daher: Wann werden wir nun dieses Österreich in jenen Zu-

**Zeillinger**

stand versetzen, daß man es verteidigen kann ? Denn der Sinn eines Heeres ist doch nicht, nur Marschmusik zu spielen, Paraden abzuhalten. Fragen Sie doch die Offiziere, fragen Sie die Soldaten — sie wollen sich auf den Ernstfall vorbereiten, und Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, hindern sie daran. Die Regierung hindert sie dadurch, daß sie die notwendigen Mittel vorenthält, und Sie als Regierungschef verhindern eine andere Lösung, weil Sie nur Worte des Lobes, nur Worte der Anerkennung in einer Situation finden, von der wir alle wissen, daß sie triste ist. Ich will nicht so weit gehen und sagen, wie es einmal aus dem Ministermunde gefallen ist, als er sagte: Das Heer ist noch nicht in Konkurs. — Das Heer ist überhaupt nicht in Konkurs. Die Frage ist nur, ob die Regierungspartei mit ihrem Verteidigungskonzept und ob der Minister mit seiner Einstellung zum Verteidigungskonzept bereits am Ende ist. Denn das Budget, Herr Minister, das Sie heute hier vorlegen und dem Sie zustimmen, das Sie gegenüber dem Hause vertreten, sollte eigentlich Ihre eigene Ablehnung hervorrufen. Wenn Sie sich selbst als Fachmann bezeichnen, dann müssen Sie sagen: 7 Prozent 10 Jahre hindurch ist das Mindeste, und nur dann sind wir in der Lage, selbst bei einem Stellvertreterkrieg — nicht wenn uns eine Großmacht angreift —, wenn uns Ungarn, die Tschechoslowakei oder ein anderer Staat in Schwierigkeiten bringt, einige Zeit Widerstand zu leisten.

Dann aber legen Sie ein Budget vor, in dem nur 4,31 Prozent vorgesehen sind, und sagen: Dann wird es eben entsprechend länger dauern. Das heißt, offen ausgedrückt: Wir alle, die wir hier sitzen, werden bei den gegenwärtigen Budgetmitteln nicht mehr erleben, daß Österreich in einen verteidigungsfähigen Zustand versetzt wird.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir überhaupt zu der grundsätzlichen Frage der Landesverteidigung, des Wehrkonzepts in Österreich. Man kann die Verteidigung in Österreich nicht damit lösen, daß man berittene Gebirgstruppen aufstellt, nicht damit lösen, daß man eine Donaumarine, die zwischen den Schleusen hin- und herfährt, aufstellt, und auch nicht mit der Wiedereinführung des Säbels bei unseren Offizieren.

Wenn das Beispiel Israel von meinem Voredner gebracht worden ist, so haben Sie etwas Wesentliches vergessen. In Israel trat in entscheidender Minute an die Spitze der Landesverteidigung ein Mosche Dayan! Das ist vielleicht die Lösung. Wir glauben nämlich nicht, daß ein Georg Prader ein Mosche Dayan ist. (*Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ.*) Wir glau-

ben, daß in dieser Situation ein Mann mit Format, mit Konzept und Entschlossenheit sein Vaterland zu verteidigen hat und an die Spitze Österreichs treten müßte und nicht ein Mann, der Minister bleiben will und der ein Konzept vertritt, von dem er im vorhinein weiß, daß es niemals auslangt, im Ernstfall dieses Österreich zu verteidigen.

Wir haben die allgemeine Wehrpflicht. Wir bilden im Durchschnitt jährlich 40.000 Mann aus. In elf Jahren haben wir 440.000 Mann ausgebildet. Wir haben 33 wehrdienstpflchtige Jahrgänge, das sind 1,320.000 Mann, die wir ausbilden. 1,320.000 Soldaten werden wir eines Tages haben — aber Uniformen, Herr Minister, haben wir nicht, anziehen und bewaffnen können wir nur 80.000 Mann. Wozu bilden wir dann 440.000 Mann aus? (*Abg. Weikart: Schuhe haben wir keine!*) Ein solches System hat es schon einmal gegeben: Die Chinesen haben dieses System einmal gehabt. Bei den Chinesen hatte nur immer jeder zehnte Mann ein Gewehr. Wenn der erste gefallen ist, dann hat der nächste das Gewehr übernommen. Bei uns ist das anders. Bei uns bekommt der Mann, wenn er einrückt, einen Tarnanzug und einen Regenanzug, den er aber nach vier Tagen wieder ausziehen muß, denn acht Tage später rückt der nächste ein, und der bekommt denselben Tarnanzug. Das heißt: Im Ernstfall muß dieser nicht nur die Waffe übernehmen, sondern er muß ihm auch noch die Uniform ausziehen, damit er weiterkämpfen kann. (*Neuerliche Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ.*) Das ist Ihr Verteidigungskonzept, Herr Minister! Dagegen wenden wir Freiheitlichen uns! Wir sind für die allgemeine Wehrpflicht, wir bejahren sie; wir sind aber dagegen, daß man sinnlos Geld für die Leute ausgibt, daß wir sie ausbilden, wenn man von vornherein weiß, daß höchstens 20 oder 25 Prozent der ausgebildeten Leute auch tatsächlich eines Tages in der Lage sein werden, unser Vaterland zu verteidigen. Hier liegt der Konzeptfehler, und über diesen Konzeptfehler wollen wir uns ernsthaft unterhalten.

Ein Ausbildungsjahrgang sind, wie ich schon gesagt habe, etwa 40.000 Mann, das sind bei 33 Jahrgängen 1,320.000 Mann. Da müssen wir uns nun mit der Frage beschäftigen: Was machen wir, wenn wir auch nur 300.000 oder 400.000 Mann auszubilden und zu den Waffen zu berufen in der Lage sind? 400.000 Mann, die bereit sind, unser Vaterland zu verteidigen. Was werden wir eines Tages machen, wenn sie im Ernstfall kommen und sagen: Wir sind bereit!? — Dann werden wir sagen: Wir haben keinen Mosche — wir

6754

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Zeillinger**

haben einen Georg, und der hat für euch keine Waffen und keine Tarnanzüge hergelegt! (*Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ.*)

Kollege Marwan-Schlosser! Diese Frage müssen Sie beantworten. Sie haben heute hier alles gelobt, Sie haben alles für gut befunden (*Zwischenruf bei der ÖVP*), und der Minister Prader glaubt wirklich, daß er so gut ist, wie Sie ihn hier bezeichnen haben. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Er ist verantwortlich dafür, wenn dieses Österreich eines Tages untergeht, weil wir wohl die Leute ausgebildet haben und weil wir ein Volk haben, das bereit ist, sein Vaterland zu verteidigen, weil wir aber nicht einmal die Waffen, ja nicht einmal die Uniformen haben, um sie unseren jungen Leuten, unseren Männern in die Hand zu geben, damit sie dieses Vaterland verteidigen können. Das hätten wir Freiheitlichen vom Sprecher der Regierungspartei erwartet. Nicht Lob! Loben können Sie in Versammlungen, loben tut sich der Minister auf Plakaten selber. Millionen werden für Propaganda ausgegeben, die letzten Endes nur Publicity für den Minister sind.

Das haben wir nicht notwendig. Wir müssen darüber reden, Herr Kollege Marwan-Schlosser. Wenn Sie ehrlich sind, dann dürfen Sie nicht nur sagen: Die Mittel sind zu gering!, sondern Sie müssen so wie wir Freiheitlichen mehr fordern. Es geht nicht darum, wieviel Prader hat, es geht darum, ob wir in der Lage sind, ein Heer auf die Beine zu stellen, das im Ernstfall unser Vaterland verteidigen kann. Dazu ist zuwenig Geld vorhanden, dazu fehlt es in der Person des Ministers, und dazu fehlt es auch an der Bereitschaft der Regierungspartei. Sie loben, Sie finden alles in Ordnung! Es ist alles wunderbar, und es braucht nichts geändert zu werden! Sie haben kein Wort darüber verloren.

Ein Kollege hat einmal im Ausschuß gesagt (*Abg. Weikhart: G'wand ham ma kans! Schuach ham ma kane!*), es wäre notwendig, daß die Abgeordneten Waffenübungen machen. Ich bin sehr dafür! Ich habe zwar sieben Jahre Krieg hinter mir, aber ich bin durchaus bereit, noch einmal etwas näher in die Verhältnisse Einblick zu nehmen. Aber was erzählen uns die Leute, wenn sie auf Waffenübung gehen und wenn sie einrücken, wenn sie den Tarnanzug und den Regenschutz verpaßt bekommen? Sie wissen genau: Das ist nicht der ihrige für den Einsatzfall, sondern das ist nur derjenige, den sie wie bei einem Schauspiel auf vier Tage geliehen bekommen, damit sie der Öffentlichkeit ein Theater vorspielen können!

Das ist doch die ernst zu nehmende Konzeptlosigkeit, die wir diesem Minister vorwerfen. Es wird geschauspielert und Theater gespielt,

aber es ist nichts dahinter. Wenn einmal eines Tages ernsthaft jemand bei uns anklopft und zu erfahren versucht, ob dieses Österreich wehrbereit und wehrfähig ist, dann wird er sehen: Wehrbereit? — O ja, das sind wir Österreicher, gleichgültig welcher Partei, auch wenn sich Minister Prader bemüht, eine Einparteien-Verteidigungspolitik zu machen, und die beiden Oppositionsparteien weitgehend ausgeschaltet hat; aber wehrfähig ist dieses Österreich unter der gegenwärtigen Regierung und unter diesem Minister nicht geworden. Das ist das Entscheidende! Überleben müssen wir den nächsten Krieg. Den werden wir aber unter den Umständen, die jetzt hier herrschen, unter gar keinen Umständen überleben!

Die Ausbildung jedes einzelnen Mannes verursacht hohe Kosten. Das wollen wir gar nicht bestreiten. Ich weiß gar nicht mehr die Ziffern auswendig, aber es geht in die Zehntausende Schilling bei einem Panzerschützen, bei einem Piloten gehen die Kosten in die Hunderttausende Schilling. Dann haben wir zwar die Leute ausgebildet — aber wir haben für sie weder Waffen noch Uniformen. Das wäre etwa so, als wenn der Generalpostdirektor oder der Verkehrsminister, wenn er zum Beispiel 100 Fernsprechfachleute braucht, tausend ausbilden ließe, dann aber darauf verzichten würde, 900 zu verwenden. Es gibt also Millionen aus, um tausend auszubilden, aber er weiß von vornherein, daß er nur hundert braucht, weil ja nur für 100 die Geräte vorhanden sind.

Wir haben nichts davon, wenn wir 3000 Panzerfahrer ausbilden, dann aber nur 300 Panzer haben. Das ist nicht so wie im Chinesischen Krieg vor hundert Jahren, wo der nächste Mann die Waffe nehmen konnte. Der Panzer, der getroffen wird, ist ausgefallen. Da nützt es gar nichts, daß hinter ihm noch weitere 10, 20, 30 ausgebildete Panzerschützen stehen, die in der Lage wären, den Panzer weiterzufahren. Wir haben die ausgebildeten Soldaten, wir haben Hunderte und Hunderte Millionen ausgegeben und können die ausgebildeten Leute im Ernstfall nicht einsetzen. Hier muß einmal ein Gleichgewicht hergestellt werden! Man muß das ausbilden, was man im Ernstfall einsetzen kann. Das geschieht nicht! Es wird immer nur einberufen!

Wenn zuvor gesagt worden ist, es könnte eines Tages der Moment kommen, wo nicht mehr alle Leute einberufen werden — ja, Herr Kollege von der Regierungspartei: So weit sind wir doch schon! Soweit mir bekannt ist, ist bereits beim letzten Einrückungstermin am 1. Oktober dieses Jahres das Kontingent der Einberufenen ganz entscheidend gekürzt worden. Das heißt, man hat nicht

## Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

6755

**Zeillinger**

mehr das Geld gehabt, alle Leute einzuberufen. Man hat nicht mehr das Geld gehabt, für die Verheirateten die Familienbeihilfe zu bezahlen. Jetzt beginnt nämlich die positive Intervention: Früher — dadurch erfahren wir es ja — sind die Leute gekommen und haben gesagt: Ich bin ein Bauernsohn, ich möchte freigestellt werden! Oder: Ich bin der Sohn eines Kaufmannes, ich möchte freigestellt werden! Jetzt kommen sie umgekehrt und sagen: Ich bin tauglich, warum werde ich nicht eingezogen? — Und so kommen wir erst darauf, daß ja ein erheblicher Teil der Leute, die für tauglich befunden worden sind, gar nicht mehr einberufen werden können, weil die Regierungspartei nicht mehr die notwendigen Mittel hat, um die für tauglich befundenen Leute einberufen zu können.

Die Ausbildung — unbestritten — verursacht hohe Kosten. Wir haben ungefähr 30 S pro Tag für Verpflegung und das Bargeld, das der Soldat bekommt. Er braucht die Bekleidung, er braucht die Unterkunft, er nützt das Gerät ab, er nimmt die Unterführer in Anspruch, es wird Geld für seine Dienstfreistellung benötigt, es werden allenfalls Einsatzgebühren bezahlt; mit einem Wort: auch der einfache Soldat benötigt viele Tausende Schilling aus Steuermitteln für seine Ausbildung.

Aber wir bilden ihn ja nicht aus, damit wir ihn neun Monate von der Wirtschaft fernhalten und dann am Schluß sagen: So, jetzt bist du ausgebildet, jetzt haben wir dich neun Monate gehindert, in der Wirtschaft und in deinem Beruf dich weiter zu betätigen, jetzt geh nach Hause; wir versichern dir, du wirst nie mehr gebraucht werden!

Das ist nicht der Sinn der Ausbildung, Herr Minister! Der Sinn der Ausbildung des Panzerschützen oder des Artilleristen ist, daß wir ihm nachher sagen: So, und nun gehörst du einer Mob-Einheit an, und im Ernstfall werden wir auf dich greifen und du wirst gemeinsam mit den anderen dein Vaterland verteidigen! Aber das können wir gar nicht, denn drei Viertel aller Leute, die Sie ausbilden, bilden Sie aus in dem Bewußtsein, diese Leute nie mehr wieder verwenden zu können, weil wir nicht die Geräte haben, weil wir nicht die Waffen haben und weil wir nicht die Ausrüstung haben! Das ist der grundsätzliche Konzeptfehler, daß ungeheuer viel Geld für die Ausbildung ausgegeben wird und daß dann keine Möglichkeit des Einsatzes besteht.

Ich glaube, jeder von Ihnen, der irgendwo in der Wirtschaft, ganz gleichgültig in welcher Position, tätig war, wird es verstehen, daß hier

ein Mangel vorliegt, der behoben gehört.

Daß wir Mängel haben, Herr Kollege Marwan-Schlosser — ich muß es leider sagen —, das wissen wir doch. Wenn auch immer wieder versichert wird, daß es Zufälle sind, so ist zu sagen: Ja sicher, es wird immer wieder ausgeglichen! Wenn einmal hier ein paar Stahlhelme fehlen, dann sind sie nach 14 Tagen wieder da. Aber das zeigt doch, wie knapp wir sind mit den Stahlhelmen, mit den Schuhen, und ich erinnere an das Beispiel, das ich einmal gebracht habe: Es waren keine Schlipse da, und die Soldaten mußten die Pullover verkehrt anziehen, damit sie ausgehen konnten. Ich weiß, daß das nichts Entscheidendes ist. Aber es zeigt immer wieder, wie knapp wir an allem dran sind.

Letzten Endes darf ich einen der Sprecher der Regierungspartei, der nach mir kommt, bitten: Beantworten Sie die Frage, ob diese 440.000 Mann, die wir in elf Jahren ausgebildet haben, überhaupt in Mob-Einheiten oder in territorialen Organisationen erfaßt sind und ob für sie Waffen und Geräte bereitgelegt sind. Oder ob in diesen elf Jahren Milliarden ausgegeben worden sind — Milliarden! — für eine Ausbildung, die niemals in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann, weil keine Möglichkeit besteht, unter der Konzeptlosigkeit des derzeitigen Ministers auch nur wenigstens die Hälfte dieser Leute im Ernstfall zur Verteidigung unseres Vaterlandes herbeizurufen.

Es genügt nicht, daß sich die Burschen freuen, für tauglich befunden zu werden. Auf dem Land schmücken sie sich noch mit Blumen und werden mit Musik empfangen. Sie rücken dann ein und sind stolz, Soldaten zu sein. Sie tragen mit Stolz diese österreichische Uniform, aber sie können dieses Österreich nie verteidigen — weil hier ein Mann sitzt, der nicht an die Zukunft denkt, sondern nur darauf sieht, daß die Militärmusik verstärkt wird; sie muß größer gemacht werden, mit Tschinbum und Trara geht's los, und alles in Uniformen.

Damit haben wir sogar ungemein viel zu tun, auch wenn man nur daran denkt, wieviel Stunden Nachdenken es wohl dem Minister bereitet haben muß, bis er daraufgekommen ist, daß die Uniformknöpfe unpassend waren. Die Uniformknöpfe unserer Soldaten mußten sämtlich abgetrennt werden. Wenn ich mich nicht irre, haben Sie 400.000 S nicht für Knopfkosten ausgegeben, sondern dafür, daß die Knöpfe in Heimarbeit angenäht werden konnten. Mit Autos ist man vor Privathäusern vorgefahren und hat in Heimarbeit die Knöpfe abtrennen und neue Knöpfe annähen lassen. Auf den neuen

6756

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Zeillinger**

Knöpfen war nicht mehr der Hoheitsadler drauf. Ich muß sagen, ich bin bis heute nicht daraufgekommen, was der tiefere Sinn war. Die Knöpfe mit den Hoheitsadlern mußten herunter, und andere Knöpfe wurden ange näht. Das sind Ihre Sorgen, Herr Minister, dafür werden Hunderttausende Schilling ausgegeben. Aber das ist vollkommen gleichgültig. Die Offiziere haben übrigens heute noch — das habe ich festgestellt — Goldknöpfe mit Hoheitsadlern. Mir ist das überhaupt erst in dem Moment aufgefallen, als ich gesehen habe, daß Sie sich damit beschäftigen, nachzudenken, ob unsere Soldaten in einem zukünftigen Krieg eventuell mit oder ohne Hoheitsadler an den Knöpfen an die Front gehen sollen. Das sind die Aufgaben, womit wir uns beschäftigen und wofür wir Hunderttausende Schilling ausgeben: um in Heimarbeit die Knöpfe herunterzutrennen und neue Knöpfe anzunähen.

Ich glaube, es gäbe viel, viel Wichtigeres und viel, viel Wesentlicheres in diesem Zeitpunkt zu lösen als etwa die Frage, ob neue Knöpfe ohne Hoheitsadler oder alte Knöpfe mit Hoheitsadler von unseren Soldaten getragen werden. (*Abg. Horr: Sie waren vielleicht verkehrt angenäht!*) Ich weiß nicht, sie sind in der Koalitionszeit angenäht worden, Herr Kollege, das müssen Sie wissen. (*Heiterkeit.*) Ich weiß es nicht, vielleicht war ein roter Zwirn dabei und deswegen haben sie abgetrennt werden müssen. (*Zwischenrufe.*) Das kann ich nicht beurteilen. Aber Sie werden verstehen, daß zumindest wir Freiheitliche nicht verstehen, warum man in einer Situation, in der wir zu einem sehr, sehr ernsten Punkt in unserer Landesverteidigung gekommen sind, solche Sorgen hat.

Herr Minister! Ich halte auch die Frage, ob einige Soldaten in Zivil ausgehen mußten, weil man keine Uniformen hat, für gar nicht entscheidend. Entscheidend ist — das ist das, was ich an Ihnen kritisieren muß, Herr Kollege Marwan-Schlosser —, daß Sie alles ableugnen und alles für gut finden. Ich habe schon einmal das Beispiel gebracht, aber nur im Ausschuß, ich habe gar nicht gefunden, daß man darüber im Hause sprechen muß. Aber der Herr Minister hat sofort erklärt: Das ist mir nicht bekannt, das gibt es nicht! Ich bin also nach Salzburg gefahren, bin zu den Offizieren gegangen und habe mit ihnen gesprochen. Sie haben mir die Leute hergerufen, Herr Minister, und haben sie mir vorgestellt. Sie sagten: Jawohl, das stimmt. Damit wir ausgehen konnten, sind wir in Zivil ausgegangen.

Warum geben Sie nichts zu? Sie leugnen ab, Sie beschönigen, und wenn man Ihnen etwas nicht schwarz

auf weiß hinlegen kann, so streiten Sie es ab bis zur letzten Minute. Wenn Sie wollen, bringe ich Ihnen die Soldaten her. Das ist genauso wie beim Untersuchungsausschuß gegen Sie. Wenn ich etwas gegen Prader vorbringe, Herr Minister, dann können Sie versichert sein, daß ich das Material habe. Ich habe also mit den Offizieren gesprochen, die mir zuerst die Information gegeben haben, und ich habe jetzt mit den Leuten gesprochen, die ausgegangen sind. Sie aber haben glatt erklärt, das sei nicht wahr, so wie es bei der Donaumarine und anderen Dingen der Fall war. Sie klammern sich an ein Wort, vielleicht ist ein Beistrich nicht ganz genau richtig, und dann streiten Sie es von vornherein ab.

Herr Minister! Es wäre nach unserer Meinung viel verantwortungsbewußter, wenn Sie hier hertreten und sagen würden: Ich bedaure, ein solches Konzept vertreten zu müssen. Jawohl, ihr Abgeordneten, die ihr das kritisierst, habt recht. In diesem und jenem stimme ich mit Regierung oder Oppositionspartei überein. Das gehört anders gemacht! Aber nicht diese Schönmalerei, immer dem Volk vor dem Fernsehschirm und vor dem Radio etwas vorzutäuschen, Sie sollten zugeben, daß wir am Ende unseres Verteidigungskonzepts sind.

Wir müssen immer warten, bis der eine Mann einen Tarnanzug auszieht, damit der nächste den Tarnanzug anziehen kann. Das ist die Situation. Wir können nicht mehr als 80.000 Mann einkleiden, selbst wenn wir 500.000 oder 600.000 ausgebildet haben werden, und in einigen Jahren wird es so weit sein. Wir können nie mehr als 80.000 einberufen, ja mit dem gegenwärtigen Budget sind wir nicht einmal in der Lage, den Verfall des Materials aufzufangen. Die Situation wird durch die Preissteigerungen von Jahr zu Jahr ernster, wie Sie jetzt gesehen haben.

Wenn ich gerade bei den Mißständen bin, darf ich vielleicht noch das eine oder andere einschicken. Ist es nicht bedauerlich und betrüblich, wenn zu uns Abgeordnete Soldaten kommen — ich darf Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, Herr Minister! —, die an der italienischen Grenze in dem von der Regierung befohlenen Einsatz zum Schutz der italienischen Grenze gestanden sind und die Anspruch auf die sogenannte Einsatzgebühr haben. Sie liegt, glaube ich, in der Höhe von 24 S pro Tag. Diese Leute haben abgerüstet und sind Wochen, nachdem sie abgerüstet hatten — es waren in diesem Fall zwei Oberösterreicher —, nach Salzburg zu mir in die Sprechstunde gekommen und haben mir mitgeteilt, daß sie Anspruch haben, über 2000 S zu bekommen, und sie be-

## Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

6757

**Zeillinger**

kommen sie einfach nicht. Sie sind Gläubiger des Bundesheeres. Dem Soldaten, der jeden Schilling braucht, dem bleibt man diese 24 S schuldig. Herr Minister, beziehen einmal Sie nicht Ihren Gehalt und geben Sie dem Mann die 24 S, denn der braucht die 24 S notwendiger als ein Minister oder auch ein Abgeordneter seine Bezüge! Es ist betrüblich, daß man diesem Mann, diesem einfachen Präsenzdiener, der bereit ist, in einem ohnehin merkwürdigen Auftrag die italienische Grenze zu schützen, seine Einsatzgebühr monatelang vorenthält.

Ähnliche Klagen hören wir von überall her. Erst gestern ist mir ein Beispiel gebracht worden, daß bei der Verwaltungsstelle Wien Dienstreisen von September bis Oktober jetzt noch nicht ausbezahlt sind. Es ist abgerechnet, es ist alles in Ordnung, aber sie werden nicht ausbezahlt, es ist kein Geld da. Aber Soldaten spielen und kein Geld haben, das ist ein sehr ernstes, ein sehr bedenkliches Spiel. Wir können nicht verlangen, daß unsere Soldaten uns dauernd diese kleinen Beträge kreditieren, sondern wir müssen verlangen, daß auch das Verteidigungsministerium und die Dienststellen des Heeres ihre Pflicht erfüllen, auch dem Präsenzdiener gegenüber, der Anspruch auf einige hundert Schilling Einsatzgebühr hat.

Meine Damen und Herren! Es ist heute hier vom Sprecher der Regierungspartei sehr viel über den Neutralitätsschutz gesprochen worden. Ich möchte etwas klarstellen. Natürlich ist unsere Neutralität ein Gut, das wir verteidigen sollen, Herr Kollege. Aber die Verteidigung der Neutralität obliegt in erster Linie den Politikern. Sie ist eine Aufgabe der Politiker, und die Aufgabe des Heeres ist es, die Grenzen zu verteidigen. Das ist die Aufgabe jedes Heeres, und — ich glaube, darüber sollten wir uns einmal einigen — es wäre auch die Aufgabe des österreichischen Heeres, die Grenzen zu verteidigen und den anderen Staaten den Beweis zu liefern, daß wir bereit sind, jede Grenzverletzung in entsprechender Weise zu ahnden.

Damit komme ich gleich zu einigen aktuellen Anlässen der jüngsten Zeit. Es ist ein tschechischer Pilot in Aspern gelandet. Das kann durchaus vorkommen, dagegen gibt es gar nichts zu sagen. Es war Pech, daß er mitten in eine militärische Übung hinein gelandet ist, wo man füglich annehmen könnte, man hätte ihn früher wahrnehmen müssen. Daß aber der Rundfunk das früher erfährt und meldet, als unsere Radarstation in der Lage ist, ihn zu erfassen und irgendwelche Abwehrmaßnahmen zu treffen, das stimmt bedenklich. Darüber sollte man gerade als Sprecher der

Regierungspartei, auch wenn es der eigene Minister ist, nicht hinweggehen. Es muß gar nicht Mangel am Mann sein, wir wissen alle, es ist Mangel an Material, Mangel an Gerät. Wir haben heute eine kaum noch fertige Radarstation am Kolomansberg draußen. Darüber, Herr Kollege, müssen wir reden.

Täuschen wir uns nicht darüber hinweg, und sagen wir es doch: Wir haben die Grenzen wie Scheunentore offen, und jeder, der will, kann hereinfliegen. Wir wissen und haben schon gehört, daß wir zwar Luftstraßen haben, daß sich aber kein Russe und niemand daran hält; sie fliegen ein, wo sie wollen, und wir nehmen das zur Kenntnis, wir machen nichts dagegen. Daher fällt es auch gar nicht auf, wenn eines Tages irgend jemand — in diesem Fall war es eine Notlandung — hereinkommt. Natürlich soll ihm nichts geschehen, aber erfassen hätte man ihn doch müssen; denn sonst kann jemand eines Tages genauso hereinfliegen, und der macht nicht eine Notladung, sondern fliegt im Zuge irgendeiner militärischen Operation in Österreich ein. Selbst wenn wir ihn dann am Kolomansberg mit der Radarstation erfaßt haben werden, gibt es dort immer nur noch die händische Auswertung. Wir haben noch keine Automation in der Auswertung. Das heißt mit anderen Worten: Jeder feindliche Flieger hat Österreich schon längst wieder verlassen, bis wir in der Lage sind, Abwehrreaktionen zu setzen. (*Abg. Dr. Pittermann: Außer er muß notlanden!*) Außer er muß notlanden. Dann haben wir die Möglichkeit, ihn zu internieren und zu verhören. Da uns aber nicht jeder Gegner die Gefälligkeit macht, notzulanden, ist das doch ein Problem, über das man sprechen sollte. Nicht alles loben, nicht alles gut finden, nicht alles verteidigen!

Wir haben durchaus Verständnis, daß Sie einen Minister dort verteidigen, wo er angegriffen wird. Aber dort, wo wir doch an und für sich einer Meinung sein müßten, daß sehr viel geschehen muß, dürfen wir uns doch nicht einfach mit der Erklärung zufrieden geben: Heuer ist eben das Geld nicht da! Mit anderen Worten: Heuer bewilligen Sie, die Regierungspartei, nicht das Geld, das notwendig ist, um Österreich so zu verteidigen, daß es den nächsten Krieg überlebt. Das sind die nackten Tatsachen. Darüber sollten wir sprechen. Geben Sie uns eine Antwort, Herr Minister, warum Sie so handeln!

Sie können nicht sagen: Es ist nicht mehr Geld da, wir müssen uns nach der Decke strecken. Das ist keine Antwort. Man kann sich natürlich auch nach der Decke strecken, Herr Kollege Marwan-Schlosser. Man könnte auch hergehen und sagen: Der Minister hat

6758

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Zeillinger**

sich nicht durchgesetzt. Wir wissen, daß er im Frühjahr oder Sommer durchaus noch optimistisch war und geglaubt hat, die 7 Prozent zu bekommen. Weil wir damals schon gezweifelt haben, sind wir schief angesehen worden. Es hat sich herausgestellt, daß wir Freiheitlichen auch in diesem Punkt recht hatten. Natürlich hat er die 7 Prozent nicht bekommen, sondern nur 4,31 Prozent. Natürlich kann man sich auch nach der Decke strecken, aber dann muß man vor die Öffentlichkeit hintreten und muß sagen: Das bisherige Konzept ist zusammengebrochen, so geht es nicht! Aber nicht so hinten herum sagen: Wir werden weniger einberufen, und wer nicht will, braucht sowieso nicht einzurücken. Für die, die verheiratet sind, haben wir ohnedies kein Geld, die Familienbeihilfen zu bezahlen.

Aber wir sehen hier die typisch österreichische halbe Lösung, man sagt nichts ganz. Da müßte man eben sagen: So geht es nicht, ein neues Konzept muß her! Aber dauernd hören wir: Nein, nein, wir bleiben beim alten Konzept! So als ob wir die 7 Prozent hätten; es wird nur statt 10 Jahre 30 oder 40 Jahre dauern, bis wir das erreichen, bis wir dann Waffen kaufen werden. Die werden wir dann wahrscheinlich auf dem Tandemmarkt aus dem Jahre 1967 kaufen, und im Jahre 1980 wird sie dann kein Mensch mehr brauchen können. Das wird dann ungefähr die Folge sein. Auch die Tatsache, daß ein Großteil der Österreicher hofft, daß beim nächsten Regierungswechsel ein neuer Minister kommt, nützt nichts. Der Schaden, der in den letzten Jahren angerichtet worden ist, kann in den nächsten zehn Jahren nicht mehr gutgemacht werden. Immer wieder werden Leute einberufen, Leute ausgebildet, Hunderte Millionen für die Ausbildung von Leuten ausgegeben, die man nie-mals einsetzen kann.

Ich bin der Ansicht, man sollte sich sehr ernst, über die Parteien hinweg, darüber aussprechen. Wir Freiheitlichen haben der Regierungspartei schon unzählige Male eine Zusammenarbeit aller Parteien auf dem Gebiete der Landesverteidigung angeboten; denn wir glauben, daß das ein Thema ist, das man außerhalb des täglichen Parteienstreites stellen muß. Natürlich ist es notwendig, daß dann ein zweiter Schritt, ein entgegenkommender Schritt von seiten der Regierungspartei gemacht wird. Aber daß man einfach sagt: Alles, was der Georg Prader macht, ist gut, ein Georg Prader kann nicht fehlen, wir werden alles verteidigen, und wenn Österreich darüber in Scherben geht, er ist so ein Pfundsbumsch!, das ist ein Standpunkt, dem wir mit dem notwendigen Schwung entgegentreten werden.

Wir halten es geradezu für bedenklich, wenn Sie alles loben, wenn Sie alles gutheißen und sagen: Es ist alles in Ordnung, es braucht nichts geändert zu werden! Ja, dann muß ich Ihnen sagen, der Finanzminister — ich weiß nicht, ob er nächstes Jahr noch Finanzminister sein wird ... (*Abg. Dr. Pittermann: Wer wird so neugierig sein?*) Nein, ich bin nicht neugierig, aber es ist ja immer dasselbe, wir erleben es jedes Jahr. Voriges Jahr vor Weihnachten hat sich auch der Herr Bundeskanzler entschlossen, über Weihnachten nachzudenken, es ist ihm aber nichts eingefallen, und im Jänner ist dann die Regierungsumbildung ... (*Abg. Dr. Pittermann: Wir haben Gedankenfreiheit in Österreich!*) Gedankenfreiheit schon, aber diese Hoffnungen erwecken! Denn irgendwo bis zum letzten Österreicher hofft dann doch einer, daß einmal eine Änderung kommt, um dann im Jänner zu erfahren, daß alle doch so gut sind beziehungsweise daß man trotz eifrigsten Suchens in der ÖVP keinen Besseren gefunden hat, das ist ja das Erschütternde dabei.

Das ist also ein Thema, über das man sich unterhalten sollte und das man nicht immer nur so, wie Sie es getan haben, mit einem Lob an den Minister, an die Regierung, an den Finanzminister, abtun sollte. Denn jeder Finanzminister wird natürlich sagen: Meine Partei — die die absolute Mehrheit hat — war doch zufrieden mit 4,31 Prozent, was nützt es denn, die wollen ja gar nicht mehr, sie haben mich doch gelobt und sie haben alles in Ordnung befunden. Ich glaube, daß man hier doch anders denken müßte, denn hier geht es um mehr als nur um irgendeine Propaganda, hier geht es doch darum, ob Österreich den nächsten Krieg überstehen wird oder nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß wir alles tun werden, um den nächsten Krieg zu vermeiden; aber das furchtbare ist, daß ich persönlich überzeugt bin, irgendwann — vielleicht erlebe ich es nicht mehr, ich hoffe es —, aber irgendwann wird er kommen. Und es wäre doch furchtbar, wenn unsere Kinder dann sagen müßten: Wir müssen untergehen, weil unsere Väter sich über Kleinigkeiten in der Politik zerstritten haben, weil es ihnen wichtig war, ob soundsoviel Prozent beim ÖAAB sind oder nicht, oder weil es ihnen wichtiger war, ob einer dieses oder jenes Parteibuch hat, aber sie haben sich nicht auf ein gemeinsames Verteidigungskonzept einigen können.

Ich glaube, Sie als Regierungspartei sollten sich das überlegen, und es würde uns Freiheitliche freuen, wenn einmal einer von der Regierungspartei dann herauskommt und hier das Anbot stellen würde — das von der Oppo-

**Zeillinger**

sition nicht leicht gemacht würde, das gebe ich zu, das ginge über den Kopf des Herrn Ministers hinweg, ohne weiteres, das gebe ich zu —, nämlich das Anbot, ein Verteidigungskonzept für Österreich und nicht für Georg Prader zu machen.

Es ist klar, es hat gar keinen Zweck, hier zu klagen, ich weiß, die Art des Ministers Prader ist es, nachher immer zu sagen, das stimme alles nicht. Und wenn man Hunderte Male nachher eine Sache beweist, „es stimmt alles nicht“. Ich kann mich an das Vorjahr erinnern, ich habe mir einmal die Arbeit gemacht, die Antworten aus dem Vorjahr zu überprüfen, und muß leider feststellen: Es hat alles gestimmt, was wir vorgebracht haben.

Darf ich nur ein Beispiel bringen. Als ich hier erklärt habe, daß von den in Schweden ausgebildeten Offizieren und Unteroffizieren auf den Saab-Maschinen nur mehr einer in Einsatz ist, hat der Herr Minister gesagt: Das stimmt nicht! Ich bin lange der Sache nachgegangen, bis ich darauf gekommen bin: Man kann seine Worte lesen, es stimmt genau: auf der Saab ist nämlich nur mehr einer in Ausbildung. Das meinte ich, das ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn einer für eine Spezialmaschine ausgebildet wird, dann spricht man davon. Und die Ministerantwort darauf hätte auch so zu verstehen sein müssen. Aber da sehen wir eine Täuschung des Hohen Hauses. Ja, ja, Hubschrauber fliegen schon noch im Flugeinsatz, das wird nicht bestritten, und der Minister wird nicht bestreiten können, daß von rund 30 in Schweden ausgebildeten Saab-Piloten nur mehr einer Saab-Maschinen fliegt. Darum geht es. Das ist eines der vielen Beispiele, die wir haben.

Oder die Militärkarten 1 : 50.000, von denen der Minister gesprochen hat; ich muß sagen, ich habe sie vorher nicht gesehen, ich habe sie mir erst nachher angeschaut. Wissen Sie, was ich auf diesen Militärkarten 1 : 50.000 gelesen habe? Da steht unten links in der Ecke, daß diese Karten auf Aufnahmen aus dem Jahre 1890 zurückgehen. Seit dem Jahre 1890 hat sich Österreich in „einigen Kleinigkeiten“ etwas verändert, und in den dreißiger Jahren sind diese Karten etwas auf den neuen Stand gebracht worden. Das sind jene Karten, über die von jenen, die damit arbeiten müssen, eine Beschwerde nach der anderen darüber geführt wird. Aber meine Herren, der Herr Minister hat ja recht, wenn er sagt: Wozu sollen wir das denn ändern? Der Marwan-Schlosser und meine Kollegen finden mich ja so gut und finden mich ja so tüchtig, und entscheidend sind ja letzten Endes die Prozentsätze, wahrscheinlich bei den Personalvertretungswahlen. Und so gesehen hat der Herr Minister ja recht. Der ÖAAB hat

die Wahlen überstanden. Aber ob Österreich den nächsten Krieg überstehen wird, das ist unter diesen Umständen eine zweite Frage.

Wir haben vor einigen Tagen in der Fragestunde die Diskussion über die sogenannte „Donaumarine“ gehabt. Auf die erste Frage, obwohl meine Frage gelautet hat, ob die in der Horizonte-Sendung als „Donaumarine“ bezeichneten Einheiten aufgestellt werden, hat der Minister geantwortet, davon sei ihm nichts bekannt. Weil es nicht „Donaumarine“ heißt, sondern weil es einen anderen Namen hat! Ich lege mich jetzt auf gar keinen Namen mehr fest, weil es sonst wieder abgestritten wird. Das ist ja so die nicht ganz ehrliche Politik, Herr Minister, gegenüber den Abgeordneten. Ich darf Ihnen ruhig sagen: Sie unterscheiden sich darin von allen anderen Ministerkollegen. Jeder andere Minister würde sagen, es heißt nicht „Donaumarine“, sondern es heißt so und so, und dazu ist meine Meinung diese oder jene. Sie aber haben gesagt, Donaumarine gibt es keine in Österreich, obwohl es in der Horizonte-Sendung sehr wohl so hieß. Ich habe das Tonband oben liegen, Herr Minister, und ich kann es Ihnen vorspielen. Es wäre ganz gut, wenn Sie sich hie und da die Sachen anhören würden, bevor Sie eine Auskunft darüber geben.

Es ist also tatsächlich darüber gesprochen worden. Es gibt verschiedene Ausdrücke, die dafür verwendet werden können: „Übersetzgerät“, „Donau-Kriegsschiffe“ sind andere Ausdrücke, die dafür verwendet werden sind, also jene 32 m langen Gegenstände, die eines Tages möglicherweise nach Ihrem Willen auf der Donau zwischen den Schleusen hin- und herschwimmen sollen. Diese sind ja tatsächlich in einem Plan vorhanden, und die Kosten von 6 Millionen Schilling pro Stück, die da in der Horizonte-Sendung genannt worden sind, haben sich als richtig herausgestellt, wie eine Rückfrage im Ministerium ergeben hat. Das ist nicht wenig. Darf ich Sie erinnern: die Entwicklungskosten für den Panzerjäger K waren auch nur 6 Millionen Schilling, und 6 Millionen soll ein einziges so umstrittenes Boot kosten.

Jetzt weiß ich auch, warum der Minister seit zwei oder drei Tagen so nervös war. Der Minister war deswegen so nervös — er wird es natürlich abstreiten, aber ich sage es ruhig, und ich werde auch jetzt meinen Gewährsmann nicht nennen —, weil man ihm im Ministerium von diesem Plan abgeraten hat und weil dabei das Wort gefallen ist, dann könnte man gleich Sperrketten über die Donau legen. Vielleicht kommen Sie jetzt drauf, von wem ich meine Information habe. Sie haben einen schriftlichen Bericht bekommen,

6760

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Zeillinger**

in dem gewarnt worden ist vor diesen Schinakeln, die zwischen den Schleusen hin- und herfahren können, weil Österreich eines Tages eine Kette von 14 Schleusen haben wird und jedes dieser stolzen Marineschiffe nur von Schleuse zu Schleuse fahren kann. (*Abg. Dr. Pittermann: Als U-Boot!*) U-Boote werden sie erst dann, wenn Bomben auf sie fallen, dann fahren sie als U-Boot unter Wasser weiter. (*Heiterkeit.*)

Wenn Herr Oberst Müller-Elblein in der Horizonte-Sendung gesagt hat, er glaube nicht, daß die Zerstörung der Donaukraftwerke von irgend einer Seite ins Auge gefaßt wird oder ins Auge gefaßt wurde, dann muß ich Ihnen allerdings sagen, daß ein Krieg manchmal Sachen bringt, die man vorher nicht für sehr glaubhaft gehalten hätte. Ich könnte mir schon vorstellen, daß irgendeine Macht, die einen unfreundlichen Akt gegen uns setzt, auch die Absicht hat, ein solches Donaukraftwerk, weil es in ihre Konzeption paßt, zu zerstören oder zu beschädigen. Da ist aber dann die ganze Geschichte mit der Donaumarine aus, und daher war die Frage, Herr Minister, gar nicht so unberechtigt. Die Frage war nämlich schlicht und einfach: Liegt bei Ihnen ein solcher Plan vor, bei den Korneuburger Schiffswerften Übersetzgeräte anzuschaffen, Kriegsschiffe oder „Donaumarine“ oder wie Sie es nennen wollen, um den Stückpreis von 6 Millionen Schilling mit dem Zweck, zwischen den Schleusen irgendwo überzusetzen und um, mit Flugabwehrkanonen ausgestattet, angreifende Flieger abzuschießen? Ein solcher Plan liegt in Ihrem Ministerium, und ich muß Ihnen ehrlich sagen: Es wäre noch hinzunehmen gewesen, wenn Sie nicht so herumgeredet hätten, wenn Sie nicht so eine typische Prader-Antwort gegeben hätten, die nämlich, wenn Sie nein sagen, wirklich nie ein Nein ist, sondern bei der man immer denken muß: Warum sagt er jetzt nein?, und wo sich dann herausstellt, daß Sie sich an dem Wort „Donaumarine“ gestoßen haben, obwohl in der Horizonte-Sendung von der „sogenannten Donaumarine“ gesprochen wurde. Es wäre bei einigermaßen gutem Willen und grammatischen Kenntnissen ziemlich klar gewesen, was gemeint war. Da hätten Sie doch ruhig sagen können: Jawohl, das liegt in meinem Ministerium, und jawohl, die Fachleute meines Ministeriums warnen mich davor, sie haben gesagt, da können wir gleich Sperrketten über die Donau legen — ich wiederhole Ihnen noch einmal den Satz, weil ich weiß, daß er in einer Unterredung einer Ihrer Fachleute mit Ihnen gefallen ist. Sie sind also gewarnt worden, aber Sie haben gesagt: Ich — Georg Prader — stehe momentan

noch auf diesem Standpunkt; ich will's so! Vielleicht hätte dann die Opposition gefragt: Was haben Sie denn für ein Interesse, wo die Korneuburger Schiffswerften ja gar nicht so interossiert sind? Denn nach der Horizonte-Sendung sind sie, wie wir gehört haben, mit devisenbringenden Aufträgen für zwei Jahre beschäftigt und hätten daher im Augenblick gar keinen Platz für diese österreichische Schiffsplanung. Es ist daher berechtigt, wenn das Abgeordnetenhaus, die Mitglieder des Verteidigungsausschusses und auch die des Verteidigungsrates jetzt diese Frage an Sie richten. Es ist doch betrüblich, daß wir alles, was auf dem Gebiete der Landesverteidigung vorgeht, aus den Zeitungen, aus dem Rundfunk und durch das Fernsehen erfahren. Wenn wir uns erkundigen, bekommen wir halbe Antworten, bekommen wir Antworten, die uns irreführen sollen, weil das Verteidigungskonzept, das Sie hier vertreten, von A bis Z verschleiert ist. Natürlich sind wir jetzt bei dieser Frage mißtrauisch, und wir fragen Sie, Herr Minister: Was haben Sie in dieser Frage zu verschleiern und zu verbergen, daß Sie auf die Frage, ob Sie solche Wasserfahrzeuge planen, ob ein solcher Plan im Ministerium existiert, eine solche Antwort gegeben haben? (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Jetzt komme ich zu einer Frage, von der ich gleich sage, daß es gar nicht etwas ist, was der Minister zu verantworten hat, sondern wir wollen nur einmal hören, was er in Zukunft zu tun plant; es ist die Frage der Munitionsdiebstähle in den Kasernen.

Es fand also der erste Munitionsdiebstahl statt, der ziemliches Aufsehen erregte. Die Reaktion war null: „Es ist nichts los, es ist alles in Ordnung!“ Erst der zweite Munitionsdiebstahl, der bedenkliche Formen angenommen hat, rief das Ministerium auf den Plan, und es wurden einige Maßnahmen getroffen. Ich darf fragen, Herr Minister, welche Maßnahmen Sie nun getroffen haben und welche Sicherheiten uns nun gegeben werden, daß sich solche ja sehr bedenkliche Munitionsdiebstähle nicht wiederholen. Vor allem: Warum hat man nicht schon beim ersten Mal reagiert?

Jetzt kommt die nächste Frage: Auf Grund der Meldungen in den gestrigen oder vor gestrigen Zeitungen stellte sich heraus, daß eine bestimmte Gruppe, die sich ganz systematisch ausrüstet, nun, nachdem sie die Munition bereits gestohlen hatte, zum Benzin überging. Es wurden 10.000 l Benzin in der Maria Theresien-Kaserne — glaube ich — gestohlen. Dort wurde plötzlich festgestellt, daß 10.000 l Benzin fehlen.

**Zeillinger**

Herr Minister! Es geht nicht an, daß wir ungefähr alle 14 Tage in der Zeitung lesen, daß da oder dort etwas fehlt. Wo ist der Minister, der sich nicht vom Marwan-Schlosser beweihräuchern läßt, sondern der einmal auf den Tisch haut und sagt: Jetzt ist Schluß! ? (*Abg. Dr. Pittermann: Er untersucht!*) Das Wort „untersuchen“ hört er nicht gern, dem Wort Untersuchung weicht er aus, weil er sagt: Was ich nicht will, daß man mir tu', das füge ich auch keinem anderen zu! (*Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ.*) Daher werden wir unter Prader kaum eine Untersuchung irgend eines solchen Vorfalles erleben.

Nach einer Meldung vom 16. Dezember wurden 10.000 l Benzin gestohlen. Wir richten nun an Sie, Herr Minister, die Frage: Wie lange warten Sie noch, wie lange schauen Sie noch zu? Warten Sie, bis man die Flak und die Panzer holt und sich eine kleine Armada ausrüstet? Irgendwann muß doch etwas geschehen! (*Abg. Dr. Pittermann: Der Minister kriegt Hausganserl zur Bewachung!*) Man kann sich ja nicht darauf beschränken, zu sagen, daß alles in Ordnung ist, sondern muß doch einmal den Mut haben, festzustellen, daß etwas nicht in Ordnung ist. Dabei haben Sie ja das gar nicht zu verantworten — das möchte ich gleich sagen —, denn ob dort ein Sicherheitsschloß aus der Zeit Maria Theresias oder ein Schloß hängt, für das niemand mehr einen Schlüssel hat, all das kann nicht der Minister selbst prüfen. Wenn aber etwas bekannt wird, dann zeigt sich der Mann, dann scheiden sich die Geister, ob er der Moschee oder der Georg ist (*Heiterkeit*), dann zeigt sich, ob er in der Lage ist, einzugreifen, oder ob er sagt: Weihrauchwölken, Österreich jubelt mir zu! Damit wieder gejubelt wird, zeigt er sich einmal im Fernsehen, ein anderes Mal hängt er große Plakate auf, und das genügt vollkommen, um Österreich in einem zukünftigen Krieg zu verteidigen!

Herr Minister! Ich will es in aller Offenheit sagen: Wir Freiheitlichen sehen in Ihrer Person ein wesentliches Hindernis dafür, daß Österreich nicht wehrfähig geworden ist und nicht wehrfähig werden kann. Unsere Kritik richtet sich mit keinem Wort gegen das Heer und mit keinem Wort, keinem Gedanken gegen die Verteidigung. Im Gegenteil: Wir Freiheitlichen werden unsererseits alles dazu beitragen, dieses Österreich nicht nur wehrwillig zu machen, sondern es auch wehrfähig zu halten. Unser Kontra gilt Ihrer Person, der Art und Weise, wie Sie Ihr Amt führen, gilt den unzureichenden Budgetmitteln und vor allem der Konzeptlosigkeit in der Landesverteidigung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner ertheile ich dem Herrn Abgeordneten Kranebitter das Wort. (*Abg. Weikhart: Das Letzte ÖVP-Aufgebot!*)

**Abgeordneter Kranebitter (ÖVP):** Herr Präsident! Hochverehrte Damen und Herren des Hohen Hauses der Bundesgesetzgebung! Im heurigen Jahr haben Einheiten unseres Bundesheeres in Osttirol und in Oberkärnten auf den vom Hochwasser verwüsteten Kulturgründen unserer Bergbauern die letzten Rekultivierungsmaßnahmen durchgeführt. Die Heilung der vielen schweren Wunden, die die zerstörenden Wassermassen an den Wiesen und Äckern einer großen Zahl von Bergbauern in diesen Gebieten aufgerissen hatten, war ein notwendiger und ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung der Lebensgrundlage dieser unserer Bergbauernfamilien.

Ich fühle mich daher als Volksvertreter aus dem Katastrophengebiet gedrängt und verpflichtet, bei der Behandlung des Kapitels Landesverteidigung zunächst dem Herrn Bundesminister Dr. Prader für die Erfüllung der Bitte um den neuerlichen Einsatz des Bundesheeres im Katastrophengebiet zur Wiederherstellung der Fruchtbarkeit der Kulturländer unserer Bergbauern herzlichst zu danken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Einen besonders herzlichen Dank übermitte ich bei diesem Anlaß im Namen aller hochwassergeschädigten Bergbauernfamilien und in meinem Namen den Offizieren und Soldaten unseres Bundesheeres für die geleistete Aufbauarbeit, die ein großer Dienst an unseren Bergbauernfamilien war. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Bei diesem Anlaß danke ich den Nothelfern im Soldatenkleid aber auch nochmals für alle Dienste, die sie der heimgesuchten Bevölkerung in Osttirol und in Oberkärnten nach dem dreifachen Hochwasserrunglück in den Jahren 1965 und 1966 erwiesen haben. Unser Bundesheer hat bei diesen Katastropheneinsätzen ehrenvoll große Hilfeleistungen vollbracht. Das beweisen folgende Zahlen, die ich vom Bundesministerium für Landesverteidigung erbeten habe:

Nach den drei Hochwasserkatastrophen sind in Osttirol und in Oberkärnten insgesamt 11.200 Soldaten unseres Bundesheeres zum Einsatz gelangt. Sie haben in 4,3 Millionen Arbeitsstunden 438 Brücken mit einer Gesamtlänge von über 8000 m gebaut, sie haben 223.869 m Straßen und Güterwege instandgesetzt, und sie haben allein im heurigen Frühjahr — vom Jahre 1966 fehlen leider die Zahlen — 11.042 Ar verwüsteten Kulturgrund der Bergbauern rekultiviert.

6762

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Kranebitter**

Dazu kommen die Hilfeleistungen, die durch die Hubschrauber unseres Bundesheeres vollbracht worden sind. Es wurden in 1420 Flugstunden 6387 Personen aus den Katastrophengebieten befördert und rund 4000 t Lebensmittel und verschiedene andere unentbehrliche Bedarfsgüter zur Versorgung der Bevölkerung in die Notstandsgebiete transportiert.

Diese Zahlen beleuchten, in welch großem Ausmaß unser Bundesheer in den Zeiten schwerster Heimsuchung ein Nothelfer des Volkes gewesen ist. In der Seele der Bevölkerung unserer Heimat Osttirol und auch der Bevölkerung von Kärnten lebt seit jenen Hilfeleistungen eine große Hochachtung vor unserem Bundesheer. Ich bin überzeugt, daß die gleiche Hochachtung und Dankbarkeit auch die Bevölkerung in den anderen Katastrophengebieten unseres Vaterlandes beseelt.

Hohes Haus! Der Einsatz des Bundesheeres zur Rekultivierung der verwüsteten Kulturböden an den steilen Hängen unserer Bergbauern hat aber mit dem Lob über unser Bundesheer auch eine Kritik hörbar werden lassen. Sie lautete sinngemäß folgendermaßen:

Man hätte die Bergbauern nach dem Unglück der Verwüstung ihrer Kulturgründe in unverblümter Offenheit zum Verkauf ihrer Höfe und zur Übersiedlung in die besseren Lebensbedingungen der Fremdenverkehrs-wirtschaft oder der Industrie bewegen und ihnen die dazu notwendigen Hilfeleistungen der öffentlichen Hand erschließen sollen. Im Zeitalter des Europäischen Marktes — so hörte man Stimmen aus dem Volke — und der immer schärfer werdenden Konkurrenz könnten die Bauern in den extremen Siedlungsgebieten auf die Dauer doch nicht mehr erhalten werden. Man hätte daher diesen Bauern einen besseren Dienst erwiesen, wenn man die Hochwasserkatastrophen benutzt hätte, um ihre Umsiedlung auf bessere und volkswirtschaftlich rentablere Existenzgrundlagen in die Wege zu leiten. Die mannigfachen Besitzfestigungsmaßnahmen für die Bergbauern — so hörte man es weiter —, die große Summen öffentlicher Mittel beanspruchen, seien angesichts der Überproduktion in der Landwirtschaft geradezu unverantwortlich geworden.

Bei der Behandlung des Kapitels Landesverteidigung ist es nun nicht möglich, alle Beweise für die Unrichtigkeit dieser Auffassungen und für die Förderungswürdigkeit der Bergbauern darzulegen.

Drei Beweise hiefür mögen mir aber doch gestattet sein, weil unsere Bergbauern mit vollem Recht als die ersten und die besten Landesverteidiger gewertet zu werden verdienen.

1. Die von der zermürbenden Hast und Unruhe des Lebens in der Industriegesellschaft unserer Zeit gehetzten Menschen flüchten in den Urlaubswochen in immer größerer Zahl in die hohen und höchsten Siedlungsregionen unseres Vaterlandes, weil sie nur dort die ersehnte Ruhe und jene wohlende und kraftspendende Erholung finden, die sie zur guten Erfüllung ihrer Lebensaufgabe dringend brauchen. Unsere Höhensiedlungen bleiben aber nur so lange beglückende Raststätten für Körper und Geist, als dort Bauern die Heimaterde kultivieren und die gepflegten Wiesen und Äcker und Almen die Herzen aller Menschen erfreuen. Erst durch die Kulturarbeit der Bergbauernfamilien und durch die Kultur in allen ihren Lebensbereichen werden diese Höhensiedlungen zu beglückenden Raststätten und zu Quellen der Gesundheit und der Kraft für die Menschen unserer Zeit.

2. Die Bergbauernbetriebe mit ihren Bergwiesen und Alpen bieten die besten Voraussetzungen für die Zucht hochwertiger und leistungskräftiger Rinderbestände. Ununterbrochen strömt aus den Zuchtbetrieben des Bergbauernlandes gesundes und hochwertiges Zucht- und Nutzvieh in die Milchwirtschaft und Mastbetriebe in allen Bundesländern unseres Vaterlandes.

Die Bergbauern schaffen daher durch ihre Züchterarbeit die entscheidende Voraussetzung für die klaglose Versorgung des ganzen Volkes mit Milch und Fett, mit Molkereiprodukten und Fleisch in bester Qualität.

Immer öfter steigt aus der Seele unseres Volkes statt eines Ausdruckes der Dankbarkeit für die große Leistung der arbeitenden Menschen im Bauernstand, die nicht in Wochen mit 45 Arbeitsstunden, sondern in Wochen mit 70 bis 100 Arbeitsstunden vollbracht wird, die vorwurfsvolle Klage über die Milchschwemme und über die Butterberge auf.

Als der Vorwurf wegen der landwirtschaftlichen Überproduktion bei der Erarbeitung des Entwurfs für das Bundesfinanzgesetz 1968 besonders laut hörbar war, habe ich in unserem „Pflug“ die Entfaltung von Lebensmittelvorräten gefordert. Die Enthüllungen, die der Abgeordnete Czernetz beim Kapitel Äußeres über die unheimlichen Fortschritte im Wettrüsten der zwei großen Machtblöcke der Welt gemacht hat, haben die Notwendigkeit der Entfaltung einer Vorratswirtschaft in unserem neutralen Österreich, an der Grenze der freien Welt, im Sinne meiner Forderung unter Beweis gestellt. Man hat in Österreich offenbar noch nie daran gedacht, welche Folgen es zum Beispiel hätte, wenn durch eine Störung des internationalen Verkehrs ein paar Monate lang der Import von ausländischen Futtermitteln,

**Kranebitter**

Kraftfuttermitteln und Kunstdüngermitteln nicht mehr möglich wäre. Es würde dann die landwirtschaftliche Produktion mit einem Schlag um mindestens ein Drittel zusammenschrumpfen, und der Tisch des österreichischen Volkes wäre nicht mehr mit den unentbehrlichen Lebensmitteln in guter Qualität gedeckt.

Ich wiederhole daher heute im Wissen um die Mitverantwortung jedes Volksvertreters für das Wohl des Volkes und des Vaterlandes meinen Appell an die österreichische Bundesregierung: Sorgen Sie durch die allmähliche Entfaltung eines Vorrates von Lebensmitteln nach dem Vorbild eines weisen Hausvaters dafür, daß unser Volk auch im Falle einer Störung des internationalen Verkehrs mit allen lebenswichtigen Bedarfsgütern versorgt ist! Diese Obsorge ist ein wichtiger Teil der Landesverteidigung in unserem neutralen Staat.

3. Die 170.000 Bergbauernfamilien haben bis in unsere Zeit in einem entscheidenden Ausmaß auch die körperliche und die geistige Kraft unseres Volkes erhalten geholfen. Es wäre die interessanteste Statistik, wenn einmal ermittelt würde, wie viele wertvollste Aufbaukräfte das Bergbauernamt Österreichs allein in den 67 Jahren dieses Jahrhunderts unserem Volke geschenkt hat. Es wäre eine unabsehbare Schar von führenden Persönlichkeiten und Helfern des Volkes in Kirche, Politik, Verwaltung und Wirtschaft, von Lehrern der Jugend und des Volkes im Priester- und Laiengewand, von Pionieren des Fortschrittes in Wissenschaft, Forschung und Technik, von Hütern des Rechtes und der sozialen Ordnung und der Lebenssicherheit, von Agraringenieuren und von Förderungskräften in allen Sparten der Wirtschaft, von Ärzten, Chirurgen und anderen Förderern der Volksgesundheit, von Künstlern und kulturfördernden Kräften aller Kategorien, von tüchtigen Arbeitern des Geistes und der Hände aller Art, von Hunderttausenden wertvollsten Frauen und Müttern und Helferinnen des Volkes in den sozialen Frauenberufen.

Ich richte daher abschließend an alle maßgeblichen führenden Persönlichkeiten die Bitte: Geben Sie unserer militärischen Landesverteidigung und geben Sie den Schützern der Heimat im Bergbauernland Österreichs die Mittel, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe im Dienst unseres Volkes und unseres Vaterlandes benötigen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Troll das Wort.

**Abgeordneter Troll (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich, bevor ich mich dem mir

eigentlich zugedachten Kapitel zuwende, ganz kurz mit Marwan-Schlosser unterhalten. Lieber Freund Marwan! Ich werde nicht so hudeln. Hudeln kann man beim Verteidigungsbudget — glaube ich — überhaupt nicht, denn da ist ohnedies schon genug gehudelt worden. Nur beim Rückzug ist Hudeln gestattet; diesen trete ich aber nicht an, sondern ich möchte angreifen.

Kollege Marwan-Schlosser hat erklärt, der Abgeordnete Czernetz rede also hier von einer Krise in der Weltpolitik und damit gebe er das Argument frei: Natürlich muß jetzt Österreich aufrüsten, muß sich verteidigen, um in dieser Weltkrise mitspielen zu können.

Hohes Haus! Ich glaube nicht, daß Österreich in der Lage ist, in den Konkurrenzkampf mit den Weltmächten im Wettrüsten zu treten. Es wird kaum die Möglichkeit bestehen, Österreich überhaupt nur an den Rand der Konkurrenzfähigkeit mit den Blöcken, die um uns liegen, heranzubringen. So war es auch nicht gemeint vom Abgeordneten Czernetz. Aber man verwendet eben ein Argument eines sozialistischen Abgeordneten, um es hier günstig interpretieren zu können.

Es wird die Frage aufgeworfen, was der „reine Verteidigungsfall“ sei. Das setzt natürlich eine umfassende Diskussion über Verteidigungsprobleme überhaupt voraus. Denn die Tatsache des Angreifens ist ja die Voraussetzung zur Abwehr. Wenn ich nicht weiß, wer mich angreift, weiß ich auch nicht, wie ich mich wehren soll. Es ginge jetzt ins Unendliche, wenn man über den gesamten Komplex eine Grundsatzdiskussion abwickeln wollte.

Ich glaube, daß Marwan auch falsch verstanden hat, wenn er sagt, der Kollege Mondl rede vom „Zaubern“. Er redet nicht vom Zaubern, und der Finanzminister kann nicht zaubern, und der Verteidigungsminister kann nicht zaubern. Das wissen wir. Aber besser wirtschaften könnte man und nicht so viel danebenplanen oder „verzaubern“. Das ist damit gemeint. Das müßte man, glaube ich, bei der Betrachtung des Gesamtkonzeptes, das wir gegenwärtig zugrunde liegen haben, berücksichtigen.

Meine Damen und Herren! Ich denke nur daran, daß darin eine sehr große politische Verantwortung liegt, wenn wir Abgeordnete dem Verteidigungsbudget zustimmen oder es ablehnen; denn wir machen uns um die Probleme der Industriesubventionen, der Bergbauförderung ja auch Gewissensbisse und sind nicht imstande, dort wesentliche Mittel zu investieren. Dann wird es wohl recht und billig sein, auch bei der Betrachtung des Wehrbudgets die Überlegung anzustellen, ob es

6764

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Troll**

nicht zweckmäßiger erscheint, Investitionen in die Industrie, in die Wirtschaft zu geben, statt sie für was weiß ich schlecht angelegte Dinge in der Verteidigungspolitik zu verbrauchen.

Und wenn angeführt wird, daß auch der Abgeordnete Kreisky im Zusammenhang mit der Landesverteidigung nur vom Neutralitätsschutz redet, ohne den militärischen Schutz unserer Grenzen dabei zu nennen, so war die damalige Diskussion und Fragestellung, bei der Kreisky geredet hat, im Prinzip nur auf die Landesverteidigung im Zusammenhang mit der Neutralität abgestimmt. Das ist daraus, glaube ich, klar und deutlich hervorgegangen. Man soll hier nicht Dinge herausgreifen, um einen Angriffskrieg führen zu können.

Gerade der Abgeordnete Dr. Kreisky kann hier schlecht zitiert werden, denn er war mit dabei, als das Moskauer Memorandum verfaßt wurde, und hat ein wesentliches Verdienst am Zustandekommen des Staatsvertrages mit dem damaligen Regierungsteam. Er kennt also die Sorgen um die Freiheit unseres Landes und die Sorgen um diese Neutralität.

Es wurde auch der Grenzzwischenfall in Ungarn angeschnitten. Gerade das, meine Damen und Herren, soll Anlaß sein, auch einmal darüber nachzudenken, in welcher Gefahr wir uns damals befanden. Es ist den wenigsten bekannt, daß der Konflikt, den ein österreichischer Gendarm mit der Waffe auslöste, indem er an der Grenze einen russischen Offizier erschoß, sofort politische Interventionen von Seiten Moskaus zur Folge hatte. Es ist zuwenig bekannt, daß sich die Politik von Moskau wieder auf den Standpunkt stellte, Molotow hatte ursprünglich doch recht, als er verlangte, 5000 russische Besatzungssoldaten sollen in Österreich bleiben, bevor man uns den Staatsvertrag gibt. Das hängt alles sehr eng mit der Außenpolitik zusammen. Aber da diese bei uns zurzeit sehr verfahren ist, weiß man die Gefahren nicht entsprechend abzuschätzen.

Ich möchte hier nicht streiten über Rösser oder Transportboote, oder wie man es nennen will, sondern ich glaube, mit einem Grund, daß sich dieser Streit entwickelt, ist, daß kein Konzept vorliegt, kein Konzept, das jedem Abgeordneten des Hauses sagt: So schaut das aus, die Fachexperten haben es so verlangt, und so wird es gemacht, und der Bund ist bereit, alljährlich dieses Budget zur Verfügung zu stellen, das man braucht, um dieses Konzept verwirklichen zu können. Die Konzeptlosigkeit also ist es, die wiederum zum Streit Anlaß gibt, ob mit Fahrrad, Pferden oder Motorboot Krieg geführt werden soll.

Immer wieder bringt sich Herr Marwan-Schlosser dadurch in Verlegenheit, daß er den Abgeordneten Probst im Zusammenhang mit dem Bodensee zitiert. Ich tue hier jetzt das gleiche. Es ist nicht dasselbe, wenn zwei das gleiche tun. Euer Innenminister Hetzenauer ist auch schuld daran, daß in St. Stefan-Kaisersberg eine Bürgerkriegssituation entstanden ist. Der Unterschied liegt nur darin, daß es in Vorarlberg von euren Leuten politisch vorbereitet wurde, und dort wurde es vom Innenminister befohlen. Das ist der Unterschied. (*Abg. Glaser: Aber die Vorarlberger SPÖ hat eine andere Meinung gehabt! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich würde euch empfehlen: Redet nicht sosehr von Dingen der Vergangenheit; ihr seid meistens mit schuldig daran. Man soll sich also die Dinge ein bißchen überlegen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Daß man mit der Personalpolitik des Bundesministers Prader nicht sosehr einverstanden ist, obwohl die Ressortführung schon lange in den Händen der ÖVP liegt, zeigen die Personalvertretungswahlen, die ja schließlich innerhalb des Heeres den Sozialisten 4500 Stimmen gebracht haben. Also trotz ÖAAP, trotz ÖVP-Minister besteht immerhin noch die Möglichkeit, sich frei zu entscheiden. (*Abg. Hartl: Da seid ihr halt zufrieden, daß ihr so einen Minister habt! In der Präsidentschaftskanzlei schaut es ganz anders aus!*) Hartl! Ich habe jetzt nicht von der Polizei geredet, dort schauen wir noch besser aus; ich habe vom Militär geredet. (*Abg. Hartl: Noch weniger habt ihr bei der Polizei!*)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch gleich allen sozialistischen Wählern bei den Personalvertretungswahlen innerhalb des Bundesheeres Dank sagen. Ich bin überzeugt: Wenn noch lange so fortgewurzelt wird, dann wird die Stimmenanzahl der Sozialisten größer werden, und wir werden vielleicht imstande sein, ein besseres Konzept vorzulegen.

Hohes Haus! Wenn ich mich dem eigentlichen Thema zuwende, dann schicke ich voraus, daß ich dieses Budgetkapitel und die dazu notwendige Debatte nicht als geheime Kommandosache betrachte. Ich bin nicht Mitglied des Verteidigungsrates — ich bin wohl im Verteidigungsausschuß — und kann daher keine Geheimnisse preisgeben. Aber die Empfindungen des Volkes und meine Verantwortung als Abgeordneter machen es, glaube ich, notwendig, verschiedenes zu sagen und festzustellen. Man soll nicht mit „Gekados“ herumschmeißen und Vorwürfe machen, wie das ursprünglich geschehen ist.

Meine Damen und Herren! Ich würde sagen: Eine grundsätzliche Stellungnahme zur Budgetgruppe 4 des Bundesfinanzgesetzes

**Troll**

für 1968 setzt auch eine echte Grundsatzdebatte voraus, ohne Leidenschaften, ohne politischen Anstrich, denn die Landesverteidigung — und das war immer die Meinung der Sozialisten — kann nur Sache aller Österreicher sein. Wie kommen die Steuerzahler dazu, daß sie für die Mißwirtschaft eines ÖVP-Politikers in verantwortlicher Ressortführung zu zahlen haben? Hier, glaube ich, müßte man sich dazu durchringen, daß man auch die Meinung der Oppositionsparteien mitverarbeitet und zu akzeptieren bereit ist.

Sie sagen also selbst in den Erläuterungen, es seien einschließlich Eventualbudget 3,8 Milliarden Schilling drinnen, die 4,31 Prozent, die mein Freund Zeillinger schon aufgezeigt hat. (*Abg. Glaser: Freund? — Abg. Hartl: Freund?*) Zeillinger ist mein persönlicher Freund; ich habe nichts gegen ihn, er hat das sehr gut gemacht. Warum soll ich das leugnen? Ich glaube, daß das zu weit geht, Herr Abgeordneter Hartl, wenn wir uns da die Meinung sagen, daß wir deshalb böse sind. Oder ist das Ihr Standpunkt?

Die 7 Prozent hat man dem Prader also nicht gegeben. Ich möchte sagen: Wir haben gar keine Ursache uns aufzuregen. Die ÖVP nimmt den Prader nicht ernst. Sie gibt ihm nicht das Geld, das er für die Verteidigungspolitik braucht. Und der arme Prader muß hier als Minister sitzen und das verantworten und die Angriffe abwehren, weil ihm seine eigenen Kollegen das vorenthalten, was er für notwendig hält.

Die Höhe der Einnahmen ist aus diesem Budgetelaborat nicht ganz klar zu erkennen, denn dieses Budget ist wirklich eine Geheime Kommandosache, bis man sich da zurecht findet durch die neuen Kontierungen. Ich habe nicht gesehen, wo bei den Mehreinnahmen die 14,1 Millionen für Schadenersatzleistungen aus der Katastrophenhilfe aufscheinen, und mir ist unklar: Wenn sie verarbeitet sind, dann wären die Einnahmen niedriger als im Vorjahr. Das ist wiederum ein Widerspruch, denn es sind die sogenannten Gebühren, die Kostenbeiträge der Soldaten höher geworden. Wo scheint das auf?

Ich möchte zur Budgetsituation und zur ziffernmäßigen Abwicklung nicht viel sagen, denn grundsätzlich wirft sich die Frage auf: Sind diese 3,8 Milliarden Schilling für das bestehende Bundesheer zuwenig, oder sind die Soldaten und die Organisation für dieses Budget zuviel? Das ist die Grundfrage, die man durchdiskutieren müßte.

Ich glaube, daß die gegenwärtig verantwortliche Führung des Bundesheeres zu überlegen hat: Wie könnte man zweckmäßig mit dem zur Verfügung stehenden Geld, das, wie

ich zugebe, immer zuwenig ist, wirtschaften, und wie könnte man korrekt wirtschaften, um es auch vor allen Österreichern verantworten zu können? 3,8 Milliarden für unser Heer — in dieser Situation, bei diesen vielen Fehlplanungen — ist natürlich erst recht zuwenig. Daher meine Frage: Ist man nicht doch endlich bereit, dem Verteidigungsamt ein entsprechendes Konzept vorzulegen?

Die Heeresgliederung muß bis zur Spitze für den Friedensfall durchorganisiert sein, aber auch für den Mob-Fall, damit man weiß, was der laufende Aufwand ist, solange wir Glück haben und keinen Krieg führen oder keine Verteidigungsaktionen zu tätigen haben, und für den Fall, daß dies eintritt. Hier müssen alle Überlegungen nach den wirtschaftlichen Verhältnissen unseres Landes entsprechend organisiert sein.

Wenn man weiß, daß die Ausbildung eines Infanteristen zirka 9000 S kostet, die eines Panzerfahrers 14.000 S und die eines Fliegers 28.000 S, dann bestätigt sich die Ausführung des Abgeordneten Zeillinger: Wofür bilden wir da ins Blitzblaue Leute aus, was irrsinniges Geld verschlingt und wo wir dann im Ernstfall nicht imstande sind, ihnen die Uniform zu geben, aber auch nicht das Gerät und die Munition? Aber wir haben die Staatskassen bankrott gemacht!

Ich vertrete die Auffassung, daß die Heeresgliederung von unten angefangen bis hinauf reorganisiert gehört und daß die Infanterieeinheiten in normalen Zeiten nicht in voller Stärke aufrechtzuerhalten sind. Man müßte den Ausbau der Territorialeinheiten durchbesprechen, um ein echtes Wertmaß zu finden, was der Republik Österreich diese Entwicklung jedes Jahr kostet. Ein kleines Aktivheer wäre für die Bereitschaft und Instandhaltung zu belassen. Die Zweckmäßigkeit der Ausbildung und der Einsatz von B-Tauglichen ist klarer festzulegen. Es hat keinen Sinn, einen brauchbaren Beamten oder Arbeiter aus dem Betrieb, aus der Wirtschaft herauszunehmen, ihn im Bundesheer gar nicht richtig verwenden oder im Ernstfall nicht richtig einzusetzen zu können und horrende Ausbildungskosten aufzuwenden.

Personalstand, Waffen und Geräte, Munition und Technik sind für den Normalfall und für den Mob-Fall genau abzustimmen. Dies setzt ein brauchbares, unseren Verhältnissen entsprechendes Verteidigungskonzept voraus. Die Mittel, die diesem Konzept entsprechen, sind auch vom Hohen Haus zur Verfügung zu stellen, sonst kann man die Landesverteidigung nicht ernst nehmen! Alle Abgeordneten müssen das Gefühl und die Überzeugung haben, daß die aufgewendeten Gelder unserer

6766

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Troll**

Steuerzahler nicht völlig konzeptlos verputzt werden. Das ist, glaube ich, die Quintessenz, die wir als Abgeordnete herauszustellen haben.

Warum sage ich das? Es wurde schon von einem Vorredner gesagt, bei der Oerlikon hat man 36 bestellt, 24 gekauft und pro zwei Kanonen ein Feuerleitgerät, und heute ist man nicht imstande, die entsprechenden Mittel aufzubringen, das heißt, die Techniker, die Bedienungsmannschaft einzusetzen. Man könnte im jetzigen Augenblick keine komplette Batterie zur Verfügung stellen, die einsatzbereit wäre. Ist das notwendig? Immerhin wurden auf diesem Gebiet schon bei 340 Millionen investiert. Hier liegt meiner Meinung nach eine völlige Fehlplanung vor.

Oder: Wenn Sie im Teilheft zur Gruppe 4 im Kapitel 40 lesen: 30 Millionen für Service, Reparaturen und Ersatzteilkosten für nur 116 Fluggeräte, da muß etwas faul sein. Entweder handelt es sich um veraltetes, reparaturanfälliges Gerät, oder die Bedienung der Geräte ist so schlecht, daß sie ständig repariert werden müssen; dann ist die Ausbildung mangelhaft und schlecht.

Mir ist bekannt — und das ist ja eine Auswirkung der von mir aufgezeigten Situation —, daß die Düsenjägerpiloten monatlich nur 5 bis 6 Flugstunden Training absolvieren können. Meine Damen und Herren! 5 bis 6 Flugstunden für einen Düsenjägerpiloten sind natürlich zuwenig, um die Flugtauglichkeit erhalten zu können! Dann kommen natürlich Bedienungsfehler vor, die zu schweren finanziellen Schäden an den Geräten führen. Ich rede gar nicht von einem Abfangjäger, der mit Mach 2 durch die Gegend fliegen soll. Daß der ein wesentlich anderes Training braucht als ein normaler Propellermaschinenspilot oder sonst einer, ist klar.

6,8 Millionen werden jährlich für die Mieten von Rechenmaschinen, Magnetspeichern und so weiter aufgewendet. Hier wirft sich die Frage auf: Auf wie viele Jahre hinaus sollen diese jährlichen Mieten von über 6 Millionen Schilling bezahlt werden? Wäre es nicht lukrativer, zu prüfen, sich die Anlagen, die man unbedingt braucht, zu kaufen? Das wird der Steuerzahler eher verstehen.

Viele andere Handlungen auf dieser Basis der Konzeptlosigkeit ließen sich noch aufzählen, zum Beispiel unsere Luftraumverteidigung. Seit 1956 besteht unser Bundesheer offiziell — ich rede jetzt nicht von der vorhergehenden B-Gendarmerie —, und seit elf Jahren passieren immer wieder Luftraumverletzungen. Vor kurzem erst — das wurde schon ausgeführt — landete ungesehen und ungehört eine MIG 21. Das war eine Superleistung

dieses tschechischen Piloten, auf dem kleinen Platz in Aspern landen und starten zu können, aber auch ein totales Versagen unserer Luftraumüberwachung!

Hier muß man also fragen, was den Steuerzahler interessiert: Wo bleibt die angeblich schon koordinierte Flugmeldezentrale, wo blieb unser Großraumradar am Kolomansberg? Wo blieben unser Landeradar in Langenlebarn und die Flak-Batterie Großenzersdorf? — Diese Fragen stellt der österreichische Steuerzahler, wenn er immer wieder von Luftraumverletzungen hört. Er verliert dabei das Gefühl, daß er bei unserem Bundesheer sicher und geborgen sei, wenn er feststellt, daß der Tscheche schon lange mit voller Bewaffnung gelandet ist und man ihn noch gar nicht entdeckt hat.

So kann man natürlich keine Verteidigungs-politik führen! Ich kenne zufällig die speziellen Dinge des Großraumradars und weiß, daß die Anlage am Kolomansberg erst im Jänner 1968 in Betrieb genommen werden wird. Aber ich weiß auch, daß dieser Betrieb ungenügend sein wird, er ist nur ein händischer, und man hat in diese Anlage schon über 300 Millionen Schilling investiert!

Man bekommt keine Fachleute — und das ist ein wesentlicher Faktor. Man muß wissen, daß die dort Beschäftigten in der Auswertungs-zentrale bei künstlichem Licht arbeiten. Sie haben also viele schwere physische Ent-behrungen auf sich zu nehmen, und was noch wesentlicher ist: sie werden wie Hilfs-arbeiter bezahlt, obwohl diese Fachleute gerade für den Radarleitdienst eine spezielle, lange Ausbildung brauchen. Unter diesen Voraussetzungen wird man kein Personal bekommen. Und so lange wird dieses Abwehr-system nicht funktionieren! Bei diesen Be-triebsbedingungen müßte man auch eine andere Honorierung der dort Beschäftigten anerkennen.

Man ist sich über den weiteren Ausbau unserer Luftraumverteidigung noch völlig im unklaren. Wir haben zwar Expertenteams in einige Länder delegiert — ich weiß nicht, was die gekostet haben. Ich weiß nur, daß sie noch nichts über konkrete Erfahrungen und für uns brauchbare Systeme berichtet haben. Wir vermissen also ernst zu nehmende vertretbare Vorschläge in dieser Richtung. Man hat das Gefühl, es wird nur konzeptlos improvisiert und viel Geld unnütz vergeudet.

Wenn ich das Großraumradar am Kolomansberg nenne, so darf ich in dem Zusam-menhang auch sagen, daß bisher dreimal höhere Beträge verbraucht wurden, als vor-gesehen waren, und daß die Bauzeit viermal länger war, als üblicherweise für solche An-lagen vorgesehen ist.

**Troll**

Obwohl diese Radarüberwachungsanlage jetzt in Betrieb genommen wird, ist sie völlig ungenügend, denn die Radarsicht ist sehr, sehr knapp bemessen, man hat sehr viele Schattenwinkel drinnen. Es gibt kein Tieffliegerradar — Tiefflieger können überhaupt nicht erfaßt werden.

Wenn ich Gelegenheit gehabt hätte, mitzuberaten, wäre der Kolumansberg auch nicht als Zentralanlage ausgesucht worden, denn er ist nicht geeignet, nicht tauglich für eine echte Radarüberwachung, und es werden noch weitere solche Rundsichtradarstationen gebaut werden müssen — vielleicht zwei, vielleicht drei, die Fachexperten werden das ermessen und prüfen müssen —, wenn Sie draufkommen, daß man mit dem Bestehenden das Auslangen nicht finden kann.

Es ist dann von Haus aus wieder festzustellen: Man hat -zig Millionen in den Kolumansberg investiert, um dann zu erkennen, daß der Kolumansberg technisch gar nicht die Funktion erfüllen kann, die man von ihm als Radarleitzentrale erwartet. Ich bezweifle also, daß diese Anlage gut investiert war.

Trotz hoher Investitionen kann man jetzt erst mit dieser Anlage — zwar nur händisch, aber doch — den Betrieb aufnehmen. Die Bildqualität im händischen Betrieb ist schlechter. Ich will mich hier fachlich nicht mit den automatischen Bildwendern auseinandersetzen, aber sie hätten vorgesehen gehört. Man wird draufkommen, daß dieses Radar nicht ausreicht und daß noch zwei oder drei weitere Überwachungseinrichtungen notwendig sind.

Ich weiß auch, daß die Tieffliegerradaranlagen sehr viel Geld verschlingen werden, aber sie sind notwendig, sonst ist das andere, schon Bestehende eine Halbheit. Man wird sich daher bemühen müssen, das notwendige Finanzierungssystem zu finden, um alles in allem gleich herzustellen und instandzusetzen. Denn eine Führungszentrale allein ist zuwenig, Rundsichtradars allein sind auch zuwenig, man braucht die entsprechenden Übertragungsstrecken, man braucht die entsprechenden Empfangsfelder, um das gesamte Gebiet unserer Republik radarmäßig abtasten zu können.

Ich weiß auch, daß der Ausbau der entsprechenden Flugplätze noch sehr mangelhaft ist und daß man auch da anders wird vorgehen müssen. Denn die Einrichtungen, wie Präzisionsanflugradar, Blindlandeeinrichtungen und all die Dinge, die noch notwendig sind, sind vorläufig überhaupt nicht vorhanden oder in völlig ungenügender Anzahl; und wenn man schon Radarleitsysteme einrichtet, dann haben sie nur einen Sinn, wenn ich die Maschine vom Übernehmen bis zur Landung oder

wenn ich sie bis zum Einsatz leiten kann. Auch hier sieht man, daß bei dem bisher Aufgebauten ein Konzept völlig fehlt, weil man sich noch nicht einmal über die notwendigen Systeme im klaren ist.

Ich bin daher der Auffassung, Herr Bundesminister, daß eine Systemauswahl primär zu erfolgen hat und sehr entscheidend ist, denn von dieser Systemauswahl hängt ja auch im wesentlichen die spätere Leiteinrichtung für den Flugverkehr ab.

Ich bin auch der Auffassung, daß man bei der Überprüfung der Möglichkeiten einige Systeme aussuchen, die österreichischen Firmen anschreiben und sie fragen muß, ob sie imstande sind, dasselbe zu guten Bedingungen zu liefern, wie das ausländische Staaten tun, denn die Wartung ist im Friedensfall oder im Mob-Fall, wie immer man es nennen will, das entscheidendste dabei. Mir hilft die modernste präzise Flugleiteinrichtung und Radareinrichtung nicht, wenn sie nicht funktioniert und nicht das Menschenmaterial vorhanden ist, das imstande ist, sie zu betreiben und zu bedienen. Ich glaube schon, daß man die Geräte von österreichischen Firmen bauen und warten und von gut ausgebildeten eigenen Heeresangehörigen bedienen lassen sollte.

Ich weiß, daß die Schweiz das System Florida verwendet; die Schweiz ist ein uns ähnlich gelagertes Land. Die NATO-Räume verwenden die sogenannten Hughes-Systeme, Rundsichtradar, und teilweise Decca-Navigationssysteme. Es gibt schon eine ganze Menge Erfahrungen auf diesem Gebiete. Man braucht also nicht erst in Österreich Versuche anzustellen und zu experimentieren; denn das kommt viel zu teuer. Wir haben ja zu diesem Zweck ein sogenanntes Expertenteam hinausgeschickt.

Eine mögliche Betriebskontinuität in der Abwicklung dieser technischen Einrichtungen verlangt eine entsprechend gut ausgebildete Bedienung, eine rationelle Ersatzteillagerung und eine entsprechend ausgebildete Instandsetzungstruppe. Herr Bundesminister! Auch darunter leiden im Augenblick alle diese Anlagen, daß wir nicht die erforderlichen Menschen haben, die imstande sind, sie zu reparieren und zu bedienen.

Das Radarleit- und -überwachungssystem muß auf das Flugzeugbeschaffungsprogramm abgestimmt sein oder, wenn Sie wollen, umgekehrt, sonst ist die Radarnavigationsführung nicht möglich. Ich weiß nicht, wieweit man sich im Verteidigungsrat schon damit beschäftigt hat. Ich habe nur gehört, daß man die Absicht hat, Maschinen von den Saab-Werken anzukaufen. Es soll hier nicht weiter darüber geredet werden, aber ich muß doch

6768

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Troll**

sagen, daß man bei diesen Radarnavigations-führungseinrichtungen a) auf die Typen Rück-sicht nehmen muß, die imstande sind, die er-forderlichen Instrumente an Bord zu nehmen, und daß man b) auch auf die gelenkten Fliegerabwehraketen Rücksicht zu nehmen hat, die sollen später auch mit einem solchen System mitverarbeitet werden können. Das Problem der Hubschraubernavigationsführung bleibt vorerst im Gebirge sowieso offen, denn die Führung von Hubschraubern auf Navigationsbasis mit Elektronik ist sehr, sehr teuer. Es gibt dazu Doppler-Anlagen, die wir uns im Augenblick, glaube ich, für die paar Hubschrauber, die wir haben, nicht lei-sten können.

**Einiges zur Flugzeugbeschaffung:** Wir haben gehört, daß sich Fachleute dazu entschlossen haben, Erdkampfflugzeuge und Abfangjäger zu installieren, um ein brauchbares Instru-ment der Luftraumverteidigung zu haben. Es bieten uns die USA die Northrop F-5 an, die Schweden die Saab 105 und 105 XT und den Draken, der bereits Mach 2 macht, die Franzosen die Mirage, und die Russen hätten eine für uns geeignete Maschine, die MIG 21, ich weiß nur nicht, wieweit mit ihnen verhandelt wurde, und ob wir die Chance haben — aus politischen Überlegungen —, sie zu bekommen. Aber für uns kommt wieder das wirtschaftliche Raten und Über-legen. Hier, glaube ich, müßten wieder die Experten zusammenwirken. Wieweit sind taktische, wirtschaftliche, ersatzteilmäßige sowie staatspolitische Überlegungen angestellt worden? Denn so ein Ankauf kostet ja -zig Millionen, und man muß wissen, daß man sie dann auch brauchen und einsetzen kann. Man muß aber auch bei der Anschaffung dieser Geräte wissen, daß meistens — und das ist eine kriegerische Erfahrung — nur zwei Drittel des vorhandenen Gerätelparks im Ernst-fall einsatzfähig sind. Ein Drittel ist meistens beim Service oder bei der Reparatur. In Zahlen ausgedrückt: Wenn wir 90 Maschinen kaufen, haben wir 60 startklar, 30 liegen auf dem Boden und werden von den Technikern betreut.

Bei Abfangjägern erhebt sich die Frage: Wie hoch ist ihre Störanfälligkeit? Hier wissen wir aus den Erfahrungsziffern der Luftfahrt-zeitschriften, daß die Störanfälligkeit bei einem Abfangjäger bei der Elektronik wesentlich höher ist als bei einem sonstigen Einsatz-flugzeug, insbesondere bei der Mirage. Wir wissen auch, daß diese Maschinen pro Ma-schine einen großen Stock von Personen brauchen, die sie betreuen, er geht von 50 bis 390 Personen pro Maschine. Wenn ich Ihnen sage, daß die Franzosen 390 Mann zur Startklarerhaltung einer Mirage abgestellt ha-

ben, so können Sie sich ausrechnen, welche Unkosten damit verbunden sind. Auch das haben wir bei der Entscheidung, was wir kaufen, zu überlegen.

Auch sind die kalkulierten Betriebskosten bei diesen Maschinentypen sehr verschieden. Sie werden auf zehn Jahre Betriebszeit ver-teilt. Nach den Erfahrungsziffern kann man sagen, daß die Northrop F-5 826.000 S, der Draken 1,9 Millionen Schilling und die Mirage 2,9 Millionen Betriebskosten für eine zehnjäh-rige Betriebszeit haben.

Bei dieser Überlegung ergibt sich also die Empfehlung, nach Durchsicht aller Bücher den Draken anzukaufen. Es wird Sache des Verteidigungsrates sein, darüber zu beraten. Oder ist es schon geschehen? Das ist mir nicht bekannt. Er kann auf allen Flugplätzen in Österreich landen und starten, wir brauchen also nur kleinere Flugplatzausbaukosten; das ist auch wieder zu überlegen. Er ist ein Mehr-zweckflugzeug mit hoher Nutzlast und auch für den Erdkampfeinsatz geeignet, und was wesentlich ist: der Draken braucht nur 50 Mann plus 20 Soldaten zur Bedienung, damit er einsatzfähig ist, abgesehen davon, daß vor-gesehen ist, das Zielsuchradar und die Kreisel-visivvorrichtung mit einzubauen.

Beim Abfangjäger ist das Zeit- und Raum-problem wesentlich, der Steig- und Horizontalflug entscheidend und die Kampf- und Ein-satzzeit wesentlich zu berücksichtigen, wobei die Reaktionszeit des Leitsystems und der Bodenanlagen natürlich eine Rolle spielt. Die Einsatzzahl hängt also von der zu verteidi-genden Fläche und von den geographischen Möglichkeiten ab.

Da komme ich wieder zurück auf das Pro-blem: Hü oder hott. Wir haben in Österreich 84.000 km<sup>2</sup> zu verteidigen. Da wirft sich die Frage auf: Sind wir imstande, uns gegen den Russen zu verteidigen, wenn er uns über-rollen wollte, oder gegen die Deutschen, oder meinewegen jetzt gegen die Israelis? Die haben bewiesen, daß sie sehr schlagkräftig sind. Hier wirft sich also die Frage auf: Wie groß müßte unsere Luftverteidigung in diesem Falle sein? Uns ist ja der Gegner nicht be-kannt! Wir haben also den bei uns gegebenen Verhältnissen entsprechend zu kalkulieren und zu versuchen, daß uns kein Stärkerer angreift als der, den wir imstande sind, abzuwehren. Wir haben also, um wirksam und ernst ge-nommen zu werden, unsere Verteidigung darauf einzurichten.

Da bin ich jetzt, glaube ich, noch mehr in der Lizitation als die Landesverteidigungs-leute der ÖVP unter sich. Ich bezweifle es, ob wir ernst genommen werden und ob es eine wirksame Luftraumverteidigung gibt,

## Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

6769

**Troll**

wenn wir uns darauf beschränken, 20 Saab 105 und 12 Draken zu kaufen. Ich bin der Auffassung, daß wir, um ernst genommen zu werden, zumindest 60 Saab 105 brauchen und sie auf fünf Stützpunkte regional verteilen müssen, denn wir wissen ja nicht, woher der Angriff kommt, wir wissen auch nicht, wohin wir operieren können. Wir brauchen ebenso viele Draken, denn zwei Geschwader, wobei ich das Geschwader mit 30 Maschinen beziffere, sind aus taktischen Überlegungen erforderlich. Ich verweise dabei wieder auf die von mir gemachte Feststellung, daß meist etwa ein Drittel der Maschinen nicht einsatzfähig ist.

Die Planung, mehr zu kaufen oder mehr ins Budgetkonzept aufzunehmen, bringt ja auch die Preisvorteile des Händlers. Denn wenn ich 20 Saab 105 XT kaufe, kosten sie 400 Millionen, wenn ich 50 Stück kaufe, 850 Millionen, wenn ich 60 Stück kaufe 1000 Millionen, also eine Milliarde. Ich verdiene dabei 200 Millionen, die ich anderweitig verwenden und einsetzen kann. Ich glaube, hier kann man nicht heute vom Budget 1968 auf das Budget 1969 planen und einkaufen. Denn hier entscheiden die Techniker, die Fragen der Entwicklung in der Luftfahrt, und man müßte sagen: Österreich braucht im Ernstfall und braucht auch in Friedenszeiten ein solches Heer mit diesem Stand von Flugzeugen — Abfangjägern, Erdkampfmaschinen und so weiter.

Bei einem ordentlichen Konzept kann man nur eine entsprechende langfristige Finanzplanung vorbereiten. Kleinere Einheiten sind im Ernstfall völlig bedeutungslos, meine Damen und Herren! Es wirft sich dann die Frage auf, ob nicht jeder Schilling unnütz zum Fenster hinausgeworfen ist, wenn ich dann einen Park stehen habe, den ich nicht verwenden oder nicht einsetzen kann; denn allein die Vorbereitung, das Training und die Ausbildung ist auf den zur Verfügung stehenden Geräten im Augenblick vollkommen überholt und bedeutungslos. Wir müßten uns hier gerade in der Luftraumverteidigung zu einem besseren Konzept durchringen.

Das Ausfliegen der überholten Trainer ist notwendig. Ich habe in der Ausschußsitzung den Minister gefragt: Was ist mit den Vampires? Wir haben noch sieben Geräte von den alten Erstrainern, die wir von England gekauft haben. Der Herr Minister hat mir gesagt: Die sind sowieso in Ordnung, die sind bestens. Auf die zweite Frage dann mußte er zugeben: Ja sicher, Ersatzteile gibt es keine mehr, die müssen alle händisch angefertigt werden, das kostet ein irrsinniges Geld, außerdem sind die sowieso nie flugklar und sind die wenigsten davon einsatzbereit. Weg mit diesem alten Gerümpel!

Bei den Flächenflugzeugen bin ich der selben Ansicht, bei der L 19 und L 20, denn die verursachen enorm hohe Unkosten — wir haben vorher gehört, 30 Millionen Schilling Reparaturkosten in einem Jahr; das hat doch keinen Sinn. Dann lieber ein Finanzierungskonzept, das ja ohnehin nicht nur aus dem Verteidigungsbudget gemacht werden kann, aber so, daß man in der Lage ist, auf lange Frist ordentliche Geräte anzuschaffen.

Es wird ebenso lange schon die Anschaffung von Hubschraubern diskutiert. Viele meinen, man solle dem Bundesheer die großen Transporthubschrauber anschaffen, sie seien ideal. Ich habe Gelegenheit gehabt, als Mitglied des Ausschusses zu den Manövern in der Steiermark mitzufliegen. Ich muß sagen: Natürlich, der Apparat war nicht schlecht, er hat etwas geboten. Aber mit zunehmender Höhe des Berges läßt die Nutzlast nach, und er ist dort nicht mehr voll einsatzfähig. Der Pilot hat also mit letzter Kraft manövriert. Man wendet ein, man könnte diese Geräte sehr gut für die Hochwasserkatastrophen verwenden. Natürlich, aber ich stehe auf dem Standpunkt, meine Damen und Herren: Katastrophenhilfe ist in erster Linie Sache des Innenministeriums und der Feuerwehr. Darauf kann man nicht das Militär abstimmen. Es wird entsprechend helfen und eingesetzt werden, aber die Ausrüstung des Heeres muß sich auf seine Zweckmäßigkeit ausrichten. Es stehen also hier andere Versionen als dieser Super Frelon zur Verfügung, die auch ausgesucht werden könnten, falls überhaupt der Großraumhubschrauber — das sollen die Fachexperten, die Militärs entscheiden — ins Verteidigungskonzept paßt. Ich denke an den Jet Ranger der Amerikaner; der ist wesentlich stärker, hat eine bessere Nutzlast und dürfte unseren Verhältnissen auch besser entsprechen. Oder der Sikorsky CH-53.

Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, das sind alles Fragen, die an und für sich nur von Fachleuten diskutiert werden. Man könnte dann nur am Rande stehen und dabei sein und sich nur Gedanken darüber machen. Aber wir als Abgeordnete haben doch eine Verpflichtung, dem Steuerzahler zu sagen: Das, was ihr für die Landesverteidigung bezahlen müßt, ist zweckmäßig und gut verwendet, und es braucht euch darum nicht leid zu tun. Wir haben uns auch mit den anderen Fragen der Wirtschaft auseinanderzusetzen und müssen Rede und Antwort stehen. Jeder Abgeordnete soll sich schon mit den Dingen befassen. Denn wenn man sieht, wieviel hier danebengeht ohne Einsatzplan, ohne Konzept, muß man sagen: Man kann dem Budget nicht zustimmen, denn

6770

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Troll**

es ist unverantwortlich, den Menschen das Geld aus der Tasche zu nehmen, um es hier beim Fenster hinauszuwerfen.

Ich bin der Meinung: Ein guter Einsatzplan ist richtig, er muß regional erstellt werden, und er muß vor allen Dingen — und das ist etwas Wesentliches, was im Augenblick noch völlig fehlt — einen entsprechenden Werftbetrieb kennen. Der Werftbetrieb müßte im Ernstfall auch dezentralisiert sein, Nord, Süd, Ost und West. Es hilft uns nichts, eine Werft zu haben, die dann zerstört wird; wir stehen dann daneben und sind nicht imstande, den Gerätelpark instandzuhalten. Es muß ein gutes Ausbildungspersonal vorhanden sein, die entsprechenden Techniker, die Leute für die Meteorologie, für den Tower und die Radaranlagen müssen ausgebildet werden, bevor man -zig-Millionen und -Milliarden investiert und man dann nicht die Menschen hat, um die Geräte zu bedienen.

Diese Anlagen und all das von mir aufgezeigte kosten irrsinnig viel Geld. Daher stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Ausgangspunkt für jede Planung in der Luftraumverteidigung der möglichen Luftbedrohung sein muß. Auch hier muß sich einmal ein Konzept ergeben: Was stellt man sich vor, gegen was haben wir uns zu verteidigen? Und hier zeigt sich — wenn man es so überlegt — das Mißverhältnis zwischen einer möglichen Luftbedrohung und der notwendigen aufzubringenden Abwehrleistung. Es ist sehr, sehr groß. Vor dem Dilemma stehen unsere Militärs, steht unser Minister, stehen wir alle, denn uns fehlt dieser Wertmesser: Wer greift an, gegen wen müssen wir einsatzbereit sein? Wir denken nicht daran, einen Operationskrieg gegen Rußland, Amerika oder Deutschland zu führen.

Es steht also bei uns vielfach das militärische Wollen gegen die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Hier sich zurechtzufinden ist zweifellos nicht einfach. Dennoch zwingen uns die internationale Glaubwürdigkeit und die nationale Zumutbarkeit zu einer vernünftigen Konzeptlösung.

Herr Bundesminister! Da komme ich wieder zu dem, was an und für sich alle von uns wollen: Nicht zuerst entscheiden: das wird gekauft und das und jenes. Das sind dann alles Notlösungen, die sich rasch überleben und überholen, und Millionen sind hinausgeschmissen. Man muß zuerst die Fachexperten zusammenrufen, diese Problematik zuerst im Detail durchberaten, und dann wäre dem Verteidigungsamt ein Konzept vorzulegen, mit dem man eine verantwortungsvolle Beschußfassung herbeiführen kann, die auch vertretbar ist.

Wenn man daran denkt, daß bisher schon circa 30 Milliarden seit dem Bestehen des Heeres für das Heer aufgewendet wurden, und man heute die vielen Mängel gehört hat, die aufgezeigt wurden, dann sieht man so deutlich, daß man planlos gearbeitet hat und daß hier ernstlich überlegt werden muß, ob überhaupt dieses System der Verteidigung gutgeheißen werden kann.

Wir müssen uns alle darin einig sein, meine Damen und Herren: Österreich hat seine Neutralität zu bewahren, falls notwendig, zu verteidigen. Ein bestimmter Schutz unserer Grenzen soll Partisanen oder Abenteurer davon abhalten, hereinmarschieren, hereinzubrechen, Raubzüge zu veranstalten. Aber das kann nicht ins Uferlose gehen, und das kann uns zu keiner Verteidigungsüberlegung einer sogenannten Militärmacht bringen. Diese Verteidigungsbereitschaft, die unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse unseres Landes aufzubauen und auszurichten ist, sind auch wir Sozialisten bereit, aufzubringen, aber keine Abenteuer, keine einseitige Personalpolitik im Heer, sondern nach dem Grundsatz: Landesverteidigung ist die Sache aller Österreicher.

Hier verlange ich, Herr Minister — ich glaube, im Namen meiner Fraktion —, daß Schluß gemacht wird mit der konzeptlosen Beschaffungspolitik, daß ein umfassendes Konzept für alle Belange der Landesverteidigung vorgelegt wird und daß dem Grundsatz, daß nicht die Planung von gewollten Kriegseinsätzen, sondern die Wahrung und Verteidigung unserer Neutralität den Konzepten zugrunde zu legen ist, Rechnung getragen wird.

Es hat auch ein Redner gesagt: Die Wehrbereitschaft, die Wehrwilligkeit soll nicht sabotiert, sie soll gefördert werden! Ich stehe auf dem Standpunkt: Es muß jedermanns Sache sein, sich für das oder etwas anderes zu entscheiden. Einer geht gern zum Militär, der andere weniger gern. Wir haben ohnedies die sogenannte Rekrutierung auf gesetzlicher Basis, und jeder muß einrücken, also die Wehrpflicht. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber den Wehrwillen kann man mit Machinationen wie mit einseitiger ÖVP-Machtpolitik oder mit solchen konzeptlosen Systemen nicht heben, Herr Bundesminister.

Mir ist passiert, daß der Vater eines Soldaten zu mir gekommen ist, der in die Kaserne Straß eingezogen wurde und dort Tbc-krank wurde, weil er sich mit drei anderen in einem Raum befand, die alle drei tuberkulos waren. Der wird keine Freude haben, sich zum Bundesheer zu bekennen. Man muß, glaube ich, auch die notwendigen Vorbereitungen treffen, um solche Dinge zu vermeiden. Ich

**Troll**

darf Sie daran erinnern: das war in der Kaserne Straß der Fall, und der Betroffene war ein gewisser Ernst Rudolf, damit Sie der Sache nachgehen können. Dessen Vater war bei mir und hat von Unzukömmlichkeiten in dieser Richtung gesprochen. Das soll also nicht passieren.

Wenn Sie Personalpolitik in der Art machen, daß ein Kommandeur eines Geschwaders ernannt wird, der fliegerisch nach seinem gegenwärtigen Gesundheitszustand nicht mehr in der Lage sein wird, im Geschwader mitzufliegen, und ein anderer Bewerber, der in Frage käme, ein erfahrener Sturzkampfflieger, der sich in Einsätzen in Malta, Afrika, Kreta und in Rußland bewährte, der die Voraussetzungen gleich mitbringt, auch dienstrangmäßig, nicht Kommandeur wird, weil er nicht Ihrer Partei angehört, so sind das, Herr Bundesminister, Dinge, die zur Kritik berechtigen. Da braucht man nichts gegen das Militär zu haben und braucht nicht gehässig zu sein, sondern das sind Zustände, die aufzuzeigen sind. Das ist unsere Pflicht, und wir haben Sie aufzufordern, diese Zustände abzustellen.

Wenn Sie erst einmal imstande sein werden, eine gemeinsame Verteidigungspolitik mit uns zu machen und diese Fehler abzustellen, dann werden Sie auch unsere Zustimmung für Notwendigkeiten des Budgets des Verteidigungsressorts bekommen. Ansonsten, wie in diesem Fall, müssen wir es ablehnen, Herr Bundesminister. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Regensburger das Wort.

**Abgeordneter Regensburger (ÖVP):** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich konzediere den sozialistischen Vorrednern, daß sie als Mitglieder des Landesverteidigungsausschusses immer wieder versuchen, die Realitäten zu erkennen, und daß sie auch für die Belange der Landesverteidigung eintreten. Wenn sich aber heute der Kollege Mondl so quasi beschwert hat, daß wir von der Volkspartei den Sozialisten immer wieder Bundesheerfeindlichkeit vorwerfen, so hat er dabei auf die falsche Seite gesehen und die Volkspartei in diesem Zusammenhang zu Unrecht genannt. Wir haben keine Schuld, daß es einen sogenannten Thirring-Plan gegeben hat, daß ein sogenannter Rösch-Plan erstellt wurde und daß man bei verschiedenen Verhandlungen, wo es um das Budget ging, bei Gehaltserhöhungen für Beamte und so weiter, das Budget für das Bundesheer hernehmen wollte. Bitte schiebt uns in diesem Zusammenhang nicht die Schuld in die Schuhe, sondern die Ange-

hörigen des Bundesheeres haben selbst gespürt und gehört, daß es manchmal nicht nur um die Existenz des Bundesheeres ging, sondern auch um die Existenz des einzelnen!

Wenn vom „Debakel des Bundesheeres“ gesprochen wird, so bin ich der Meinung, daß man dem Ansehen des Bundesheeres nichts Positives hinzufügt. Wenn man in einer Zeitschrift liest, daß ein sozialistischer Vertrauensmann zur Umstrukturierung der demokratischen Gesellschaft das Wort ergreift und als Beispiel das Gebiet der Landesverteidigung anführt und rät, man müsse neue Wege suchen und finden, um den Wehrwillen zu untergraben, ohne dabei ein Gesetz zu brechen, so bitte ich, zu verstehen, daß wir dann vorsichtig sind und irgendwo das Gefühl haben, daß die Zahl derer in der Sozialistischen Partei, die gegen das Bundesheer und gegen die Landesverteidigung sind, noch größer ist als die Zahl derer, die dafür eingestellt sind.

Selbstverständlich glauben wir, daß auch die Sozialistische Partei den Neutralitätsschutz auf ihre Fahne geschrieben hat, aber der Neutralitätsschutz beinhaltet ja nicht nur die außen- und innenpolitische Situation, sondern selbstverständlich auch die Landesverteidigung im besonderen.

Kollege Mondl sprach von der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesheeres und bekrittelte dabei, daß man immer wieder nur von ÖVP-Politikern höre. Ich muß sagen, daß derzeit die Bundesregierung nur aus ÖVP-Politikern zusammengesetzt ist und eben der Herr Minister Prader und der Herr Bundeskanzler Klaus und der Herr Vizekanzler Bock genannt werden müssen. Wenn vorher die Zeiten in der Koalition anders waren, so können Sie uns jetzt nicht vorschreiben, daß auch Politiker der SPÖ genannt werden müssen, wenn es um die gesamte Arbeit der österreichischen Bundesregierung geht. (*Abg. Mondl: Wir schreiben nicht vor, wir stellen nur fest!*) Danke schön.

Der Herr Kollege Zeillinger, mit dem ich mich bei Gott nicht, wenn es einmal ernst werden sollte, Gott möge es verhüten, in einen Schützengraben legen möchte, hat, glaube ich, die Sache doch von der zu negativen Seite angegriffen. Man ist ja von ihm gewohnt, daß er die Dinge mit Gewalt in den Schmutz zieht, und ich glaube, seine heutige Rede zum Kapitel Landesverteidigung hat alles eher als dazu beigetragen, den Sinn und den Zweck und das Ansehen der Landesverteidigung in Österreich zu heben. (*Abg. Meißl: Da haben Sie nicht zugehört!*)

Er hat zum Beispiel gesagt, daß die Regierung verhindere, das Heer für den Ernstfall vorzubereiten. Was ist es denn anderes,

6772

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Regensburger**

wenn man laufend in einer achteinhalbmonatigen Ausbildung versucht, dem Soldaten das Bestmögliche beizubringen? Wenn irgendwo ein Manöver stattfindet, dann werden dem Minister die Kosten vorgeworfen; letztlich war doch auch der Einsatz heuer im Sommer an der Grenze eine Vorbereitung für den Ernstfall. Dauernd aber werden die Kosten von 10 Millionen der Bundesregierung oder dem Verteidigungsminister um die Nase gerieben.

Ich behaupte allen Ernstes — auch wenn Zeillinger meint, daß wir keinen Moshe Dayan haben und hätten —, daß unser Verteidigungsminister Dr. Prader in seiner Amtszeit gezeigt hat, daß er in der Lage und willens ist, dem Bundesheer das zu geben, was es braucht, und daß der Stand des Bundesheeres und das Ansehen des Bundesheeres in Österreich merklich größer wurden und die Popularität nichts mehr zu wünschen übrigläßt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sicherlich haben dazu auch die Einsätze bei der Katastrophenhilfe beigetragen.

Kollege Zeillinger bekrittelt weiter, daß nun so rund 400.000 ausgebildete Soldaten in Österreich vorhanden wären und daß man nicht jedem im Ernstfall ein Gewehr und die Uniform in die Hand drücken könne, und vergleicht das österreichische Bundesheer sogar mit der chinesischen Armee von anno dazumal. Ich glaube, daß doch jeder ABC-Schütze in der Landesverteidigung weiß, daß man eine breite Basis, eine breite Grundlage von ausgebildeten Soldaten haben muß, um aus dieser breiten Basis dann die einsatzfähigen Kräfte im Ernstfall zu mobilisieren, daß bei diesen Ausgebildeten inzwischen so undso viele untauglich wurden, daß viel mehr andere irgendwo in der Wirtschaft unabkömmlich sein werden und eben ihre Landesverteidigungsaufgabe dort in der Wirtschaft erfüllen müssen.

Wir sehen also, daß nicht, wie er sagt, Theater gespielt wird, sondern daß das Wehrpflichtheer, das wir haben, nun bereits in breiter Basis ausgebildet ist und daß sich die einsatzfähigen Kräfte aus diesen nun rund 400.000 Mann sehen lassen können. (*Abg. Weikhart: Aber ohne Uniform, Herr Kollege!*) Ich will die Zahl nicht expressis verbis nennen, aber immerhin sagen, daß die Zahl nicht klein ist und daß für dieses Mob-Heer im Ernstfall die Ausrüstung und auch die Bekleidung vorhanden ist.

Was nun die 400.000 S Knopfkosten angeht, kann ich nicht näher darauf eingehen, weil ich zuwenig darüber informiert bin. Ich freue mich auf jeden Fall, daß sich der Verteidigungsminister Dr. Prader bemüht,

Aufträge an kleine Gewerbetreibende zu vergeben, auch einzelne Aufträge in Heimarbeit, und daß er dadurch auf breiter Basis die Möglichkeit schafft, daß bei der Ausrüstung des Bundesheeres die Angehörigen unserer Republik Österreich auch ihren Teil mitverdienen können. Es werden uns ja nicht ohne Grund manchmal Vorhalte gemacht, wenn Aufträge nach außen hin vergeben werden.

Zeillinger sagt auch, daß die Verteidigung der Neutralität Aufgabe des Politikers sei und das Bundesheer nur die Aufgabe habe, die Grenze der Neutralität oder der Republik zu schützen. Ich bin der Meinung, daß das unbedingt zusammengehört, daß die Außenpolitik, daß die Politik an und für sich und die Landesverteidigung ein Ganzes sein müssen und sich gegenseitig ergänzen müssen.

Was die Karten aus dem Jahre 1890 betrifft, kann ich mir die Sache nur so vorstellen, daß wohl die Geländeeverhältnisse in diesem Jahre aufgenommen wurden, die Karten noch zu Übungszwecken Verwendung finden und die Möglichkeit besteht, alle neuen Verkehrswege und Änderungen in solchen Karten einzutragen. Ich bin auf jeden Fall so weit informiert, daß Karten neuesten Datums für den Ernstfall und auch für Manöverfälle zur Verfügung stehen.

Übrigens: Wenn ein Abgeordneter einen fanatischen Haß gegen einen Ressortleiter hat, habe ich ihn weiter im Verdacht, daß seine Beurteilungen über wichtige und nebensächliche Dinge auch nicht vollkommen der ehrlichen Überzeugung entsprechen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Troll! Sie sprachen über die „Konzeptlosigkeit“ der Landesverteidigung. Ich glaube, daß gerade die Reorganisation, die Sie forderten, nun erst langsam zum Abschluß kommt und der Herr Verteidigungsminister Prader einmal nicht mit Unrecht sagte: Man darf das Heer nicht zu Tode reorganisieren. Das, glaube ich, wäre vollkommen falsch, und es wäre auch falsch gewesen, wenn man im österreichischen Bundesheer ein Konzept erstellt hätte, das man jedem einzelnen Abgeordneten zur Verfügung gestellt hätte, und nun an diesem Konzept festhalten würde. Ich werde in meinen kommenden Ausführungen, wo ich versuche, die Lehren aus dem Dreifrontenkrieg in Israel zu ziehen, noch darauf hinweisen, wie wichtig Beweglichkeit ist und daß letzten Endes ein Krieg und eine Auseinandersetzung nie nach einem Plan verläuft, daß aber die Aufgabe bleibt und diese letzten Endes in der Zielsetzung erfüllt werden muß.

**Regensburger**

Der Herr Kollege Troll, der in seinen Ausführungen recht sachlich war und sich, was die Luftwaffe anbelangt, als Fachmann gezeigt hat, konnte es doch nicht unterlassen, auch einen Schuß gegen den Innenminister Hetzenauer abzugeben. Ich möchte schon hinzufügen, daß der Einsatz der Gendarmerie in der Steiermark auf einer ganz anderen Ebene liegt und der Herr Minister von der Regierungsbank aus die Erklärung abgegeben hat, wobei auch die sozialistischen Abgeordneten ihm nicht ungern Beifall gegeben hätten, daß es dort zu keiner Auseinandersetzung kam und deswegen die Gendarmerie eingesetzt wurde, um eben Gefahren entgegenzutreten, und daß letzten Endes die Sache in Fußbach mit dem Austritt des Nationalrates Haselwanter hier im Parlament endete und der Herr Verkehrsminister letzten Endes nicht belobt, sondern mit Paradeisern und faulen Eiern beworfen wurde. Ich bin schon der Meinung, daß man diese Dinge nicht immer wieder neu aufwärmen soll, aber wenn das schon genannt wurde, so sollen die verschiedenen Positionen in den Situationen aufgezeigt werden. (*Abg. Libal: Der Hetzenauer ist ja gar nicht hingegangen, sonst hätte er auch was gekriegt! — Zwischenruf bei der ÖVP.* — *Abg. Libal: Er hätte nicht nur Paradeiser gekriegt, er hätte was anderes auf den Kopf gekriegt!*)

Die „Konzeptlosigkeit bei der Luftraumüberwachung“ war auch im Tadelsantrag des Abgeordneten Troll enthalten, weil in letzter Zeit einige Male Luftraumverletzungen vorkamen. Ich gebe zu, daß wir in der Luftraumüberwachung unsere Gegebenheiten noch nicht so weit installiert haben, daß wir zufrieden sein könnten. Ich gebe zu, daß wir hier noch Mängel haben. Es liegt aber nicht nur am mangelnden Geld, sondern teilweise, wie wir wissen — wir haben ja die Einrichtungen am Kolomansberg auch selbst besucht —, auch an den Lieferfristen. Alle diese modernen Einrichtungen haben Lieferfristen, die bis in die x Jahre gehen, und infolgedessen sind selbstverständlich Baukosten- und Bauzeitüberschreitungen an der Tagesordnung. Zu beurteilen, ob nun der Kolomansberg technisch seine Aufgabe voll erfüllt, bin ich nicht in der Lage, aber ich glaube, es gibt in Österreich keinen Hügel und keinen Berg und keinen Platz, wo eine Radaranlage in der Lage wäre, alle unsere Gebirgstäler und Falten und Ebenen auszuleuchten.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob Erdkampfflugzeuge, Abfangjäger und so weiter. Diese Diskussion hat bei der Anschaffung und Erzeugung des Mirage-Jägers in der Schweiz große Wellen geworfen, und man hat

uns in Bern erzählt, daß man ursprünglich 100 Stück in Lizenz erzeugen wollte, dagegen hat das Parlament Einspruch erhoben, und es sind nur 50 erzeugt worden, und diese 50 sind gleich teuer gekommen, wie ursprünglich die 100 veranschlagt waren. Also man macht auch dort Fehler und kann über- oder unterschätzen.

Aber mit all diesen Dingen muß man sehr vorsichtig sein, speziell wenn man ein kleines Land ist, nicht nur bezüglich der budgetären Situation, sondern auch wegen des Ausmaßes des Landes. Ich las einmal eine Diskussion im Zusammenhang mit der Mirage-Affäre, in der ein Fachmann feststellte: Was nützen uns denn die Mirage-Jäger, wenn sie innerhalb des eigenen Territoriums operieren sollen, wenn ein moderner Bomber, der eine Bombe lösen will, die ein Ziel in der Schweiz treffen soll, auf der Höhe, die er fliegen kann, und bei dem Tempo, das er beibehalten kann, diese Bombe schon im Raum von Innsbruck auslösen müßte? Wie soll dann unser Mirage-Jäger — so schreibt dieser Schweizer Journalist — in Aktion treten? Man kann nicht erkennen, wie weit die Schwierigkeiten reichen, und man kann hier nicht so ohne weiteres eine Beurteilung abgeben.

Nun versuche ich die Lehren aus dem Junikrieg in Israel, also im Vorderen Orient, zu ziehen, wobei ich nicht das Sakrileg und nicht den Fehler begehen will, diese Lehren nun für uns unbedingt maßgebend zu halten, weil ich ja weiß, daß eine gutausgebildete und ausgerüstete Armee im Vorderen Orient eine andere Bedeutung als in Mitteleuropa hat. Aber es gibt einige Grundsätze und Lehren aus diesem Krieg, die auch für uns, glaube ich, Gültigkeit haben.

Man hat gesehen, daß es sich gelohnt hat, ein Heer unter Opfern aufzubauen und instand zu halten. Auch wir haben unser Heer unter Opfern aufgebaut, und es gibt sogar Fachleute, die bereits vor Jahren behauptet haben, daß der Aufbau des österreichischen Bundesheeres auch einem österreichischen Wunder gleiche, wie es möglich war, Hunderte verschiedener Bewaffnungsgegenstände von den verschiedenen Besatzungsmächten zu sammeln und zu konzeptieren.

Der Haupterkenntnis aber, daß man wach sein muß, steht eine ganze Reihe von Lehren ausbildungsmäßiger, taktisch-operativer sowie waffen- und rüstungstechnischer Natur gegenüber. Man neigt aber jetzt gerne dazu, die bisherigen Methoden, also die Methoden des Israelkrieges, zu hoch einzuschätzen und die Methoden der früheren Kriege zu niedrig einzuschätzen. Einwandfrei hat sich heraus-

6774

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Regensburger**

gestellt, daß Ausrüstung und Waffen allein noch keine schlagkräftige Landesverteidigung ausmachen.

Interessant in diesem Zusammenhange — das möchte ich jetzt nur so einblenden — ist, daß Militärwissenschaftler meinen, daß die Israelis eigentlich schon Atomwaffen hatten beziehungsweise daß sie nur kurze Zeit mehr benötigt hätten, um solche Waffen zu erzeugen. Robert Kennedy soll schon im Jahre 1964 eine solche Äußerung über das Vorhandensein von Atomwaffen in Israel getan haben, und man sagt, sie sei unwidergesprochen geblieben. Aber irgendwo, gewissermaßen in der Luft, glaube ich, hängt, daß in absehbarer Zeit, jedenfalls in den Sandkästen der Generalstäbe, die sogenannten Abfallbomben zum Einsatz kommen werden, das sind Bomben mit hochexplosivem Sprengstoff, die mit atomaren Abfallprodukten gefüllt sind und die dann bei der Detonation selbstverständlich auch ihre Verseuchungswirksamkeit ausüben.

Die positivste Lehre aus diesem Dreifronten-Junikrieg ist, glaube ich, die, daß ein Kleinstaat auch heute noch ein Machtfaktor sein kann und er sich unter gewissen Umständen auch gegen einen zahlenmäßig überlegenen Gegner behaupten kann.

Ich will nur einige wenige Zahlen nennen, weil ich weiß, daß Zahlen ermüden. Israel hatte ein Mob-Heer von 275.000 Mann, die Schweiz hat eines von 500.000 Mann, und wir liegen in dieser Relation gar nicht schlecht. Israel hatte bei den Panzern einen Stand von 800 Stück, die Schweiz hat ebenfalls 800 Stück, und wir liegen, was die Panzer anbelangt, ganz gut; wobei man hinzusetzen muß, daß die Israelis, was die Schützenpanzer anlangt, nur Halbkettenpanzerfahrzeuge hatten, was nach unserer Auffassung eigentlich schon veraltete Fahrzeuge sind. Die Israelis hatten 350 Flugzeuge, die Schweizer haben 400. Was die Flugzeuge anlangt — das trifft aber letzten Endes bei der Gesamtbewaffnung zu —, ist ja nicht nur die Zahl ausschlaggebend, sondern auch die Type und so weiter und so fort. In dieser Hinsicht schneiden wir bei einem Vergleich selbstverständlich ziemlich mager ab.

Die nächste positive Lehre beziehungsweise Erfahrung aus dem Sechstagekrieg ist die, daß die Reservearmee von größter Wichtigkeit ist. Ihre Leistungen sollen denen der aktiven Armee nicht nachhinken. Die Israelis glauben, daß man erst in zweieinhalb Jahren in der Lage sei, einen modernen Soldaten zu erziehen, ihn auszubilden und ihn zu einem brauchbaren Kämpfer zu machen; man ist der Meinung, daß auch Reservisten minde-

stens für einen Monat im Jahr einberufen werden sollten — was sie machen müssen —, um so quasi immer auf dem laufenden zu sein und ausbildungsmäßig der aktiven Armee zumindest nahezukommen. Die israelische militärische Ausbildung ist aber nicht nur zeitlich länger als die Ausbildung in allen europäischen Staaten, sie ist auch bedeutend härter. Der Soldat wird konsequent zum initiativen Einzelkämpfer erzogen, und seiner körperlichen Gewandtheit wird besondere Bedeutung zugemessen. Weiters wird klares Denken, gutes Beobachten und genaue Berichterstattung zu den wichtigsten Fähigkeiten des Soldaten gezählt, wobei aber wieder Waffendrill, Schießen et cetera in den Hintergrund treten. Märsche, Hungerleiden, Durstleiden, auf der nackten Erde liegen gehören sozusagen zu den Tagesrationen des israelischen Soldaten.

Es hat sich aber gezeigt, daß diese Härteübungen von Vorteil sind. Man erzählt sich, daß der israelische Soldat in der Wüste Sinai pro Tag ein bis zwei Liter Wasser verbrauchte, während man andererseits in jeder westlichen Armee in der Wüste einen Wasserverbrauch bis zu 20 Liter pro Mann rechnet. Man sieht also, wie fruchtbar sich diese Ausbildung ausgewirkt hat.

In der Kommandantenausbildung wird der größte Wert auf die geistige Beweglichkeit und auf die Anpassungsfähigkeit an neue Verhältnisse gelegt. Daraus lernt man, wie wichtig die Art der Ausbildung ist und daß letzten Endes der Kommandant sich nicht nur anpassen kann oder soll, sondern — wie wir es in Israel gesehen haben — auch kühn und dynamisch sein muß. Es wurde in diesem Krieg viel gewagt, aber auch ebensoviel gewonnen. Ich sagte schon: Die israelischen Kommandanten wußten, daß ein Krieg nie nach Plan verläuft, daß die Aufgabe aber bestehen bleibt und das Ziel erreicht werden muß.

Als wichtige Erfahrung aus diesem Krieg ist auch zu werten, daß ein Wehrpflichtiger, wenn er sich auf die Masse des Volkes, auf alle Männer und Frauen im Staate stützen kann, fähig ist, einen tragenden Kampfgeist zu entwickeln.

Zu den hervorstechenden Elementen einer modernen Soldatenerziehung gehören selbstverständlich Einfühlungsgabe und Verständnis für den modernen Menschen. Der gut ausgebildete und gut erzogene Soldat ist imstande, Leistungen zu erbringen, die hinter jenen früherer Generationen in keiner Weise zurückstehen. Wir können von den israelischen Soldatenerziehern lernen, daß es nicht schädlich ist, wenn man in einer Armee nicht

**Regensburger**

immer bei alten Gewohnheiten bleibt, sondern auch soldatische Gewohnheiten ändert, weil sich ja nicht nur der Soldat, sondern auch der zivile Mensch seit dem ersten und zweiten Weltkrieg sehr gewandelt hat.

Israels Krieg hat eigentlich zwei Soldatentypen beleuchtet: den unbeteiligten, mager informierten, gleichgültigen Mitläufers auf der einen Seite, und auf der anderen Seite den von seiner Sache erfüllten, innerlich überzeugten, intelligenten Kämpfer. In welcher Richtung nun das Verteidigungsministerium und die Soldatenerzieher vorgehen sollen, darüber, glaube ich, fällt eine Entscheidung nicht schwer.

Ich habe eingangs schon ausgeführt, daß Ausrüstung und Waffen allein noch keine schlagkräftige Landesverteidigung darstellen. Aber das eine steht fest: eine Armee, die in der Ausbildungszeit spart, muß, um schlagkräftig zu sein oder schlagkräftig zu bleiben, die technischen Fortschritte voll ausnützen. Grundsätzlich lernen wir aus der israelischen Erfahrung, daß gut ausgebildete Soldaten auch mit älterem Material noch viel ausrichten können. (*Abg. Pay: Motorisierte Reitertruppe!*)

Nicht selten wird von Wehrexpertern die Behauptung aufgestellt, daß Taktik und Strategie, wie wir sie noch an der Kriegsschule vorgetragen erhielten, samt und sonders veraltet seien. Wir machen meines Erachtens nicht unbegründet hin und wieder den Fehler, nur nach den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges zu denken oder aber alle diese Erfahrungen — also das andere Extrem des Fehlers — über Bord zu werfen.

Überraschenderweise haben sich aber im Vorderen-Orient-Krieg eine Reihe alter taktischer Wahrheiten neu bestätigt. Alle jene, die den Tod der Panzerwaffe prophezeit haben, müssen ihre Ansicht revidieren oder noch weiter in die Zukunft schieben. Panzer kamen auf beiden Seiten massiv zum Einsatz, und die Israelis hatten gegen ihre Gegner, die auch einen modernen Panzereinsatz führten, schwer zu kämpfen.

Die besondere Bewährung der Panzer war aber nicht nur in den Städten gegeben, sondern auch, was man früher nicht für möglich hielt, in sehr schwierigem Gelände.

Bestätigt hat sich auch die Bedeutung und die Wichtigkeit der mechanisierten und motorisierten Infanterie. Obwohl die israelische Armee — wie ich schon ausgeführt habe — nur über Halbkettenfahrzeuge verfügte, also eine Ausrüstung, die unseren Ansichten widerspricht, die im Vergleich zu unseren Schützenpanzern bereits veraltet ist, war sie doch beweglich und flexibel. Die Israelis waren aber auch so intelligent, daß sie gewagt haben,

von Zeit zu Zeit aus den Fahrzeugen zu steigen und durch Umgehungsversuche den Erfolg zu erreichen.

Weiters feierte die alte Regel von der Konzentration aller Kräfte an entscheidenden Stellen neuerdings Triumphe. Die sowjetische Doktrin der starren Verteidigung hat versagt. Ich gebe zu, daß die Araber vielleicht in der Ausgestaltung ihrer Schützengräben und Schützenlöcher nicht allzu genau vorgingen, daß sie sie etwa zuwenig tief machten, daß Minenfelder nicht gut angelegt waren und daß sie auch die Flankensicherung vorzunehmen vergaßen.

Ich wollte diese starre Doktrin, die versagt hat, in der Hauptsache deswegen nennen, weil bei der Beratung über den Bericht der Umfassenden Landesverteidigung doch Stimmen laut geworden sind, die da meinten, daß man in der Lage sei, die Republik quasi an der Grenzlinie zu verteidigen. Ich glaube, daß es heute jedem einleuchten muß, daß dies nicht möglich ist.

Von besonderer Bedeutung war und ist auch der Nachrichtendienst in allen Teilen des Heeres. Informiert zu sein gehört eben zu den Voraussetzungen einer Lagebeurteilung, und die israelische Armee war lückenlos informiert. Infolgedessen konnte sie immer die richtigen Maßnahmen setzen und durch Täuschungsmanöver den Gegner verwirren oder behindern.

Aus den israelischen Luftoperationen müssen wir den Schluß ziehen — Kollege Troll hat so ungefähr darauf hingewiesen —, daß jeder Konflikt mit dem Ringen um die Luftherrschaft beginnt. Das bedeutet für einen Kleinstaat, der mit seinen Mitteln kaum ein Übergewicht in der Luftherrschaft erreichen kann, eine möglichst lückenlose Luftraumüberwachung zu installieren und die eigenen Flugzeuge geschützt bereitzuhalten, das heißt, in Kavernen und Unterständen unterzubringen. Es lohnt sich, und es ist notwendig, die dritte Dimension, das heißt die Abwehrbereitschaft in der Luft, sicherzustellen, auch wenn sie beschränkt ist.

Es wäre aber falsch, aus dem Jukrieg abzuleiten, daß eine Armee ohne ausreichende Luftwaffe von vornherein schon zur Niederlage verurteilt wäre. Wir erleben in Vietnam, was unter besonderen Voraussetzungen geleistet werden kann.

Ich sagte schon, daß ich die Erfahrungen Israels nicht auf Europa projizieren will. Ich glaube aber sagen zu können, daß ein Sprichwort seine Bedeutung nicht eingebüßt hat und sie auch bei uns nicht einbüßen kann: Wer sich nicht selbst verloren gibt, geht nicht und ist nicht verloren!

6776

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Regensburger**

In jedem Lehrbuch für Taktik und Strategie steht, daß ein dreifaches Übergewicht notwendig ist, um angreifen zu können. Die Israelis haben eine dreifache Übermacht angegriffen und haben mit ihren Panzern im unwegsamen Gelände operiert, zum Beispiel bei Jerusalem und auch in Syrien; Operationen, wie man sie früher nicht für möglich gehalten hätte.

Es geht also darum, in Friedenszeiten die Selbstbehauptungsaufgabe wirklich ernst zu nehmen, die besten geistigen, ausbildungsmäßigen und rüstungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen. Ich bin der Meinung, daß wir in Österreich nicht nur auf dem besten Wege sind, diese Voraussetzungen zu erkennen, sondern sie auch teilweise erfüllt haben und sie erfüllen werden. Ich möchte von dieser Stelle aus all denen in Österreich danken, die entweder beruflich oder außerberuflich diese Zielsetzung erfüllen helfen. — Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader. Ich erteile es ihm.

**Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der bisherige Verlauf der Debatte hat es mir zweckmäßig erscheinen lassen, zu einigen der aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Zunächst, meine Damen und Herren, darf ich dafür danken, daß Sie den Anliegen der Landesverteidigung bei der Behandlung dieser Frage so ausreichend Raum geben.

Nun zu einigen Problemen, die in der Debatte zur Sprache kamen. Der Herr Abgeordnete Mondl hat die Behauptung aufgestellt, das Budget sei nicht größer, sondern kleiner geworden. Herr Abgeordneter, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß diese Behauptung unrichtig ist. Wir haben die gleichen Prozentsätze durch all die Jahre — bis auf minimale Schwankungen — aufrechterhalten, was angesichts der Steigerung des Gesamtvolumens des Budgets selbstverständlich immer auch einen entsprechenden adäquaten Anteil des Verteidigungsbudgets bedeutet.

Was die Anlagenkredite anlangt, Herr Abgeordneter, darf ich Sie ebenfalls aufmerksam machen: Wenn Sie die Dinge zusammenrechnen, stehen uns im Endergebnis mehr an Anlagenkrediten — und die dienen ja der Beschaffung von Material — zur Verfügung, als das bisher der Fall war.

Sie haben auch gemeint, daß ich zu sporadisch und nur ganz selten die Probleme und die Anliegen der Landesverteidigung auch mit Angehörigen dieses Hohen Hauses, vor allem

mit der Opposition, diskutiere. Herr Abgeordneter, ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß vielleicht noch nie eine derartig konkrete und direkte Aussprache über die entscheidenden Probleme der österreichischen Landesverteidigung erfolgt ist wie in der letzten Zeit. Sie sind selber Zeuge dieser Aussprachen. Ich habe immer wieder betont und darum ersucht, daß auch im Bereich des Verteidigungsausschusses eine intensivere Kontaktnahme erfolgen möge. Sie selber wissen genauso gut wie ich, daß viele Einladungen, die ich von meiner Seite aus ergehen ließ, wegen der bekannten Terminschwierigkeiten und der Zeitökonomie nicht wahrgekommen werden konnten. Ich habe Ihnen zugesichert, daß ich jede Möglichkeit wahrnehmen werde, Aussprachen durchzuführen, Besichtigungen zu veranstalten, über Probleme, die Sie interessieren, wenn mir eine entsprechende Mitteilung gemacht wird, zu sprechen. Letztlich, Herr Abgeordneter, darf ich auch daran erinnern, daß erstmalig auch im Bereich der Landesverteidigungsakademie durch ein sehr dankenswertes Mittun der Abgeordneten des Landesverteidigungsausschusses eine Konfrontation mit den Problemen der österreichischen Landesverteidigungspolitik durchgeführt wurde. Das war in einem Bereich möglich, der sonst bisher nicht zur Debatte gestanden ist.

Wenn Sie meinen, Herr Abgeordneter, daß ich mich bemühe, das Bundesheer in fraktionelle Abhängigkeit zu bringen, so haben Sie zumindest nur zum Teil meine Äußerungen wiedergegeben; sie sagen das Gegenteil dessen aus, was Sie anfänglich behauptet haben. Wenn Sie aber andere Aussagen heranziehen, darf ich mit aller Deutlichkeit das wiederholen, was ich in anderem Zusammenhang bereits gesagt habe. Herr Abgeordneter! Ich bin für das verantwortlich, was ich persönlich ausspreche, nicht für das, was irgend jemand anderer sagt. Und ich bin für jene Handlungen verantwortlich, die ich als Minister setze, und nicht für jene, von denen vielleicht die einen oder anderen wünschen, daß ich sie setzen sollte. Ich möchte also auch das wieder in Erinnerung bringen.

Dann noch etwas, Herr Abgeordneter: Ich habe geglaubt, daß Sie ebenso wie ich der Meinung sind, daß man den Humor nicht ganz aus dem Leben und auch nicht aus der Politik verbannen sollte. Ich komme auf Ihr „Gänse“-Bonmot zu sprechen, das Sie liebenswürdigerweise bereits bei den Ausschußberatungen erwähnt haben. Die Dinge waren ja etwas anders. Ein Redakteur — übrigens einer Zeitung, die Ihnen zugehört — hat mich gefragt, ob ich bereit bin, ihm ein Interview darüber zu geben, welche Maßnahmen

## Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

6777

**Bundesminister Dr. Prader**

wir zur Sicherung unserer Munitionslagerstätten treffen. Ich habe mich selbstverständlich dazu bereit erklärt, und ich habe nachher noch angefügt: Übrigens gibt es in anderen Ländern sehr eigenwillige Methoden, nämlich auch die, daß man dort in die Munitionslager Gänseherden einsperrt, weil sie sehr lautstark sind und daher als Alarmsignal wirken. (Abg. Weikhart: Das ist sicherer als Wachposten!) Das habe ich gesagt, nicht mehr und nicht weniger. Wenn die Dinge dann anders dargestellt werden, Herr Abgeordneter, zeichne ich auch dafür nicht verantwortlich.

Aber vielleicht hat das auch dazu beige tragen, daß man wieder einmal etwas zu schreiben hat und wieder einmal, daran anknüpfend, eine Stimmung zu entwickeln bemüht ist, die geeignet ist, unter Verzerrung der Dinge das ganze in den Bereich des Lächerlichen zu ziehen, und das ist ein schädliches Unterfangen. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Aber die Prader-Gänse gehen in die Wehrgeschichte Österreichs ein! — Abg. Dr. Gorbach: Seid doch nicht so humorlos! — Abg. Weikhart: Die Geheimwaffe zur Sicherung gegen Munitionsdiebstahl!)

Herr Abgeordneter, ich weiß von Ihren Inspektionsberichten, von Ihrem Grenzeinsatz. Sie haben die Liebenswürdigkeit gehabt, mir das eine oder andere mitzuteilen. Ich gebe Ihnen ohneweiters zu — und das bestätigt ja das, was ich ausgesagt habe —, daß uns dieser Einsatz vor neue Aufgaben gestellt hat. Er mußte sehr plötzlich und rasch in Szene gesetzt werden, weshalb auch viel improvisiert werden mußte. Das ist ja das Wertvolle: Es ist dabei nicht nur eine taktische Führungsaufgabe zu bewältigen, sondern durch diese neuartige Aufgabenstellung ist auch der Beweis zu erbringen, ob und in welchem Ausmaß ein Improvisationsvermögen vorhanden ist, ob wir imstande sind, diese Dinge zu bewältigen.

Unser Jägerbataillon 4 war das erste, das zum Einsatz gekommen ist, und immer der, der zuerst daran ist, hat zunächst irgendwie als Versuchskaninchen tätig zu werden. Es haben sich die Schwierigkeiten herausgestellt, die dann immer besser abgestellt worden sind, auch die Schwierigkeit, diesen Einsatz mitzubenutzen, die Ausbildungszeit, die durch diesen Einsatz in der Friedensgarnison verloren gegangen ist, fortzuführen und vielleicht verstärkt auszunützen zu können. Und das ist geschehen. Wir haben dann eine sehr intensive Schießausbildung durchgeführt, und wenn Sie Ihre Nachforschungen anstellen, werden Sie diese meine Aussage bestätigt finden.

Nun zur Frage der Umorganisation. Herr Abgeordneter, Sie haben bei Behandlung dieser Angelegenheit erwähnt, sofern ich das

richtig notiert habe, daß ein Umwandlungsprozeß eingeleitet wurde, der heute noch nicht ganz zu Ende gekommen ist. Richtig! Daraus ersehen Sie die ungeheure Problematik, die mit der Umorganisation eines Heeres zusammenhängt, daraus ersehen Sie, wie lange Zeit es dauert, aus der damit notwendigerweise verbundenen Unruhe wieder in eine ruhige Atmosphäre zu kommen, die ein Heer braucht, um sich zu konsolidieren, zu festigen und dann auch entsprechend aktionsfähig zu sein.

Sie haben gemeint, daß die „jungen zornigen Majore“ von damals den Bogen bei der Umorganisation überspannt hätten und daß sich dieser Zorn bereits jetzt der Mäßigung des Dienstgrades Oberst angepaßt hätte. Darf ich Sie aber darauf aufmerksam machen, daß diese „jungen zornigen Majore“ damals nicht eine so große Organisation, sondern eine kleinere vorgeschlagen haben und daß die Diskussion darüber sehr ernst war, wie die Verhältnisse wirklich liegen und wie der Bedarf gegeben ist, um effektiv zu sein und Chancen zu haben, die uns unter Umständen gestellten Aufgaben auch bewältigen zu können. Darf ich aber daran erinnern, Herr Abgeordneter, daß diese Gespräche nicht nur im militärischen Bereich geführt wurden, sondern auch im politischen Bereich und daß man sich dann — und zwar noch in den Zeiten der Koalitionsregierung — einvernehmlich zu diesem Konzept und zu diesen Lösungen entschlossen hat. Daher nehme ich mit Verwunderung wahr, daß man das jetzt nachträglich kritisiert.

Ich möchte aber dazusagen, daß jede Organisation ein lebendiger Organismus sein muß und daß ich selbstverständlich der Meinung bin, daß man immer wieder alles neu zu überprüfen hat, um dann zur gegebenen Zeit die gegebenen Möglichkeiten mit dem Bestehenden zu konfrontieren und eine Anpassung an die jeweilige Situation herbeizuführen. Ich bin absolut der Meinung, daß verschiedene Dinge geschehen sollten, aber mit aller Vorsicht und mit aller Behutsamkeit, um nicht unter Umständen großen Schaden anzurichten, der sicherlich auch Ihrerseits nicht erwünscht ist.

Nun zum Kfz-Programm. Es verwundert mich einigermaßen, Herr Abgeordneter, daß Sie sagen, es geschehe überhaupt nichts. Es sind immerhin über 800 neue Fahrzeuge in den Bestand des Heeres gekommen, was vordem noch nicht der Fall war. Dieses Programm wird konsequentest in langfristiger Zeitzielsetzung mit genau abgesteckten Etappen fortgesetzt, allerdings auch nach Maßgabe unseres Leistungsvermögens — das muß ich mit Betonung dazusagen. Zu diesem Programm

6778

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Bundesminister Dr. Prader**

gehört auch die Entwicklung der entsprechenden Fahrzeugtypen. Es ist Ihnen aus Ihrer Tätigkeit bekannt, daß eine Umrüstung ausländischer Geräte auf die inländische Produktion in manchen Bereichen deshalb noch nicht möglich ist, weil die Entwicklungen leider nicht so rechtzeitig fertig geworden sind, wie wir es zeitgemäß gesehen hätten. Ich habe mich aber gewehrt, in dieser Situation Zwischenlösungen einzuschieben, weil sie kein befriedigendes Endergebnis gebracht hätten.

Ich habe Ihnen auch zu dieser Berlet-Frage schon ganz genaue Auskunft gegeben und Ihnen erklärt, daß ein gleichwertiges Gerät auf dem Inlandssektor nicht zur Verfügung gestanden ist (*Abg. Steininger: Saurer!* — *Abg. Mondl: Die Firmen behaupten das Gegenteil!*) und daß bei der Überlegung über die Qualität nicht die Firmenaussagen entscheidend sind, sondern die Untersuchungen unserer Wehrtechnik. Herr Abgeordneter, ich darf Sie daran erinnern, daß die Schweizer eine nach internationalen Erkenntnissen sehr gute Panzerabwehrakete entwickelt haben. Die Schweizer Wehrtechnik hat aber dann entschieden, daß die schwedische besser ist, und sie haben dann — das war immerhin ein beachtenswerter Standpunkt — nicht die eigene Schweizer Produktion genommen, sondern das schwedische Gerät. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber zusammen mit dem Landesverteidigungsrat des Nationalrates!*) Auch bei ihnen war die Firmenentscheidung, die Firmenauffassung nicht die bestimmende. In allen Ländern der Welt ist nicht die Aussage der Firma über die Brauchbarkeit und Angemessenheit eines Gerätes das entscheidende, sondern die objektive Untersuchung von Seiten der Wehrtechnik des jeweiligen Landes. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Pittermann: In Demokratien aber auch der Abgeordneten!*)

Ich habe aber auch dazugesagt — das möchte ich mit aller Deutlichkeit wiederholen —, daß der Weg, den wir bei gleicher Situation in anderen Bereichen gegangen sind, nämlich eigene Geräte zu entwickeln, deswegen nicht gangbar war, weil ein so geringes Kontingent benötigt wurde, daß eine Eigenentwicklung in bezug auf diese geringe Stückzahl völlig unökonomisch und unwirtschaftlich gewesen wäre und zu Preissituationen geführt hätte, die gar nicht zu bewältigen wären. (*Abg. Mondl: Die Firmen wären froh gewesen, wenn sie 110 Fahrzeuge hätten bauen können!*)

Ich habe aber auch erwähnt, daß wir trotz dieser Gegebenheiten auf dem Umweg über die Einschaltung österreichischer Firmen auch dort entscheidend dazu beigetragen haben, etwas zur Sicherung von Firmen zu schaffen, wo derzeit ohnedies Schwierigkeiten genug

vorhanden sind. (*Abg. Dr. Pittermann: Um Ersatzteile werden wir betteln gehen!*) Auch das ist geklärt, Herr Klubobmann der Sozialistischen Partei! Das war eine der Voraussetzungen, daß es dann überhaupt dazu gekommen ist, weil nämlich die Garantie übernommen werden mußte, daß diese Ersatzteile in Österreich produziert und uns die Skizzen und Konstruktionspläne dafür zur Verfügung gestellt werden. Ich habe aber nie die Erklärung abgegeben (*Abg. Dr. Pittermann: Die Erklärungen haben wir, aber noch keine Produktion!*), Firmen hätten sich außerstande erklärt, diese Frage zu lösen. Das habe ich nie erklärt, Herr Abgeordneter. Wo Sie das herhaben, weiß ich nicht, ich kann daher nicht dazu Stellung nehmen.

Sie haben gemeint, nun sei die Pleite mit dem Einsatz der Oerlikon-Geschütze bereits eingetreten, weil zwei Feuerleitgeräte nicht einsatzfähig sind. Auch da ist mir nicht bekannt, Herr Abgeordneter, woher Sie diese Information haben. Derzeit haben wir in Österreich auf Grund der erfolgten Bestellung 12 Feuerleitgeräte; 10 davon sind voll einsatzfähig, 2 Feuerleitgeräte sind nach einem Flakschießen, das vor einiger Zeit stattgefunden hat, in kurfristiger Überholung. Ich darf daher auch das klar feststellen. (*Abg. Mondl: Herr Bundesminister, das Personal für die acht ist auch vorhanden, damit sie überhaupt eingesetzt werden können?*) Herr Abgeordneter! Jedes neue Gerät, das wir im Bereich des Bundesheeres einführen, erfordert auch eine entsprechende Neueinführung und Umschulung des betreffenden Personals. Wir haben rechtzeitig die Umschulungskurse für unsere Techniker ins Leben gerufen. Die Umschulungskurse für die Mannschaften laufen. Sie können immer nur in dem Ausmaß durchgeführt und perfektioniert werden, als diese Geräte bei uns eintreffen. Dazu gehören auch, um es überhaupt bewältigen zu können, die Zugmaschinen, weil alles gemeinsam ein geschlossenes Programm ist — von der Munition über das Geschütz und die Leitgeräte bis zu den Zugmitteln. Gerade dieses Beispiel zeigt, daß wir nicht konzeptlos arbeiten, sondern daß alle diese Belange nach einem sehr klaren und abgestimmten Konzept bewältigt werden. (*Abg. Mondl: Das beweist aber auch, daß sie derzeit nicht einsatzfähig sind!* — Weitere Zwischenrufe.)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Es ist noch eine ganze Reihe von Rednern vorgemerkt. Sie können alle Bemerkungen vom Rednerpult aus machen.

**Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader (fortsetzend):** Der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser hat an mich die

## Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

6779

**Bundesminister Dr. Prader**

Frage gerichtet, ob infolge der jetzigen Budgetsituation nun das Ausbildungsvorhaben eingeschraenkt oder eingeschränkt wurde. Herr Abgeordneter, das ist nicht der Fall. Die Ausbildungsmittel sind in keinem Falle gekürzt worden. Die Ausbildung wird daher so durchgeführt, wie sie vorgesehen war — wobei ich unter Ausbildung auch die weitere Instructionstätigkeit bezüglich unserer Mob-Verbände einschließe.

Das Schwerpunktprogramm bezieht sich auf jene Bereiche, die in diesem Hohen Hause schon des öfteren diskutiert worden sind. Es handelt sich vor allem um das Kfz-Programm, um die Panzerabwehrwaffen, um die Munitionsaufstockung, um die verbesserte Pionierausstattung und letzten Endes zu einem ganz bedeutenden Teil um die bessere, vollendete Mannschaftsausstattung in allen Bereichen.

Richtig ist die Bemerkung, daß vielfach Klage darüber geführt wird, daß wir unseren abrüstenden Reservisten oder den Reservisten anlässlich der Einberufung zu Inspektionen etwas zuviel Material mit nach Hause geben. Ich verstehe die Klagen der Hausfrauen — ich bekomme auch sehr viele solcher Briefe —: Bei den bekanntlich nicht sehr großen Wohnungen, die es derzeit gibt, wird es nicht immer mit Freude gesehen, wenn der Reservist mit einem großen Troßsack nach Hause kommt und viel Bekleidung mitbringt, die letzten Endes auch gepflegt werden muß. Wir werden uns bemühen, das auf das richtige Maß zuzuschneiden, wobei vor allem die militärische Notwendigkeit gesichert werden muß, daß der Soldat bei einem Alarm oder bei Übungen tatsächlich in kampffähiger Ausrüstung erscheinen kann.

Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat sich vor allem mit dem Übermaß an Einberufungen auseinandergesetzt und hat gemeint, hier würde des Guten etwas zuviel getan. Herr Abgeordneter! In diesem Hohen Hause ist die allgemeine Wehrpflicht beschlossen worden — aus vielerlei Gründen und Erwägungen, die im einzelnen auszuführen im Augenblick müßig wäre; sie sind sicherlich bekannt. Sie haben eine Rechnung angestellt, die ich nicht teilen kann. Es fällt mir schwer, hier Zahlen aus gewissen Bereichen zu sagen. Aber vielleicht überlegen Sie sich zum Beispiel folgendes: Sie haben von einer Zahl 40.000 gesprochen. Immerhin müssen das fünf Jahrgänge sein, bis ein Quantum von 200.000 vorhanden ist, und ein ungeheuer großer Anteil — das wissen Sie genauso wie ich — steht uns dann nicht zur Verfügung, weil ja auch das normale Wirtschaftsleben weitergehen muß, weil ja Verkehrseinrichtungen intakt gehalten werden und viele andere öffentliche Einrichtungen

funktionieren müssen. Auch ist es, Herr Abgeordneter, nach gewissen Jahren sogar erwünscht, daß der Betreffende wieder aus der Reserve ausscheidet, sodaß eben nur jüngere Menschen für die Reservearmee herangezogen werden. Und Sie wissen ebensogut wie ich, daß es daneben noch viele, viele Aufgaben zu bewältigen gibt, die viele Menschen erfordern. Ich erwähne nur die notwendigen Transportkolonnen und andere Aufgabenstellungen, die in solchen Zeiten anfallen, sodaß ich gar keine Angst habe, daß wir hier zuviel des Guten tun.

Und dann eine Kernfrage, für die Sie ja auch kein Rezept gewußt haben: Wer bestimmt dann, wer dienen muß und wer nicht? Wer trifft diese Zäsur? Wer macht die Ausklammerung? Vielleicht erklären Sie mir das Rezept, wie Sie imstande wären, die präsente Armee in einer auch nur annähernd brauchbaren Stärke zu besetzen, ohne die ihr Vorhandensein überhaupt sinnlos wäre, weil ihr dann jede Effektivität fehlen würde. Das hat noch niemand hier gesagt. Das gehört aber auch dazu, wenn man diese Fragen bespricht, weil man eben alles sagen muß.

Herr Abgeordneter, eines kann ich Ihnen nicht zugeben, das, was Sie so gerne hören wollten, als Sie gemeint haben: Geben Sie zu, daß wir mit unserer Verteidigungspolitik am Ende sind! Ich gebe zu, daß Sie das gerne sehen wollen, aber dem ist nicht so. Wir sind in einer Situation, wo wir uns nicht nur gefestigt haben, sondern wo wir permanent in einem konstruktiven Aufbau unsere Situation in jeder Beziehung weiter verbessern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben Kritik geübt, daß wir angeblich unseren Präsenzdienern und zeitverpflichteten Soldaten die Gebühren nicht bezahlen. Herr Abgeordneter! Die Soldaten, die Präsenzdiener erhalten bei Einsätzen das sogenannte erhöhte Taggeld von 18 S. Nach den Bestimmungen des Heeresgebührengegesetzes sind die Gebühren alle 10 Tage auszubezahlen. Mir ist kein Fall bekannt, daß einem Präsenzdiener diese Gebühren nicht zur vorgesehenen Zeit ausbezahlt worden wären. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir konkrete Fälle nennen könnten. Durch eine sehr rasche Umfrage in den Gruppenbereichen I bis III habe ich eine Bestätigung dieser Aussage nicht erhalten können. Die Gehaltsempfänger, also die zeitverpflichteten Soldaten, die Chargen, die Unteroffiziere und die Offiziere, erhalten anlässlich solcher Einsätze nach der Reisegebührenvorschrift eine Einsatzgebühr, die nach der Vorschrift monatlich im nachhinein ausbezahlt wird. Das ist nach den Meldungen, die eingegangen sind, auch erfolgt. Ich muß Sie daher bitten, wenn

6780

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Bundesminister Dr. Prader**

Sie diese Behauptung aufrechterhalten, mir einen konkreten Fall zu nennen, in dem das nicht geschehen ist. Mir ist ein solcher Fall nicht bekanntgeworden. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Und nun zur Frage der „Donaumarine“. Die Antwort, die Sie hier angeführt haben, Herr Abgeordneter, habe ich Ihnen nicht gegeben. Ich habe nicht gesagt: Von einer Donaumarine ist mir nichts bekannt! Entsprechend Ihrer Fragestellung — ich ersuche Sie, das im stenographischen Protokoll nachzulesen — habe ich erklärt: Die Aufstellung einer „Donaumarine“ ist nicht geplant. Das habe ich gesagt, dazu stehe ich, weil sich ja der Ausdruck „Donaumarine“ als eigene Waffengattung präsentiert, wenn man es eben in dieser Form darstellen will, und weil sie dann auch mit bestimmten, für eine Waffengattung zugeschnittenen operativen Aufgabenstellungen bedacht werden müßte. Deshalb habe ich mich eben bemüßigt gefühlt, bei der Beantwortung der Zusatzfrage die Dinge so darzustellen, wie sie tatsächlich sind. Herr Abgeordneter! Ich habe dieser Antwort nichts hinzuzufügen.

Was nun die Knöpfe-Story anlangt, muß ich sagen, daß mir diese Angelegenheit nicht bekannt ist. Sie ersehen vielleicht daraus die Intensität, mit der ich mich dieser besonderen Frage gewidmet habe. Aber ich habe Ihre Ausführungen nicht ganz verstanden; denn die Soldaten tragen, sofern es sich um Präsenzdiener und um Chargen handelt, nach wie vor gar keine Knöpfe mit dem Bundeswappen, sondern nur die Unteroffiziere und die Offiziere. Wieso daher im Bereich unserer Soldaten, also der Präsenzdiener, diesbezüglich eine Panne entstanden sein sollte, ist mir im Augenblick nicht erklärlich.

Was ist geschehen, um die Mißstände im Zusammenhang mit den Munitionsdiebstählen und so weiter abzustellen? Herr Abgeordneter! Es ist unrichtig, daß nach dem ersten Munitionsdiebstahl nichts geschehen ist; ich habe darüber bereits einmal Auskunft gegeben. Es ist sehr viel geschehen, gerade auch in jenen Bereichen, wo der zweite Diebstahl erfolgt ist. Es sind eine Reihe ergänzender Bauerstellungen erfolgt; es ist der Auftrag von mir ergangen, jede örtliche Situation im besonderen zu überprüfen und mir Vorschläge zu machen, welche speziellen Sicherheitsmaßnahmen in bezug auf die besondere Situation dort getroffen werden können. Im speziellen Fall der Fasangartenkaserne wurde das System der Streifenposten aufgelassen, und es wurde dort ein ständiger Posten stationiert. Trotzdem ist es dann wieder zu einem Diebstahl gekommen, den ich außerordentlich bedauere,

dessen Ursache wir aber leider noch nicht kennen und von dem wir noch nicht wissen, wie er zustandegekommen ist.

Aber sowohl dieser Fall als auch der jüngste Fall sind durch Kontrollen des Bundesheeres aufgedeckt worden. Auch hier hat die Kontrolltätigkeit zur Entdeckung dieser Mißstände geführt. Ich habe auch bezüglich des letzteren ... (*Abg. Weikart: Entdecken sollen Sie es auch nicht? Es ist schon genug, daß gestohlen wurde!*) Ich sage das deswegen, weil hier vielfach eine andere Darstellung gegeben worden ist. Um die Angelegenheit hier in das richtige Licht zu stellen, habe ich mir erlaubt, Herr Abgeordneter Weikart, diese Bemerkung einzustreuen. Aber ich habe auch jetzt wieder Sofortmaßnahmen angeordnet, die ich für geeignet halte, wenigstens nach Maßgabe des Möglichen solche Vorkommnisse abzu-stellen.

Ich darf mich nun den sehr sachlichen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Troll zuwenden und ihm dafür danken. Er hat die ganze Problematik der Luftraumverteidigung und alle Probleme, die damit komplex zusammenhängen, sehr anschaulich dargestellt. Die wenigen parteipolitischen Accessoires, die sicherlich auch zu finden waren, wollen wir angesichts dieses großen positiven Aktivums dem Weihnachtsfrieden opfern, wenn Sie, Herr Abgeordneter, mit dieser Taktik einverstanden sind.

Sie haben sehr, sehr richtig ausgeführt, daß als Entscheidendes bei der Behandlung dieser Fragen zunächst die Entscheidung über die Systemauswahl vorausgehen muß. Herr Abgeordneter, Sie wissen genauso gut wie ich, daß im militärischen Bereich eine Proklamation über verschiedene Dinge in großer Öffentlichkeit aus der Natur der Sache heraus leider nicht möglich ist. Ich darf Ihnen versichern, daß wir völlig Ihrer Auffassung sind und auch danach gehandelt haben. Jetzt schließt sich an diese Systemauswahl die Detailprojektion, dies auch unter Zugrundelegung der Erwägungen, die Sie hier angestellt haben. Sie haben selber erklärt, wie schwierig diese Angelegenheiten sind.

Sie haben gesagt, daß der Bau der Anlage am Kolomansberg — soweit ich das richtig mitbekommen habe — dreimal so lange gedauert hat, als ursprünglich geplant war. Richtig! Man muß sagen, daß Österreich einer völlig neuen Situation gegenübergestanden ist, daß wir da Probleme bewältigen mußten, vor denen wir erstmalig gestanden sind. Selbstverständlich hat es aus allen diesen Gegebenheiten heraus auch Schwierigkeiten gegeben. Man hat natürlich auch viel für die Zukunft gelernt, was uns helfen wird, ähnliche Fehler in der Zukunft zu vermeiden.

**Bundesminister Dr. Prader**

Sie haben richtig bemerkt, daß es sich hier um ein Großsicht-, ein Rundsichtradar handelt, das mit entsprechender Kegelastrahlung arbeitet und daher nicht geeignet ist, Tiefflieger festzustellen.

Sie haben allerdings dann — Herr Abgeordneter, ich bitte zu verzeihen, wenn ich das jetzt einstreue — sicherlich mehr gemußt als gewollt Kritik daran geübt, daß wir den tschechischen MIG-Flieger nicht gesehen haben. Aus Ihren vorherigen Ausführungen geht aber klar hervor, warum wir ihn gar nicht sehen konnten; denn Sie haben ja gesagt, daß es mit dem Tieffliegerradar bei uns noch sehr im argen liegt. Diese Überwachung kann in Friedenszeiten überhaupt nie perfekt durchgeführt werden. Letzten Endes ist die Distanz zwischen Aspern und Preßburg eine solche, die auch der perfektesten Abwehrflotte kein erfolgversprechendes Eingreifen mehr erlaubt hätte. Ich darf in aller Bescheidenheit dazu auch anführen, daß letzten Endes auch die tschechische Abfangjägerei nicht in Aktion getreten ist, als sich seinerzeit unsere Fliegen den Tonnen verirrt haben und dann genauso ungewollt wie jetzt der tschechische MIG-Flieger in Aspern in der Tschechoslowakei gelandet sind. (*Abg. Zeillinger: Aber geriet hat man sie!*) Das wissen Sie, ich weiß es nicht. (*Abg. Zeillinger: In der Zeitung stand es! Lesen Sie Zeitungen!*) Hier verlasse ich mich mehr auf die Feststellungen, die wir erhalten, als auf die Zeitungsnachrichten. Ich kann Ihnen das nicht bestätigen.

Aber es ist ja ein Problem — das hat der Herr Abgeordnete Troll sehr deutlich gesagt —, daß uns die Geländeformation in Österreich besondere Schwierigkeiten macht, gerade bei der Bewältigung einer umfassenden Radarsicht in bezug auf unser Bundesgebiet. Zur Bewältigung dieser Aufgaben sind bei uns ungleich höhere Mittel notwendig, als das in anderen Staaten der Fall ist, die diese Schwierigkeiten nicht kennen. Auch dieses Problem versuchen wir zu bewältigen, selbstverständlich unter größtmöglicher Ausnutzung unserer eigenen österreichischen Kapazität.

Für die Frage der Typenbereinigung gilt das gleiche. Es ist gerade dem Herrn Abgeordneten Troll bekannt, daß auf dem Sektor der Fliegerei in bezug auf die Typenbereinigung bereits alles geschehen ist. Er weiß, wie intensiv wir auf diesem Gebiet weiterarbeiten. Allerdings wird es nie eine Einheitstype geben — das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen —, weil die Aufgabenstellungen höchst verschieden sind. Ein derartiges Allroundgerät, das alle diese Aufgabenstellungen bewältigen könnte, existiert auf der ganzen Welt noch nicht.

Nur bei einer Frage, Herr Abgeordneter, sind wir nicht ganz der gleichen Meinung: Sie meinen, daß bei uns nicht gewisse Ausrüstungsgegenstände angeschafft und gewisse Überlegungen in der Richtung, uns noch mehr für die mögliche Hilfeleistung bei Katastrophen-einsätzen zu perfektionieren, angestellt werden sollten. Ich darf daran erinnern, daß dieses Hohe Haus, als diese Katastrophen hier besprochen wurden, sehr heftig und oft berechtigt Kritik auch daran geübt hat, daß das Bundesheer in manchen Bereichen gewisse Situationen nicht bewältigen konnte, weil eben ein spezielles Gerät zur Bewältigung dieser Aufgabe nicht zur Verfügung stand. Sie wissen, wie dringlich die Appelle waren, möglichst rasch ein solches Gerät anzuschaffen. Danach handeln wir auch. Allerdings bin ich wie Sie, Herr Abgeordneter, der Auffassung, daß das Bundesheer nicht mit Startnummer 1 bei Katastrophen herangezogen werden soll, sondern eben nur dann, wenn alle anderen Hilfsmittel und -einrichtungen, die zur Verfügung stehen, nicht mehr ausreichen, diese Aufgaben zu bewältigen.

Folgendes möchte ich aber doch zurückweisen: Sie meinen, man solle nicht — und ich solle mich da bessern — sofort entscheiden, daß das und jenes gekauft wird, sondern man solle die Probleme zuerst beraten und erst auf Grund von Gutachten und nach gründlichen Überlegungen entscheiden. Letzteres geschieht und ist immer geschehen. Es wird bei jeder Anschaffung eine gründliche, oft wird mir vorgeworfen, sogar eine zu gründliche Untersuchung und Beratung ange stellt, um zu einem richtigen Entschluß zu kommen. Daß es trotz aller Intensität, trotz aller Bemühungen auch bei solchen Beratungen über die Anschaffung einzelner Geräte immer zu verschiedenen Meinungen kommt und nie eine völlig einheitliche Meinung zustande gebracht werden kann, liegt in der Natur der Sache. Das hängt dann vom Ausgangspunkt ab, von dem aus man diese Frage bewertet und betrachtet.

Die Angelegenheit mit dem von Ihnen genannten Geschwaderkommandanten, Herr Abgeordneter, ist mir nicht bekannt. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir darüber Informationen zur Verfügung stellen könnten.

Nun darf ich der Beantwortung einzelner Fragen vielleicht noch einige grundsätzliche Bemerkungen anschließen. Meine Damen und Herren! Die Welt ist nicht ruhiger geworden, die Menschheit hat noch immer nicht das Krebsübel Krieg überwinden können und bewältigt. Immer wieder gibt es neue akute Konfliktsituationen,brisante Spannungsfelder und latente Krisen.

6782

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Bundesminister Dr. Prader**

Dem neutralen Österreich kommt angesichts dieser Gegebenheiten eine besondere Bedeutung zu. All unser Bemühen — das möchte ich mit Betonung sagen — muß darauf gerichtet sein, an unserem Platz im Herzen Europas ein ruhender Pol, ein Stabilisierungsfaktor zu bleiben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Damit dienen wir am besten allen ehrlichen Friedensbemühungen, die nie erlahmen dürfen und wozu wir weiterhin nach unseren Möglichkeiten auch im internationalen Bereich unseren aktiven Beitrag leisten wollen.

Zur erfolgreichen Durchführung dieser Politik ist eine ernste und wirksame Verteidigungsbereitschaft für unser eigenes Vaterland eine wesenhafte Voraussetzung.

In dieser virulenten Zeit haben wir für das Schutzbedürfnis unseres eigenen Volkes in gleicher Weise gewissenhaft vorzusorgen wie für das Vertrauen anderer Staaten in die Korrektheit unserer Neutralitätspolitik und in unseren Verteidigungswillen.

In schwierigen Zeiten wird auch uns nichts geschenkt werden. Es gehört zu den Hauptaufgaben unserer Verteidigungspolitik, mitzuhalten, daß unserem Staat in Spannungssituationen die Eigenentscheidungsfähigkeit erhalten bleibt. Gerade in solchen Zeiten hat sich unsere Neutralitätspolitik zu bewähren.

Dieser wichtigen Aufgabe unserem Volk und seiner Staatsführung gegenüber fühlt sich das Bundesheer vor allem verpflichtet. Ich bin daher dankbar, daß in der öffentlichen Diskussion der Verteidigungspolitik immer größere Beachtung geschenkt und größere Bedeutung zugemessen wird.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Seien Sie versichert, daß wir alle Anstrengungen unternehmen, uns immer besser auf die dem Bundesheer gestellten Aufgaben vorzubereiten. Wie in anderen Bereichen bleiben auch uns gelegentlich Pannen und Schicksalsschläge nicht erspart. Sie müssen stets ein Ansporn sein, Fehlerquellen auszumerzen. Ich darf aber auch gleich feststellen, daß das Bundesheer bisher alle ihm von der staatlichen Obrigkeit gestellten Aufgaben gemeistert hat. Wir werden auch aus der gegenwärtigen Situation unsere Schlüsse ziehen.

Unsere Wehrpolitik muß Phantastereien von den wirklichen Gegebenheiten unterscheiden, die Möglichkeiten immer stärker herausschälen, die zu meistern wir imstande sind, und unsere Konzeption danach ausrichten. Vor allem werde ich den schon jetzt sich erfolgreich abzeichnenden Weg weitergehen, das im Lande vorhandene Potential möglichst wirksam und für alle Teile fruchtbringend in unsere Verteidigungskonzeption immer stärker einzubinden.

Weitere entscheidende Rationalisierungsmaßnahmen in materieller und personeller Beziehung werden bereits in nächster Zeit durchgeführt werden; sie werden uns dann in anderen Bereichen mehr Bewegungsmöglichkeit als bisher geben.

Die aktive Truppenorganisation wird gestrafft und der Ausbau und die Kampfkraft der Mob-Streitkräfte verbessert werden.

Unsere Ausrüstungskonzepte werden konsequent weitergeführt. Sie haben sich als richtig und als wirkungsvoll erwiesen. Der Schwerpunkt liegt in jenen Bereichen, in denen wir besonders wirkungsvoll sein können, und das mit den geringsten Mitteln.

Auch besonders große und schwierige Probleme, wie vor allem die Verbesserung der Luftraumverteidigung, werden wir zielstrebig angehen. Diesbezüglich werden wir nach Abschluß der Detailplanungen dem Hohen Haus unsere Konzeption vorlegen.

Der erste Teil des Landesverteidigungsplanes liegt bereits beim Landesverteidigungsrat. Ich darf die Hoffnung ausdrücken, daß es gelingen wird, ihn im Einvernehmen möglichst bald an die Regierung weiterzuleiten. Diesem ersten Teil werden nach dem Prinzip des Baukastensystems sukzessive weitere Teile folgen, um so zu einem möglichst umfassenden Gebilde zu kommen. So werden wir, meine Damen und Herren, wie im vergangenen Jahr auch im kommenden hart und konsequent weiterarbeiten.

Ich darf diesen Anlaß aber auch benutzen, um allen Angehörigen meines Ressorts, allen Soldaten und auch allen Angehörigen, die im Zivilkleid Dienst machen, meinen Dank für ihren Einsatz im vergangenen Jahr, der oft weit über das zumutbare Ausmaß hinausgegangen ist, zum Ausdruck zu bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie, meine Damen und Herren, bitte ich, den Anliegen der Landesverteidigung weiterhin Ihr besonderes Interesse zu leihen und uns bei der Erfüllung unserer Aufgaben zu unterstützen. Ich bin davon überzeugt, daß wir im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten auch die Chance haben, eine echte Effektivität zu erreichen und das uns gestellte Ziel in der Aufgabenstellung, in der wir es sehen, auch tatsächlich zu bewältigen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es scheint sich ein neuer Stil im Hause anzukündigen: die Zwischenreden der Herren

**Dr. Scrinzi**

Minister. (*Abg. Zeillinger: Daß es länger dauert!*) Ich weiß nicht, wie man sie deuten soll. (*Abg. Eberhard: Damit er schon morgen in der Presse aufscheint!*) Sind das die Schatten der Regierungsumbildung, die da vorausfallen? Da werden also großartige Reden gehalten, in denen Bekenntnisse zu päpstlichen Enzykliken abgelegt werden. Dann hören wir Reden, wo Deklarationen zur österreichischen Neutralitätspolitik abgegeben werden, als ob wir solche Erklärungen notwendig hätten. Ich bestreite nicht dieses Recht. Ich stelle nur fest, daß es ein Novum in diesem Haus darstellt und daß Sie damit rechnen müssen, daß wir als Opposition darauf entsprechend reagieren werden. (*Abg. Dr. Gorbach: Das haben Sie ja bisher getan! — Abg. Zeillinger: Nein, Herr Kanzler!*)

Das haben wir bisher nicht getan, weil es sich um einen neuen Brauch von Ihrer Seite handelt. Wir hätten Verständnis dafür, daß sich ein Minister im Zuge einer langen Debatte zu einer tatsächlichen Berichtigung einmal zum Wort meldet, um vielleicht aufzuklären und den weiteren Fortgang der Debatte in einer bestimmten Weise zu beeinflussen. Aber daß jetzt mitten in einer Verteidigungsdebatte Deklarationen erfolgen über das, was man alles tun will ... (*Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege! Das verstehe ich wirklich nicht! Beide Parteien haben sich gegen das Schlußwort des Ministers gewendet! Jetzt hält der Minister kein Schlußwort, und es ist Ihnen auch nicht recht!*) — *Abg. Weikhart: Aber die Zwischenrede war für die Zeitung!* — *Abg. Zeillinger: Das ist schließlich unser Redner! Daß wir beim Rundfunk hinausfliegen, das sind eure Methoden!*) Herr Generalsekretär Withalm, es stimmt nicht, daß wir uns gegen das Schlußwort des Herrn Ministers wenden, das ihm selbstverständlich ...

**Präsident Wallner:** Ich bitte Sie, sich als Redner hier vom Pult aus auszusprechen und nicht als Zwischenrufer. (*Abg. Dr. Withalm: Die sozialistische Opposition hat immer gesagt, es gibt kein Schlußwort des Ministers, und hat sich nachher zum Wort gemeldet! Jetzt wollten wir Ihnen entgegenkommen und haben genau das Gegenteil erreicht!*) — *Abg. Weikhart: Das war für die Zeitung!*)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (fortsetzend): Das Schlußwort, Herr Generalsekretär, hat ja der Berichterstatter und nicht der Minister. Etwas anderes wäre eine Neueinführung hier. Ich sage nur, ein bisher üblicher Brauch ist verlassen worden; Sie haben damit zu rechnen, daß wir von unserem Recht der Wortmeldung nach jeder derartigen Zwischenrede des Ministers Gebrauch machen werden, und zwar in einer Form, die Ihnen nicht sehr angenehm

sein wird. (*Abg. Dr. Withalm: Es gibt keinen bisher üblichen Brauch, fragen Sie die Sozialisten! Die haben gesagt, es ist kein Brauch, daß der Minister das Schlußwort spricht!*) — *Abg. Czettel: Es gibt kein Schlußwort des Ministers!* — *Abg. Dr. Withalm: Wir wollten Ihnen entgegenkommen und erreichen genau das Gegenteil!*)

Herr Generalsekretär! Das Entgegenkommen nehmen wir Ihnen schnell ab, das glauben Sie wohl selber nicht. Ich glaube, daß eher der Blick auf die Presseloge und Überlegungen in bezug auf den Rundfunk solche abendländische Zwischenreden provozieren. Es genügt noch nicht, daß Sie durch Anwendung eines öffentlichkeits- und pressefeindlichen Proporztes versuchen, die Berichterstattung im Hohen Haus auf die Mühlen der Regierungspartei zu lenken. Sie versuchen auch noch durch solche Tricks, die Möglichkeit der Opposition, an die Öffentlichkeit zu kommen, weiter einzuziehen. Nichts anderes ist hinter diesem sogenannten Entgegenkommen zu sehen.

Wenn ein Minister das sogenannte Schlußwort, von dem die Geschäftsordnung nirgends spricht — es ist nur die Rede davon, daß sich ein Minister jederzeit im Verlauf einer Debatte zum Wort melden kann —, das ihm bisher eingeräumt wurde, dazu benutzt, um von der Ministerbank aus zu polemisieren, dann hat er selbstverständlich zu gewärtigen, daß wir nicht die Hände in die Hosentaschen stecken werden und mit gesenktem Kopf nach Hause gehen (*Abg. Dr. Withalm: Das haben wir auch gar nicht erwartet!*), sondern daß wir uns wieder zu Wort melden und auf den Herrn Minister replizieren werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Herr Verteidigungsminister war wiederum nahe an der Polemik in der Art, wie er von der Ministerbank aus geredet hat. Es steht ihm nämlich nicht zu, einem Abgeordneten des Hauses etwas zu insinuieren, von dem er vielleicht glaubt, daß es so sei. Aber es gehört nicht zu den Gepflogenheiten, daß der Minister von der Ministerbank einem Abgeordneten etwas unterstellt und sagt: Ich weiß wohl, Sie hätten gerne gehört, daß ... Das ist nicht mit den Gepflogenheiten ... (*Abg. Dr. Withalm: Da gehört nicht viel Erfindungsgabe dazu, Herr Kollege Scrinzi! Es ist klar, daß er weiß, was Sie gerne hören wollen!*) Ob Erfindungsgabe oder nicht, dann haben Sie ja Abgeordnete hier im Hause oder Minister, die Abgeordnete sind, und die sollen dann von hier aus polemisieren. Wir werden uns von der Ministerbank aus solche Dinge nicht bieten lassen, wir werden immer heftig darauf reagieren.

6784

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Präsident Wallner:** Ich bitte, diese Feststellung dem amtierenden Präsidenten zu überlassen. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (*fortsetzend*): Das ist ja Ihr Recht, Herr Präsident.

**Präsident Wallner:** Es steht nirgends in der Geschäftsordnung, wie weit ein Minister in seiner Ansprache gehen darf.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (*fortsetzend*): Es steht auch nirgends in der Geschäftsordnung, daß ich mich hier nicht zur Wehr setzen darf, wenn ich glaube, daß der Herr Minister seine Kompetenzen auf der Regierungsbank überschritten hat. Es steht Ihnen zu, Herr Präsident, eine Meinung dazu zu haben. Aber meine eigene Meinung lasse ich mir von Ihnen nicht beschneiden. Nehmen Sie das zur Kenntnis, Herr Präsident! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Bisher war es nicht üblich, daß von der Ministerbank aus gegen Abgeordnete polemisiert wurde. Wir haben die Meinung gehabt, daß der Herr Minister gegen uns polemisiert hat, und zwar gegen den Herrn Abgeordneten Zeillinger, und dagegen werden wir uns zur Wehr setzen, das werden Sie nicht verhindern. (*Zwischenrufe.*)

**Präsident Wallner:** Ich bitte, den Redner nicht weiter zu stören.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (*fortsetzend*): Der Herr Minister — ich versuche, das wörtlich zu wiederholen — hat von der Ministerbank aus gesagt: Eines werde ich nicht zugeben, was Sie gerne hören würden, daß wir mit unserer Verteidigungspolitik am Ende sind.

Das ist jene Art der Auseinandersetzung von der Ministerbank aus, die ich als unsachlich empfinde und wo ich glaube, daß die Grenzen der Spielregeln, die wir wahren sollten, überschritten sind. Das wollte ich zu der Zwischenrede des Herrn Ministers noch konkret anmerken.

Abgesehen davon, daß ich Sie, Herr Minister, durchaus beruhigen möchte: Es ist nicht unser Ehrgeiz, festzustellen, daß die Verteidigungspolitik Österreichs am Ende ist. Das ist ja letzten Endes die Zumutung einer staatsfeindlichen, einer subversiven Haltung und Einstellung, die wir ganz energisch zurückweisen müssen.

Im Gegenteil. Es ließe sich aus zahlreichen Debattenbeiträgen der freiheitlichen Abgeordneten unter Beweis stellen, daß wir einer wirksamen Landesverteidigung immer das Wort geredet haben. Wir melden uns ja auch heute nicht zum Wort, um etwa zu fordern, das vorliegende Verteidigungsbudget müßte gekürzt werden, sondern wir empfinden es als unzureichend. Es ist deshalb absurd, anzu-

nehmen, wir warteten mit Schadenfreude auf einen Zusammenbruch der österreichischen Landesverteidigung.

Ganz im Gegenteil. Wir stellen heute mit Bedauern fest, daß dieses Hohe Haus bisher überhaupt noch nicht mit einem Landesverteidigungsplan, insbesondere mit einem umfassenden Landesverteidigungsplan, befaßt wurde. Wir hielten das für notwendiger, für viel notwendiger als Auseinandersetzungen über die Eignung dieses oder jenes Panzers oder einer Flugzeugtype, die sicher auch unter Umständen erforderlich ist, aber sich doch immer nur auf einige Fachleute beschränken kann. Wir hielten es für sehr viel wichtiger und bedeutsamer, einmal im Rahmen einer Landesverteidigungsdebatte zu versuchen, dem Hohen Haus und der österreichischen Öffentlichkeit die strategische oder militärpolitische Lage, in der sich Österreich befindet, mit aller Offenheit, ohne jede Schönfärberei, ohne jeden Illusionismus darzustellen.

Erkenntnisse, die wir an Hand des israelisch-arabischen Konfliktes gewinnen können, sind im strategisch-taktischen Raum für die zuständigen Fachleute sicher außerordentlich interessant. Aber für die gesamte Verteidigungssituation Österreichs können wir aus dem israelisch-arabischen Konflikt natürlich nicht sehr viel lernen, denn unsere Lage ist mit der im Nahen Osten überhaupt nicht vergleichbar. Es ist schon fraglich, ob wir die Lage des neutralen Österreich mit jener der Schweiz vergleichen können. Die Lage der Schweiz, die mit Ausnahme ihrer Ostgrenze, wo sie an das neutrale Österreich grenzt, von NATO-Staaten begrenzt wird, ist selbstverständlich eine ganz andere als unsere, die wir eine fast 2000 km lange Landesgrenze haben, die, wenn ich wiederum die Schweizer Grenze ausklammere, an NATO-Partner, an Angehörige des Warschauer Paktes, an Blockfreie grenzt und die natürlich auch in der gesamtstrategischen Lage eines sich möglicherweise in Europa oder Mitteleuropa ergebenden Konfliktes eine völlig andere Wertigkeit hat als die der Schweiz.

Wir können unsere Lage auch kaum mit der des ebenfalls neutralen Schweden vergleichen, weil auch dort ganz andere Voraussetzungen herrschen.

Woran wir Freiheitlichen wirklich interessiert wären, das wäre, doch jenes Unbehagen, jene Verlegenheit zu beheben und zu beseitigen, die überall dort eintritt, wo man in der österreichischen Öffentlichkeit, und besonders in jenen Teilen der österreichischen Öffentlichkeit, die einen lebhaften Anteil am politischen Geschehen nimmt, stößt, ein Unbehagen und eine Verlegenheit, die von teils utopischen,

**Dr. Scrinzi**

teils unrealistischen, teils aber auch nur von sehr engherzigen Wunschvorstellungen beeinflußt scheint.

Es lebt im Österreicher — und das habe ich schon aus Anlaß der außenpolitischen Debatte gesagt — sehr stark das Gefühl, daß die Neutralität an sich einen Schutz darstelle. Das ist natürlich ein Irrglaube. Die Chancen des Konfliktfreiblebens oder von Konflikten Unberührtbleibens durch unsere Neutralität sind im Vergleich zu der Wahrscheinlichkeit, daß wir, ob wir es wollen oder nicht, allenfalls in einen solchen europäischen Konflikt hineingezogen werden, leider verschwindend klein. Aufgabe einer wirksamen Verteidigungspolitik kann es nur sein, diese Chancen zu vergrößern, natürlich im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Wenn Israel herangezogen wurde, wäre an erster Stelle ein Faktor zu nennen gewesen, der beweist, daß es auch für einen kleinen Staat durchaus erfolgreich und sinnvoll ist, sich zu bewaffnen und zu verteidigen, nämlich daß das Bewußtsein dieses Umstandes offensichtlich im Staat Israel außerordentlich lebendig und gegenwärtig ist. Das ist mit eines der entscheidendsten Dinge, die wir dort wahrscheinlich hätten lernen können.

Alles andere ist nur bedingt brauchbar. Denn daß Israel einen Präventivkrieg geführt hat, das ist inzwischen, glaube ich, von militär-politischer Seite wohl geklärt worden, wobei wir uns in die Frage, ob berechtigt oder unberechtigt, gar nicht einmengen wollen. Das ist eine Angelegenheit, die die beteiligten Staaten angeht.

Es ist aber auch noch etwas anderes zu lernen. Dieses Land war bereit, große Opfer zur Erhaltung seiner Verteidigungsbereitschaft zu erbringen. Das beginnt schon bei der wesentlich längeren Pflichtdienstzeit, die dort gilt. Das beginnt selbstverständlich auch bei dem wesentlich größeren Anteil des Sozial- und Nationalproduktes, der dort für die Landesverteidigung aufgewendet wird.

Von einer ganzen Reihe anderer Dinge sehe ich ab: daß es sich natürlich um einen Gegner der Israelis handelt, der mit dem potentiellen Gegner, dem wir allenfalls in Europa gegenüberstehen könnten, gar nicht verglichen werden kann.

Aus der neutralistischen Haltung Österreichs lassen sich zwei Auffassungen herauskristallisieren. Eine ist ja, glaube ich, vom Abgeordneten Regensburger mit dem Thirring-Plan angedeutet worden, es ist nämlich jene Haltung, die glaubt, ein neutraler Staat könne überhaupt auf Verteidigung verzichten und könne den Schutz seiner Neutralität einer imaginären UNO-Truppe oder allenfalls den Garantimächten anvertrauen. Nun, darüber

brauchen wir uns, glaube ich, nicht zu unterhalten, selbst wenn ich ausklammere, daß wir ja durch den Staatsvertrag an sich verpflichtet sind, in zumutbarem Rahmen Verteidigungsstreitkräfte zu halten.

Die zweite Auffassung ist jene, die sagt, jede an den österreichischen Möglichkeiten gemessene Verteidigung sei von vornherein sinnlos und zwecklos, weil ein wirkliches Verteidigungsziel bei der besonderen Lage Österreichs überhaupt nicht erreicht werden kann.

Was wir sehr viel mehr begrüßen würden als Debatten über Detailfragen der Bewaffnung, die sehr viel Platz im Verteidigungsausschuß und allenfalls im Landesverteidigungsrat haben und die wir getrost unseren ausgezeichneten Generalstäbfern, unseren Offizieren, mit einem Wort unseren Streitkräften überlassen wollen, das ist die Frage und die Aufklärung darüber: Welchen Umfang, welche Möglichkeiten hat dann überhaupt eine Landesverteidigung? Hat es, abgesehen von der rein vertraglichen Verpflichtung, mit der man natürlich im emotionalen Bereich der österreichischen Öffentlichkeit nicht sehr erfolgreich agieren kann, Sinn, Opfer für eine Landesverteidigung zu bringen?

Und wenn man diese Frage eindeutig bejahen kann, dann ist die zweite Frage ja nur: Welche Opfer können gebracht werden, welche Opfer können wir der österreichischen Bevölkerung zumuten, sowohl allen jenen, die auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht unter die Waffen gerufen werden, als auch allen jenen, die als Steuerträger letzten Endes die Mittel für die Landesverteidigung bereitstellen müssen?

Wir Freiheitlichen sind ganz im Gegensatz zur Auffassung des Herrn Ministers, die er wenigstens früher geäußert hat, der Meinung, daß eine wirksame Landesverteidigung ausgesprochen sinnvoll ist, daß sie notwenig ist und daß sie natürlich ihre begrenzten Ziele und Möglichkeiten von allem Anfang an ins Auge fassen muß. Wir wissen heute — da war die Landesverteidigungsdebatte der schweizerischen Bundesversammlung vom Juni vergangenen Jahres sehr aufschlußreich —, daß auch eine begrenzte Landesverteidigung eines nicht atomar gerüsteten Kleinstaates in der Lage ist, die Überlebenschancen eines solchen Staates zu gewährleisten oder zumindest wesentlich zu verbessern.

Wir wissen aber auch — und auch das muß man der Öffentlichkeit mehr als bisher im Rahmen der Geistigen Landesverteidigung zum Bewußtsein bringen —, daß die Wahrscheinlichkeit der Neutralitätsverletzung in direkten Zusammenhang zur geistigen Ver-

6786

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Dr. Scrinzi**

teidigungsbereitschaft, aber auch zur materiellen Verteidigungsmöglichkeit steht. Das dem Präsenzdienner bei jeder Gelegenheit klarzumachen, wäre sehr viel besser, als ihm Schallplatten mit allgemeinen Deklarationen mitzugeben. Es wäre am Tag der Fahne sehr viel besser, wo es letzten Endes um das neutrale, unabhängige Österreich geht, ihm klarzumachen, daß er seinen Präsenzdienst leistet, um dieses Überleben und Bestehen Österreichs zu garantieren, statt ihm Belehrungen über das Wesen und die Idee der österreichischen Nation und ähnliche Dinge zu vermitteln oder doch sehr stark mit politischen Ressentiments belastete Rückgriffe in die österreichische Geschichte der letzten 30, 40 Jahre zu tun.

Woran wir leiden, ist, daß auch hier die Volksvertretung noch gar nicht weiß, wie denn eigentlich der Verteidigungsauftrag, den unsere Streitkräfte haben, den das Bundesheer hat, lautet. Ich bestreite nicht, ich bin kein Mitglied des Landesverteidigungsausschusses oder des Verteidigungsrates, ich bin im Gegenteil überzeugt, daß selbstverständlich die militärische Führung eine ganze Reihe von militärischen Plänen entwickelt hat und für eine ganze Reihe von Annahmen generalstabsmäßige Vorbereitungen getroffen hat, aber es wäre doch wesentlich, daß man uns allen einmal die wirkliche Lage, in der sich Österreich befindet, klarmacht. Erinnern wir wiederum an das, was wir hier schon wiederholt getan haben, an die Anlage der Manöver der Warschauer-Pakt-Staaten. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß im Falle eines Konfliktes Österreich ein strategisch außerdentlich bedeutsames Durchzugsgebiet sowohl für einen möglichen Gegner aus dem Osten wie aus dem Westen ist, wobei wir ruhig unterstellen können, daß in beiden Fällen nicht wir die unmittelbaren Gegner sind, sondern daß wir natürlich das neutrale Drittland sind, dessen Neutralität selbstverständlich nach mehrtausendjähriger geschichtlicher Erfahrung im Ernstfalle dem eigenen Überleben, dem eigenen strategischen oder militärischen Erfolg rücksichtslos geopfert werden würde.

Die Chancen, daß so etwas nicht eintritt, für uns zu verbessern, ist eines der ersten Ziele, die wir in der Landesverteidigung anstreben müssen, für welches wir auch die innere Zustimmung nicht nur der Präsenzdienner, sondern der ganzen österreichischen Öffentlichkeit gewinnen sollten. Aber diese erste Hürde ist weder von den vorangegangenen Bundesregierungen noch von der jetzigen — mindestens bisher — genommen worden. Ich nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, was ich heute aus dem Munde des Herrn Ministers gehört habe, daß nun wenigstens der erste

Teil des Landesverteidigungsplanes dem Landesverteidigungsamt zugeleitet worden sein soll.

Man kann nicht einwenden, solche Dinge könne man im Haus hier nicht diskutieren. Im Gegenteil! Alles, was hier überhaupt in Frage steht, kann nicht nur, sondern muß in der österreichischen Öffentlichkeit diskutiert werden. Ich verweise diesbezüglich auf das Beispiel Schwedens, wo besonders nach dem zweiten Weltkrieg alle Probleme der Landesverteidigung zum Teil sehr umfangreich im dortigen Parlament diskutiert wurden; nicht zuletzt haben diese Diskussionen dazu beigetragen, daß die Verteidigungsbereitschaft, die innere Wehrbereitschaft dieses neutralen skandinavischen Landes durchaus von der Überzeugung der Bevölkerungsmehrheit mitgetragen wird.

Wir haben einen Ministerratsbeschuß vom 20. Juli 1962 über einen Landesverteidigungsplan. Wir wissen, daß die Hürde der Koalition nie genommen werden konnte. Wir haben 1964 die Zusage für einen Bericht der Bundesregierung über den umfassenden Landesverteidigungsplan. Und wir hören, daß nunmehr, sechs Jahre später, anscheinend wenigstens ein erster Teil des Landesverteidigungsplanes entwickelt und entworfen ist. Natürlich ist es so, daß wir uns bei der Landesverteidigung nach den Möglichkeiten, die wir wirtschaftlich haben werden, strecken müssen. Das heißt, daß unsere militärische Führung natürlich versuchen muß, im Rahmen jener Mittel, die ihr das Hohe Haus bei der Prüfung aller Möglichkeiten zur Verfügung stellt, möglichst zweckmäßig und erfolgreich einzusetzen. Aber letzten Endes muß diesem Einsatz eine politische Entscheidung vorausgehen, und diese politische Entscheidung kann nur im Haus hier getroffen werden.

In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant, die unterschiedlichen Auffassungen zur militärpolitischen Lage Österreichs und der Schweiz etwa zu studieren. Ich muß darauf hinweisen, daß die Schweiz zum Beispiel ihrer umfassenden Landesverteidigung ein in wesentlichen Dingen anderes politisches Konzept zugrunde legt. Ich weiß nicht, ob unsere Experten, sowohl die militärischen wie die politischen, die Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten eines Krieges mit Massenvernichtungsmitteln, also mit atomaren, mit chemischen und mit biologischen, ganz anders, nämlich als unwahrscheinlich, kalkulieren als die Schweiz. Diese hat ein solches Kalkül sehr wohl angestellt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Massenvernichtungsmitteln und mit unvermeidbaren Auswirkungen auf die

**Dr. Scrinzi**

neutrale Schweiz — denn die Atomwolken, die radioaktiven Strahlungen eines Atom-einsatzes machen selbstverständlich vor einer neutralen Grenze nicht halt, das brauche ich ja nicht zu erwähnen — dann in der Verteidigungsfrage sehr weitgehende strategische, sagen wir, Verteidigungspolitische Konsequenzen hat, Konsequenzen, denen wir bisher vielleicht mit Rücksicht auf die Kostenfrage und vielleicht aus Erwägungen bestimmter Militärkreise nicht nähergetreten sind. Wenn wir etwa den Ausbau der Zivilverteidigung, wie ihn die Schweiz in den letzten Jahren forciert vorgenommen hat, in Österreich gleichfalls durchführen, daß dann die notwendige militärische Ausrüstung und Fortentwicklung der eigentlichen Streitkräfte gefährdet sein könnte, ist eine Überlegung, die durchaus im rein militärischen Raum ihre Berechtigung hat; aber die Entscheidung darüber, nach welchem grundsätzlichen Konzept, nach welcher grundsätzlichen militärischen Prognose hier vorgegangen werden soll, das sollte doch in die Verantwortlichkeit des Hohen Hauses hier gelegt werden.

Ich bin überzeugt, daß bei allen zuständigen Stellen die sehr aufschlußreiche Debatte der Bundesversammlung der Schweiz vom 6. Juni 1966 doch zu Überlegungen Anlaß geben müßte und auch dazu führen sollte, daß auch hier im Haus einmal das seit sechs Jahren versprochene umfassende Konzept einer Landesverteidigung vorgelegt wird.

Die Frage der laufenden Anpassung an ein solches Konzept, die Notwendigkeit, ein solches Konzept zu erweitern und abzuändern, ist selbstverständlich unbestritten, da sich ja auch die Dinge in diesem Raum ständig verändern, woraus sich selbstverständlich ergibt, daß wir die Konsequenzen auf allen Sektoren der Landesverteidigung ziehen müssen. Aber die grobe Vernachlässigung des wirksamen Zivilschutzes muß doch als ein Mangel in unserem Verteidigungskonzept bezeichnet werden, der unter Umständen von verheerenden Folgen für ganz Österreich sein könnte.

Es gibt zwar einen Beschuß der Bundesregierung vom 11. Mai des Jahres 1965, wo sich die Bundesregierung offensichtlich mit den Bedrohungsmöglichkeiten, wie die Formulierung, glaube ich, geheißen hat, befaßt hat, die uns von dieser Seite her drohen können. Aber das allein scheint doch eine Lebensfrage ganz Österreichs zu sein, die nicht nur im Schoße einer Regierung diskutiert werden kann; denn letzten Endes werden natürlich nicht jene Bedrohungen auftreten, die irgendwer festgestellt hat, sondern es werden diese Dinge — wir alle wollen es

nicht wünschen — eines Tages auf uns zu kommen, und wir müssen auf sie eingestellt sein, abwehr- und verteidigungsbereit sein, auch wenn das nicht zu jenen Möglichkeiten gehört, die man etwa in einem Regierungsbeschuß angenommen hat.

Ich glaube noch einmal hier betonen zu müssen, daß es höchste Zeit ist, daß das umfassende Landesverteidigungskonzept unter Einschluß des Zivilschutzes ins Haus kommt, und ich würde mich als Abgeordneter nicht trauen, hier zu sagen, die Möglichkeit der atomaren Bedrohung, der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen könne aus einem österreichischen umfassenden Landesverteidigungskonzept ausgeklammert werden.

Ich möchte diesen Teil meiner Ausführungen dahin gehend zusammenfassen, daß es nicht angeht, daß die politische Entscheidung und Verantwortung über dieses Grundkonzept außerhalb dieses Hauses liegt und die Entscheidungen außerhalb der Volksvertretung getroffen werden können, und daß es natürlich nicht angeht, einer Landesverteidigung nur zu sagen: Das sind die budgetären Mittel, deren prozentmäßigen Anteil am allgemeinen Budget der jeweilige Verteidigungsminister oder die Regierungspartei, unter Umständen wäre es diesmal die Opposition, verteidigt, ja deren Erhöhung wir wünschen, und wenn die Sache schiefgeht, dann sind eben die Herren Generale und Generalstäbler dafür verantwortlich, sondern wir müssen uns auch von diesen Fachleuten hier im Hause die wirkliche Lage Österreichs klarmachen lassen und dann eigenverantwortlich entscheiden, was wir für die Landesverteidigung bereitzustellen willens und fähig sind, und nicht umgekehrt.

Ich halte diese notwendige Debatte für den wichtigsten Akt im Zuge der Aktivierung der Geistigen Landesverteidigung. Dem Österreicher muß klargemacht werden, daß wir uns keineswegs in einer gesicherten Lage befinden und daß die Frage, was wir für unsere Verteidigung aufwenden, die Frage des Überlebens für jeden einzelnen von uns morgen oder übermorgen werden kann.

Von diesem Standpunkt aus haben wir auch die Umorganisation, die im österreichischen Bundesheer vor einigen Jahren vorgenommen wurde, nicht begrüßen können, weil natürlich diese Umorganisation von einem bestimmten Konzept ausgegangen ist, weil sie dieses Konzept zur Voraussetzung hat und weil es natürlich zutrifft, was der Herr Minister früher gesagt hat, daß eine solche Umstellung Jahre braucht, bis sie durchgeführt ist, daß eine solche Umstellung große finanzielle Mittel erfordert und daß man dann selbstverständ-

6788

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Dr. Scrinzi**

lich ein solchermaßen umorganisiertes Verteidigungsheer nicht wiederum in zwei, drei Jahren neuerlich umkrepeln kann, wenn wir zur Auffassung kommen sollten, daß im Rahmen eines umfassenden Landesverteidigungsplanes dem österreichischen Heer eine andere Aufgabe zugewiesen werden muß, als sie offensichtlich angenommen wurde, als wir die Teilung in die Einsatz- und Ausbildungseinheiten vorgenommen haben.

Wenn früher gesagt worden ist, es geschehe nun alles, daß diese achteinhalb Monate, die zur Ausbildung zur Verfügung stehen, wirklich genutzt werden, möchte ich das zumindest in diesem Umfang bezweifeln, da wir zahlreiche Beschwerden aus verschiedenen Garnisonen haben, daß das keineswegs der Fall ist. Ich möchte hier nicht die Vorgänge, die sich in Kärnten heuer abgespielt haben und die ja zu disziplinären Maßnahmen gegen einen höchsten Offizier geführt haben, neuerlich aufwärmen. Aber immerhin war das Anlaß, daß sich eine Reihe von Präsenzdienern oder solchen, die ihre Präsenzdienstzeit schon hinter sich hatten, gemeldet haben und sagten: Das ist gar nichts Ungewöhnliches gewesen.

So ist zum Beispiel ein im Raum Villach eingesetzter Präsenzdienner — er hatte seine Dienstzeit schon hinter sich — zu mir gekommen und hat gesagt — ich bin auch jederzeit bereit, dem Herrn Minister den Betreffenden zu nennen —: Ich habe während meiner ganzen Dienstzeit bei meiner Einheit nach der, ich weiß nicht mehr genau, wie viele Wochen umfassenden Grundausbildung damit zugebracht, daß ich für eine Reihe von Fremdenverkehrs- und Hotelbetrieben mit Militärfahrzeugen Spirituosen geliefert habe. Ein Fall.

Ein anderer Fall: Er hat seine Ausbildungszeit beim Bau der Garnisonkirche in Klagenfurt-Lendorf verbracht. Ich habe gar nichts gegen die Errichtung dieser Garnisonkirche. Selbstverständlich soll jedem Soldaten die Möglichkeit geboten werden, seiner religiösen Betätigung auch im Rahmen einer garnisons-eigenen Kirche nachzukommen. Ich habe aber kein Verständnis dafür, wenn es drei Tage Sonderurlaub gibt, wenn man dort zehn Bausteine für den Kirchenbau verkauft.

Das sind Dinge, die nicht geeignet sind, die Verteidigungsbereitschaft zu steigern, und die zweifellos darin, daß es mit der Ausnutzung der Ausbildungszeit bis ans äußerste — überall zumindest — nicht wirklich ernst ist. Ich stelle fest, daß ein aktiver Unteroffizier und Ausbildner während des Kirchenbaues als Polier zu diesem Kirchenbau abkommandiert war.

Es ist unangenehm, diese Dinge zu erörtern, weil man sehr rasch in den Geruch kommt, ein Kulturmäpfer zu sein. Das bin ich nicht, und ich möchte das wirklich hier damit unter Beweis stellen, daß ich sage: Ich selber habe einige Bausteine für diese Garnisonkirche selbstverständlich gestiftet. (*Abg. Hartl: Aber keinen Urlaub gekriegt!*) Ich brauche keinen Urlaub, und ich wehre mich trotzdem dagegen, daß die Dinge so gehandhabt werden, wie es dort geschehen ist.

Solche und ähnliche Beschwerden werden immer wieder laut, und das führt zum Teil zu einer gewissen Depression bei der präsenzdienstpflchtigen Jugend. Manche dieser Präsenzdienner werden aus ihren Ausbildungen herausgerissen, werden aus ihrer Berufstätigkeit herausgerissen, müssen selbstverständlich Opfer auf sich nehmen und werden dann für solche ausbildungsfremde Zwecke eingesetzt.

Dazu kommen noch jene Dinge — auch in Kärnten geschehen —, daß nicht-militärigene Objekte von Präsenzdienern im Wachdienst bewacht werden müssen. Ich glaube nicht, daß man sagen kann: Na ja, das sind eben Übungswachen gewesen, und da uns eigene Objekte, die wir bewachen müssen, fehlen, haben wir sie halt sozusagen an militärfremde hingegeben. Die jüngsten Ereignisse, die heute schon diskutiert wurden, zeigen, daß unsere eigenen militärischen Anlagen höchst mangelhaft bewacht werden.

Wir haben auch Verständnis für die Notwendigkeit der Traditionspflege, wir haben aber kein Verständnis dafür, daß für die Umbenennung von Kasernen Millionen ausgegeben wurden; und es gehört nicht zur Traditionspflege, wenn ein hochausgezeichneter General des letzten Krieges in Kärnten begraben wird und die zuständige Garnison keine Soldaten- und Offiziersabordnung dazu detachierte. Wenn schon Traditionspflege, dann kann sie nicht bei der Theresia und beim Prinzen Eugen aufhören, dann darf sie eine solche Unterbrechung nicht erleiden, dann darf man nicht einer Gruppe von Soldaten, die zweifellos zum Teil unter schwierigen Verhältnissen — und mancher vielleicht auch mit inneren Gewissenskonflikten — ihre soldatische Pflicht erfüllt haben, jene selbstverständliche Ehrenbezeugung verwehren, die sie verdient haben und die mehr als Broschüren und Schallplatten geeignet ist, dem jungen Soldaten ins Bewußtsein zu rufen, warum er eigentlich dienen muß.

Die Umorganisation des Heeres ist von den Freiheitlichen schon bei anderer Gelegenheit hier im Hause kritisiert worden. Es stellt sich doch heute eindeutig heraus, daß jene

**Dr. Scrinzi**

Truppenoffiziere, die damals eindringlich davor gewarnt haben, diese Neuorganisation durchzuführen, recht behalten haben, weil die Voraussetzungen dazu nicht gegeben sind. Das Kaderpersonal, an dem es an sich schon mangelt, ist durch diese Umorganisation praktisch halbiert worden, und man kann heute sagen, daß der Nachwuchs an jungen Soldaten, die länger zu dienen bereit sind, die sich als Zeitverpflichtete, als Unteroffiziere, als Fachleute, aber auch als Offiziere zur Verfügung stellen, gerade seit dieser Umorganisation erheblich nachgelassen hat.

Man wird die Wehrbereitschaft auch nicht dadurch fördern, daß man die politische Gesinnungsfreiheit des Soldaten einengt. Darüber haben wir hier schon beredte Klage geführt. Es ist nicht so, daß mein Parteifreund, der Abgeordnete Zeillinger, sozusagen einen abgrundtiefen Haß gegen den Verteidigungsminister hat, sondern er empört sich mit Recht und wehrt sich gegen den Versuch, das Bundesheer zu verpolitisieren. Daraus kommen die Gegensätze zwischen dem Abgeordneten Zeillinger und dem Herrn Minister.

Wir haben auch bei den Personalvertretungswahlen diesen Beeinflussungsversuch gerade in Kärnten in der John-Kaserne wieder erlebt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel.*) Glauben Sie nicht, daß man über diese Dinge mit formalen Erklärungen hinwegkommen kann! Das wird registriert, und das hat seine Rückwirkungen. Sie sollten eher betrübt sein, wenn sich bei Personalvertretungswahlen in einem an sich politisch neutralen Körper, wie es das Bundesheer sein sollte, so verdächtig einseitige Mehrheiten ergeben. Das halte ich nicht für einen Erfolg einer überzeugenden Landesverteidigungspolitik, sondern für den Erfolg einer parteipolitisch beeinflußten Personalpolitik, und die wird unserer Landesverteidigung keineswegs bekommen.

Lassen Sie mich noch ein Thema anschneiden, das vielleicht nicht gerade sehr populär ist, das ich aber auch für wichtig halte, um Dinge, die den Verteidigungs- und Wehrgeist nicht gerade fördern, zu kritisieren: das ist die Frage der nicht bestehenden Militärgerichtsbarkeit. Ich habe sehr viel Gelegenheit als Sachverständiger bei Gericht, diese Prozesse zu sehen, welche vor den zivilen Strafgerichten gegen Soldaten, welche die Subordinationspflicht verletzt oder den Tatbestand der unerlaubten Entfernung oder Desertion, der Befehlsverweigerung und so weiter gesetzt haben, stattfinden. Es ist immer wieder ein deprimierendes Bild, wenn dort — meist handelt es sich ja um subversive, um negative, um dissoziale Elemente, die als Angeklagte auftreten — Militärpersonen, Offiziere, Unter-

offiziere, aber auch Präsenzdiener erscheinen müssen, als Zeugen befragt werden von Verteidigern, die unter Umständen ihrem Ressentiment gegen die Wehrmacht in der Art der Befragung dieser Zeugen Ausdruck geben, und in ein Schauspiel gezogen werden, das manches Mal beschämend ist. Sosehr ich grundsätzlich befürworte, daß der Bürger in Uniform in seinen bürgerlichen Rechten natürlich durch den Umstand, daß er Dienst am Vaterland leistet und eine Uniform trägt, nicht beeinträchtigt werden kann, so muß man doch den besonderen Verhältnissen, unter denen der Bürger in Uniform lebt und unter denen er spezifische Delikte begeht, Rechnung tragen. Ich finde, hier ist eine echte Achillesferse unserer Landesverteidigung, und dieser Komplex wäre wirklich einmal durchzudenken.

Meine Damen und Herren! Ich betone noch einmal: Wir werden jede Landesverteidigungspolitik vertreten, mit verteidigen und befürworten, die in ihrer Organisation und Struktur und in ihrer inneren Ausrichtung geeignet erscheint, eine wirksame Landesverteidigung zu gewährleisten. Wir anerkennen, daß die Offiziere und Soldaten, die heute Dienst machen, zweifellos keine sehr leichte Aufgabe zu bewältigen haben. Der Mangel an allen Ecken und Enden, ausrüstungsmäßig, unterkunftsmäßig, an Waffen, an Uniformen und so weiter, ist natürlich geeignet, bei diesen Leuten Resignation hervorzurufen. Wenn sie trotzdem im Grunde in der Lage waren, ein verteidigungswilliges Heer aufzubauen und eine einsatzbereite Mannschaft im Notfall zur Verfügung zu stellen — das hat sicherlich zum Teil der Hochwassereinsatz gezeigt —, so ist das für uns alle eine Verpflichtung.

Eine großangelegte Landesverteidigungsdebatte wird nicht zuletzt dazu beitragen, das Sozialprestige gerade dieses Berufsstandes wieder zu verbessern und anzuheben, jenes Prestige, das man in einem kurzsichtigen, sehr stark von politischen Ressentiments beeinflußten Zeitabschnitt der jüngeren Geschichte allzusehr und allzu leichtfertig geschädigt hat. Es zeigt sich auch hier, daß Einreißen und Niederreißen leichter ist als Wiederaufbauen.

Daß unter anderem dazu selbstverständlich auch eine neue Besoldungsordnung gehören würde, will ich nur noch am Ende anmerken. Sie werden unsere Unterstützung haben, wenn Sie sich zu einer solchen Maßnahme aufraffen, denn wir müssen selbstverständlich der Tatsache Rechnung tragen — wir mögen sie beklagen oder nicht —, daß das Sozialprestige leider nicht un wesentlich auch eine Frage der finanziellen Möglichkeiten ist, die einem ein Beruf heute eröffnet.

6790

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Dr. Scrinzi**

Wir verlangen also von unserem Landesverteidigungsminister den seit Jahren zugesagten umfassenden Landesverteidigungsplan. Wir halten es für ein wesentliches Merkmal eines solchen Landesverteidigungsplanes, daß er auf der finanziellen Seite mit einer Garantie ausgerüstet sein muß, die langjährige Planung wirklich möglich macht. Denn Planung auf militärischem Gebiet, die jedes Jahr durch Budgetkrisen über den Haufen geworfen werden kann, ist keine erfolgreiche Planung.

Daß wir es ganz besonders begrüßen würden — das hat gar nichts mit unserer Kritik und unserer Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Verteidigungsminister zu tun —, wenn gerade auf diesem Posten ein unpolitischer Fachmann säße, einer, der also wirklich das Handwerk der Verteidigung von der Pike auf kennt, das möchte ich nur noch am Rande anmerken.

Wir halten es für notwendig, daß, wenn der Landesverteidigungsplan noch weiter auf sich warten läßt, nicht verabsäumt werden darf, den Ausbau des Zivilschutzes ehestens in Angriff zu nehmen. Wir sind auch die Befürworter einer Rückkehr zu der ursprünglichen Organisationsform des österreichischen Heeres, würden aber meinen, daß diese Frage selbstverständlich erst entschieden werden kann, wenn der umfassende Landesverteidigungsplan — mindestens also sein militärischer Teil — vorliegt.

Wir sind der Meinung, daß wir der akuten Personalnot, die insbesondere auf Seite der Truppe herrscht, dadurch wenigstens abzuhelfen beginnen können, daß wir die Personalüberstände, die unserer Auffassung nach im Verteidigungsministerium, aber auch im Amt für Wehrtechnik bestehen, abbauen und daß wir alle diese aufgeblähten militärischen Verwaltungsinstitutionen personalmäßig reduzieren.

Meine Damen und Herren! Diese Feststellungen haben wir mit einer gewissen Schärfe getroffen, nicht weil wir uneingeschlossene Gegner einer Landesverteidigung eines Bundesheeres sind, sondern ganz im Gegenteil besonders deshalb, weil wir uns zur Notwendigkeit der Landesverteidigung bekennen, weil wir auch von der Wirksamkeit einer solchen Landesverteidigung, wenn sie richtig organisiert ist, überzeugt sind und weil wir nicht zuletzt auf der anderen Seite kein Hehl daraus machen, daß wir mit der derzeitigen Führung des Landesverteidigungsministeriums in keiner Weise einverstanden sind! (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Eberhard. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Eberhard (SPÖ):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Dem Bundesminister für Landesverteidigung ist es vorbehalten geblieben, fast am Ende der Budgetverhandlungen für das Budget 1968 einen neuen Stil in dieses Hohe Haus zu bringen. (*Ruf bei der ÖVP: Wann? — Abg. Glaser: Der neue Stil kam vom Ulbrich!*) Es hat bereits mein Vorredner darauf hingewiesen, daß es ein Novum bedeutet, daß inmitten der Beratungen eines Budgetkapitels der zuständige Ressortminister ohne zwingenden Grund das Wort ergreift (*Abg. Staudinger: Das ist sein gutes Recht!*), um hier eine von ihm lang vorbereitete Propagandarede der Öffentlichkeit zu übermitteln. (*Abg. Hartl: Er hat geantwortet!*)

Meine Damen und Herren! Ich sage nochmals: So etwas hat es im Laufe der Budgetverhandlungen für das Budget 1968 noch nicht gegeben. Ich kann mir sehr wohl den Grund erklären (*anhaltende Zwischenrufe — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen*), warum Herr Bundesminister Dr. Prader zu einer so ungebotenen Zeit seine Rede hier gehalten hat. Ich kann es sehr gut verstehen, daß er sicherlich das Bedürfnis hat, daß morgen bereits in der Presse seine vorbereitete Rede zu lesen ist. (*Ruf bei der ÖVP: Zweite Runde!*) Es gibt aber vielleicht noch einen Grund, und zwar jenen, daß er erreichen wollte, daß die vielen unterdessen bereits weggegangenen Bundesheerangehörigen die Ausführungen der Opposition nicht mehr vernehmen. (*Abg. Hartl: Die sind neugierig da oben! — Weitere Zwischenrufe.*) Ich frage mich nur: Was wird der Herr Bundesminister auf all die weiteren Argumente, die wir noch als die nachfolgenden Redner bringen, uns antworten, ja wird er uns überhaupt antworten? (*Abg. Hartl: Wenn ich er bin, nicht! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Seine Sorge kann das schon sein, Herr Kollege!*)

Meine Damen und Herren! Ich darf mich dem Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Glaser zuwenden, der irgendwie zum Ausdruck gebracht hat, daß nur jener Abgeordnete an irgendeinem Kapitel oder an irgendeiner besonderen Frage Kritik üben darf, der soundso viele Legislaturperioden dem Hohen Haus angehört. Es ist nicht meine Angelegenheit, Herrn Dr. Scrinzi, dem dieser Zwischenruf gegolten hat, zu verteidigen. Das ist aber bezeichnend für die Haltung, die Sie in diesem Hohen Haus, seit Sie die Mehrheit besitzen, an den Tag legen!

Ich darf mich ganz kurz den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Regensburger zuwenden, der hier heute den Thirring-Plan angeschnitten hat und mit dem Thirring-Plan

**Eberhard**

auch den Rösch-Plan. Ich möchte nur sagen — Herr Abgeordneter Regensburger ist leider nicht hier —: Damit wird eine unterschwellige Greuelpropaganda weiterbetrieben, die Sie seit eh und je gegen uns Sozialisten in den Fragen der Landesverteidigung betrieben. Ich verwahre mich namens der sozialistischen Fraktion gegen die Unterstellung, daß wir gegen das österreichische Bundesheer sind! Wir haben im Jahre 1955 zur allgemeinen Wehrpflicht und zum österreichischen Bundesheer unsere Zustimmung gegeben! (*Zwischenrufe. — Abg. Hartl: Hört auf!*) Wir geben aber nicht unsere Zustimmung zu all diesen Dingen, die im österreichischen Bundesheer durch den Ressortminister geschehen und geschehen sind. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das wollen Sie, bitte, zur Kenntnis nehmen! Unsere Einstellung zum österreichischen Bundesheer ist vielleicht in vielerlei Beziehung eine viel bessere, eine viel ehrlichere als die Ihre. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ.*) Wir werden uns in Zukunft sehr dagegen verwahren.

Wenn in diesem Jahr die Personalvertretungswahlen stattgefunden haben (*Abg. Hartl: Und schief ausgegangen sind für euch! — Gegenruf bei der SPÖ*), so mögen Ihnen diese Wahlen nur eines zeigen: daß letzten Endes für uns ein Ergebnis von über 23 Prozent herausgekommen ist. Warten wir nur die nächsten Wahlen ab (*Abg. Hartl: Ja, ja!*), und behalten Sie diese Einstellung bei, dann werden Sie sehen, daß wir wahrscheinlich ... (*Abg. Hartl: ... noch weiter hinunterkommen!*) Ja, so wie wir überhaupt „heruntergekommen“ sind! Das beweisen ja die letzten Wahlen, Herr Oberst Hartl! (*Abg. Weikhart: Der Hartl kennt nur den Gummiknüppel, sonst kennt er nichts!*) Sagen Ihnen die letzten Wahlen im Herbst dieses Jahres nichts? Wer ist denn da hinuntergerutscht? Waren wir es, oder waren Sie es?

Ich möchte auch den Herrn Abgeordneten Schlosser, Marwan-Schlosser — entschuldigen Sie —, fragen ... (*Abg. Glaser: Der ist aufgeregt!*) Nein, das ist nur von einer üblichen Gesprächsart, die man oftmals führt; ich bin keineswegs aufgeregt. Ich möchte also den Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser fragen, was er dazu sagen möchte, wenn von unserer Seite Dinge behauptet würden, wie er es heute hier festgestellt hat, und zwar zu den Ausführungen meines Kollegen Mondl, wo er gesagt hat, die Erklärungen Mondls stünden im Widerspruch zu den Erklärungen des Parteivorsitzenden Dr. Kreisky in Graz. Er hat uns aber auf der anderen Seite völlig im unklaren gelassen. Ja was waren die Ausführungen eines Kreisky in Graz? So kann

man das doch nicht machen! Wenn ich schon einmal ein Problem anreiße, dann habe ich auch die Verpflichtung, zu sagen, was wirklich geschehen ist, was wirklich gesagt wurde. Das kann man doch nicht so machen. (*Abg. Dr. Kranzlmaier: Er hat gedacht, Sie kennen die Rede Ihres Parteivorsitzenden!*) Das sind Pauschalverdächtigungen, das sind Verdrehungen, die man, aus dem Zusammenhang gerissen, in der Öffentlichkeit völlig falsch interpretiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich auch aus einem anderen Grunde zum Wort gemeldet. Ich möchte hier ein Problem anschneiden, das ich eigentlich schon im Budgetausschuß angeschnitten habe. Ich werde dazu durch eine Zeitungsmeldung provoziert, und zwar in den „Unterkärntner Nachrichten“ vom 8. Dezember, wo es heißt: „Wohnungskündigungen asozial“. Man schreibt hier: „Bei den einzelnen Wohnungskündigungen ehemaliger Unteroffiziere in Wolfsberg — worüber kürzlich ein Leserbrief veröffentlicht wurde — sind inzwischen Urteile des zuständigen Bezirksgerichtes ergangen“, und so weiter und so fort. Dann heißt es weiter: „Hier wäre ein Aufgabengebiet der gewählten Volksvertreter und politischen Mandatare, sich der Sache anzunehmen, um wenigstens zu erreichen, daß solche Wohnungskündigungen“ unterbleiben können.

Welcher Sachverhalt liegt dem ganzen zugrunde? — In Wolfsberg gibt es eine Reihe von Wohnhäusern, die nach 1938 im Auftrag der Deutschen Wehrmacht für die Unterbringung von Berufsunteroffizieren erbaut worden sind, und zwar waren es durchwegs jene Unteroffiziere, die im Jahre 1938 — nach dem März 1938 — vom österreichischen Bundesheer in das deutsche Heer übernommen worden sind. Diese Häuser wurden auch nicht von österreichischer Seite erbaut, sondern es ist klargestellt, daß das Häuser sind, die im Auftrage der Deutschen Wehrmacht errichtet worden sind. Heute werden über Betreiben des Landesverteidigungsministeriums über die Finanzprokuratur sämtliche Mieter — das sind die ehemaligen Berufsunteroffiziere des österreichischen Bundesheeres und zum Teil Witwen, deren Männer, die auch Berufsunteroffiziere waren, gefallen sind — gekündigt. Ich habe sehr ausführlich im Budgetausschuß darüber gesprochen, und ich werde jetzt, nachdem der Herr Bundesminister damals erklärt hat, er könne davon einfach nicht abgehen, denn er sei verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die jetzigen Berufsunteroffiziere auch mit entsprechenden Wohnungen versorgt werden, auf Grund dieser Zeitungsnotiz die

6792

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Eberhard**

Öffentlichkeit über die wahre Einstellung des Landesverteidigungsministers informieren.

Herr Bundesminister! Es geht nicht an, daß heute Leute, die einstens Berufsunteroffiziere des österreichischen Bundesheeres gewesen sind und bereit waren, ihr Leben für Österreich zu opfern, nun im Alter mit ihren Familien obdachlos werden. Das ist eine Vorgangsweise, die nicht nur asozial ist, sondern das ist eine Einstellung, die auch unmoralisch ist, und ich möchte hier sagen: Einen solchen Dank haben sich diese Männer wahrlich nicht verdient. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Man hat heute hier schon sehr viel davon gesprochen, daß das Bundesministerium für Landesverteidigung sehr wohl über reichliche Mittel verfügt, seine Öffentlichkeitsarbeit zu forcieren. Auf der anderen Seite — ich habe bereits einen Fall aufgezeigt — hat man keine Mittel, um für seine Leute, die sicherlich auch notwendig Wohnungen brauchen, auf diesem Gebiet etwas zu tun — oder man tut nur das Bescheidenste. Aber man hat reichlich Geld, um die sogenannte Öffentlichkeitsarbeit zu finanzieren. Wenn man das alles zusammenrechnet, kommen einige Millionen heraus, Millionen, die oftmals völlig falsch investiert werden. Aber man verfolgt damit einen parteipolitischen Zweck. Ich bin sehr wohl in der Lage nachzuweisen, wie man diese Mittel verwendet.

Ich habe ein Blatt vor mir liegen: „Wehrpolitische Nachrichten“, Folge 9/1967, wo „Kommentare zur Wehrpolitik“ abgegeben werden. Wenn jemand glaubt, daß man hier versucht, den Angehörigen des österreichischen Bundesheeres objektive Kommentare von verschiedensten Stellen zu geben, so irrt man gewaltig. Wenn Sie sich dieses Blatt von A bis Z anschauen, so sehen Sie hier einen Kommentar, unten steht: „ÖVP-Bundesparteileitung“; sie haben einen weiteren Kommentar: „Generalsekretär der ÖVP, Dr. Withalm“ — der darf natürlich nicht fehlen —; ein weiterer Kommentar: „Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer“; noch ein Kommentar: „Bundesminister Dr. Prader“. Und so geht das fort.

Ja, meine Damen und Herren, besteht denn das österreichische Bundesheer nur aus Leuten, die der ÖVP angehören, oder gibt es dort auch andere Leute, die interessiert wären, einen Kommentar in einer so hochwichtigen Angelegenheit zu erfahren, der nicht vom Gesichtspunkt der Politiker der Österreichischen Volkspartei gegeben wird? Das sind natürlich Dinge, die berechtigterweise zu einer Kritik führen. Aber Kritik ist ja nicht erlaubt.

Wenn ich auf den Rösch-Plan zurückkommen darf — was war der Rösch-Plan? Er beinhaltete Vorschläge, die gemacht wurden, um in der Frage Landesverteidigung ein besseres Konzept herbeizuführen, ein brauchbareres Konzept herbeizuführen. Wir haben ja heute gehört: An unserem wehrpolitischen Konzept mangelt es hinten und vorne, es ist mit großen Mängeln behaftet. Das wird selbst vom Herrn Bundesminister zugegeben. Er sagt, es brauche eben Zeit. Aber diese Vorschläge waren da, um diskutiert zu werden.

Bei Ihnen ist es aber heute so weit: Wenn wir Ihnen einen Vorschlag unterbreiten, dann ist das schon eine Angelegenheit, die gegen das Bundesheer gerichtet ist. Das behaupten Sie auch auf vielen anderen Gebieten. Sie schreiben und sagen immer wieder, wir hätten Ihnen keine Alternativen zum Budget 1968 gegeben. Meine sehr verehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Diese vielen Anträge, die wir als sozialistische Opposition in diesem Haus eingebracht haben und die Sie allesamt niedergestimmt haben — sind das keine Alternativen zum Budget 1968? (*Abg. Fachleutner: Wer wird das bezahlen?*) So machen Sie es immer und überall. (*Abg. Glaser: Nicht ein Bedeckungsvorschlag war dabei!*) Wenn man Ihnen echt etwas liefert, dann unterstellen Sie uns, daß wir dagegen sind. So ist es doch!

Ich habe noch eine Frage. In diesem Rösch-Plan war die Nichteinberufung der B-Tauglichen eingebaut. Was haben aber diese B-Tauglichen im heurigen Jahr erleben müssen? Zum Oktobertermin war es einfach nicht möglich, sämtliche ausgemusterten Präsenzdiener und für diesen Tag zur Einberufung bereits festgelegten Präsenzdiener einzuberufen, weil die Geldmittel nicht mehr da waren. Es war kein Geld mehr da, und 5000 von diesen Leuten mußten zurückgestellt werden; eine Angelegenheit, die für die Betroffenen sehr unangenehm war, denn auch die jungen Menschen machen sich irgendeinen Plan zu, jeder hat irgendwelche Absichten, sei es mit seiner weiteren Ausbildung oder mit der beruflichen Weiterbildung und so weiter. Aber darauf wird nicht Rücksicht genommen. Man beruft ein, und eines Tages heißt es dann: Nein! Kommando zurück, 5000 können wir nicht mehr nehmen! (*Abg. Libal: Ein Stahlhelm für vier Mann!*) Ja, das ist ja heute schon gesagt worden. 5000 können wir nicht mehr nehmen, weil die Mittel einfach nicht ausreichen.

Hohes Haus! Wir haben diese Frage doch nicht erst jetzt angeschnitten. Wir haben doch in vielen, vielen Besprechungen, bei Sitzungen immer wieder darauf hingewiesen. Haben wir

**Eberhard**

es denn wirklich notwendig (*Abg. Mayr: Die 5000 sind ja nie einberufen worden!*), bei diesem Überbestand, den wir an Ausgebildeten haben (*Abg. Mayr: Bringt sie den Gegenbeweis!*), daß wir sogar die B-Tauglichen einberufen? Wäre es nicht doch vernünftiger, wir ließen diese B-Tauglichen in der Wirtschaft, wo sie oftmals einen sehr wesentlichen Faktor darstellen? Nein! Auch die müssen einberufen werden, obwohl auf der anderen Seite kein Geld vorhanden ist.

Herr Bundesminister, vielleicht greifen Sie doch einmal unseren Vorschlag auf, daß wir einmal über dieses Problem reden. Wir sind der Meinung ... (*Auf der Regierungsbank hat in Vertretung von Verteidigungsminister Dr. Prader Unterrichtsminister Dr. Piffl-Perčević Platz genommen. — Ruf bei der SPÖ: Wir haben bereits einen neuen Verteidigungsminister! — Bundesminister Doktor Piffl-Perčević: Bin ich nicht fesch? — Heiterkeit und weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) — Oh, ich bitte um Entschuldigung. Man weiß wirklich nicht, wie das ganze einmal im Hause hier gehen wird. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Ich glaube, diese Frage ist zu ernst. Man kann darüber nicht einfach so stillschweigend hinweggehen. Wozu berufen wir alle diese Menschen ein? Das sind immerhin an die 13 Prozent aller Ausgemusterten. Auf der einen Seite mangelt es uns an Ausrüstungsgegenständen, an Geld sowieso, und trotzdem müssen diese Leute eingezogen werden? Ich meine, da kommt kein vernünftig denkender Mensch mehr mit.

Es darf uns doch nicht wundern, wenn dann solche Dinge auch zu einer negativen Kritik in der Öffentlichkeit führen. Auf der einen Seite wird stur an einem Ding festgehalten, auf der anderen Seite wissen wir, daß es viel, viel echtere Bedürfnisse im Rahmen dieser Gesamtlandesverteidigung gäbe. Aber wenn von unserer Seite, von Seite der Sozialisten, irgendein Vorschlag kommt, dann wird dieser Vorschlag sofort von Ihnen als gegen das österreichische Bundesheer gerichtet abgelehnt. Wundern Sie sich nicht, wenn wir daher aus all diesen Erwägungen zum Kapitel Landesverteidigung unsere Zustimmung nicht geben können. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mayr: Wir wundern uns nicht!*)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde Ihre geschätzte Aufmerksamkeit nur

sehr kurz in Anspruch nehmen. (*Bravo!-Rufe bei der ÖVP.*) Ich freue mich, daß in Vertretung des Herrn Landesverteidigungsministers der Herr Unterrichtsminister auf der Regierungsbank Platz genommen hat, denn der Gegenstand, mit dem ich mich zu beschäftigen habe, betrifft die Abteilung „Bildung und Kultur“ des Bundesministeriums für Landesverteidigung. (*Heiterkeit bei der SPÖ und neuerliche Bravo!-Rufe bei der ÖVP.*) Es hat schon mein Parteifreund Dr. Scrinzi auf den überhöhten zivilen Verwaltungsaufwand im Landesverteidigungsministerium hingewiesen. Ich möchte die Aufmerksamkeit des geschätzten Hohen Hauses nunmehr aber auf eine Spezialleistung dieser Abteilung „Bildung und Kultur“ lenken.

Zum 26. Oktober 1967 hat diese illustre Abteilung eine Broschüre herausgegeben „Zum Nationalfeiertag Österreichs“, und zwar als „Unterrichtsbehelf zur feierlichen Begehung dieses Tages“. Der Inhalt dieses Behelfes hat sich zwar in Gegensatz zu einer Erklärung des Herrn Bundeskanzlers gesetzt, daß der Nationalfeiertag nichts mit der österreichischen Nation zu tun habe. Im Vorwort wird nämlich eigenmächtig folgendes festgestellt: „Der Nationalfeiertag ist der Tag der Besinnung auf Österreich als Nation in Idee und Realität.“ Die Abteilung „Bildung und Kultur“ hat zum Begriff der Nation eine fast wörtliche Wiedergabe der „Thesen zur österreichischen Nation“ des Mittelschullehrers Görlich gebracht, die sich in dem von Herrn Massiczek im Europa-Verlag herausgegebenen Buch „Die Österreichische Nation“ befinden. Aber bitte, das wollen wir Ihnen noch hingehen lassen.

Die Sachwalter der „Bildung und Kultur“ haben sich aber dann im Unterrichtsbehelf mit der Geschichte Österreichs beschäftigt und haben die wissenschaftlich längst widerlegte Sage von der Entstehung der rot-weiß-roten Fahne aufgegriffen. Auch das möchte ich Ihnen noch hingehen lassen, wiewohl wissenschaftlich festgestellt ist, daß das Wappen der Grafen Poigen, die ihre Besitzung in der Nähe von Horn hatten, im Erbweg auf die Babenberger übergegangen ist, und dieses Wappen war ein rot-weiß-rotes. Aber das klingt nicht so schön wie eine Sage. Dieser Unterrichtsbehelf sagt dazu folgendes:

Die Sage von der Entstehung des rot-weiß-roten Bindenschildes geht bekanntlich auf den Babenberger-Herzog Leopold VI. und seinen Kreuzzug von 1217 bis 1219 zurück. — In Wirklichkeit hat sich die Abteilung „Bildung und Kultur“ dabei geirrt. Denn diese Sage — wenn man schon das Wort „Sage“ verwendet, so soll man

6794

Nationalrat XI. GP. — 83. Sitzung — 18. Dezember 1967

**Dr. van Tongel**

es wenigstens richtig machen — geht auf Herzog Leopold V. und auf den III. Kreuzzug von 1189 bis 1191 zurück.

Ich möchte also den Herrn Minister einladen — ich bitte, ihm das zu sagen, wenn er wieder hereinkommt —, er soll, wenn er schon „Bildung und Kultur“ in seinem Ressort betreibt und eine solche Abteilung errichtet, diese Abteilung veranlassen, auch bei Sagen-Wiedergaben wenigstens eine gewisse geschichtliche Richtigkeit beizubehalten.

Im übrigen möchten wir vom Herrn Minister gerne wissen, ob er die Grundtendenz dieser Abteilung „Bildung und Kultur“ bejaht und ob er weiterhin gewillt ist, die seiner Führung anvertrauten jungen Österreicher mit solchen falschen Behauptungen und Grundsätzen zu unterrichten. Das hätten wir gerne gehört. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident Wallner:** Eine Wortmeldung liegt mir nicht mehr vor. (*Abg. Mayr, aus dem Halbrund zum Präsidenten hinaufzufend: Glaser hat sich zu Wort gemeldet!*) — Entschuldigen! Abgeordneter Glaser. Ich erteile es ihm. (*Zwischenrufe und Widerspruch bei den Sozialisten.* — *Abg. Weikhart: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor!* — *Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.* — **Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.**) Der Herr Abgeordnete Glaser hat sich zum Wort gemeldet. (*Heftige Zwischenrufe und Widerspruch bei der SPÖ.* — *Abg. Weikhart: Herr Präsident! Es liegt keine Wortmeldung mehr vor!* — **Präsident Wallner gibt erneut das Glockenzeichen.**) Ich bitte um Ruhe! Der Herr Abgeordnete Glaser hat sich zum Wort gemeldet. (*Anhaltende heftige Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Weikhart: Wir verwahren uns dagegen! Das war keine Wortmeldung! Das ist ja unerhört!* — **Präsident Wallner ist parteiisch!** — *Er führt nicht sein Amt objektiv!* — *Abg. Czettel: Das ist undenkbar!* — *Weitere heftige Zwischenrufe bei der SPÖ, besonders der Abg. Weikhart und Sekanina.* — *Abg. Weikhart: Das ist ja unmöglich, was Sie hier machen!* — *Unmöglich ist das, Herr Präsident!* — *Das ist ganz unmöglich!* — *Das können Sie nicht machen!* — *Was glauben Sie denn!* — *Er ist nicht zum Wort gemeldet!* — *Anhaltende heftige Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Sekanina: Dann soll er gehen!* — **Präsident Wallner gibt erneut das Glockenzeichen.** — *Anhaltende Unruhe.*)

Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten. (*Abg. Weikhart: Solassen wir uns nicht übernehmen!*) Die Sitzung ist unterbrochen.

*Die Sitzung wird um 19 Uhr 35 Minuten unterbrochen und um 19 Uhr 45 Minuten wieder aufgenommen.*

**Präsident Wallner:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Der Herr Abgeordnete Glaser hat auf das Wort verzichtet. (*Abg. Weikhart: Er ist gar nicht gemeldet gewesen!*)

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XII. Diese umfaßt: Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Spezialberichterstatters beitreten, diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung zu geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Dienstag, den 19. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (630 und Zu 630 sowie 656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen):

Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XI. Diese umfaßt: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt, Kapitel 80: Postsparkassenamt, Kapitel 90 bis 99: Finanzschuld.

Bundesfinanzgesetz, Eventualvoranschlag, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und Dienstpostenplan.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 19 Uhr 50 Minuten**